

Das funktionale Lenkungssystem der ungarischen Industrie

Inaugural-Dissertation

zur

Erlangung der wirtschaftswissenschaftlichen Doktorwürde

der

Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät

der Philipps - Universität zu Marburg/Lahn

vorgelegt von

József Karácsony

Diplom-Volkswirt aus Budapest

Marburg/Lahn 1966

Druck:
ERNST-REUTER-GESELLSCHAFT
der Förderer und Freunde der Freien Universität Berlin e. V.
DISSERTATIONS-DRUCKSTELLE
1 Berlin 33, Garystr. 45

Das funktionale Lenkungssystem der ungarischen Industrie

Inaugural-Dissertation

zur

Erlangung der wirtschaftswissenschaftlichen Doktorwürde

der

Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät

der Philipps - Universität zu Marburg/Lahn

vorgelegt von

József Karácsony

Diplom-Volkswirt aus Budapest

Marburg/Lahn 1966

Druck: ERNST-REUTER-GESELLSCHAFT, Berlin 33



Als Dissertation von der Rechts- und Staatswissenschaft-
lichen Fakultät

angenommen am: 15.2.1966

Berichterstatter: Professor Dr. Erich Reigrotzki

Mitberichterstatter: Professor Dr. K. Paul Hensel

Tag der mündlichen Prüfung: 16.2.1966

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Abkürzungen	4
Vorbemerkung	5

Erster Teil

Entwicklungsgeschichtlicher Überblick

§ 1 Der Einfluß des Staates auf die industrielle Entwicklung vor 1945	6
§ 2 Neuorientierung der Produktion nach dem zweiten Weltkrieg	9
1. Die Errichtung neuer Institutionen	9
2. Organisation der Produktion	12
§ 3 Formen und Methoden der unmittelbaren staatlichen Einmischung in der Industrie	13
§ 4 Aufbau einer Lenkungshierarchie	15

Zweiter Teil

Einführung neuer Lenkungs- und Leitungsmethoden

§ 5 Die Zentralisierung der Leitungsfunktionen	20
§ 6 Die Planung	22
1. Das Verhältnis von Wirtschaftslenkung und Wirtschaftsplanung	22
2. Die Ermittlung der volkswirtschaftlichen Bedürfnisse mit Hilfe der Bilanzmethode. Die Volkswirtschaftsbilanz	28

a) Die Bilanz des Sozialproduktes	29
aa) Die zusammengefaßte Bilanz des Sozialproduktes	30
bb) Die Input-Output-Tabelle	30
b) Die Bilanz des Volkseinkommens	31
c) Die zusammengefaßte Arbeitskräftebilanz der Volkswirtschaft	32
3. Das Kennziffernsystem des Volkswirtschaftsplanes...	32
4. Das Problem der Wirtschaftlichkeit bei der Planung	38
§ 7 Die Entscheidungsfunktion	42
§ 8 Die Instrumente und Methoden der Durchführung von Aufgaben	44
1. Die Anweisung	45
2. Die Plananweisung und ihre Sanktionen	48
3. Die Lieferverträge	54
4. Die Leistungserstellung und ihre Antriebe	58
a) Das Lohnsystem	61
b) Das Prämiensystem	63
c) Die Gewinnbeteiligung	65
5. Das Preissystem	68
a) Die Preisdiskussionen	73
b) Die Preisreform von 1959	77
§ 9 Die Kontrolle	80
1. Aufbau des staatlichen Kontrollapparates	82
2. Die hierarchische Kontrolle der Lenkungsorgane	86
3. Die interne Kontrolle der Unternehmungen	89

Dritter Teil

Reformbestrebungen und Perspektiven der möglichen Entwicklung

§ 10 Die Errichtung von Großunternehmen	91
1. Das Problem der optimalen Gestaltung der Produktion	91
2. Das Streben nach einer rationellen Industrielenkung	94
§ 11 Der Gärungsprozess	100
§ 12 Die "Modell"- Diskussionen	103
§ 13 Die Anwendung mathematischer Methoden bei der Wirtschaftsleitung	106
1. Die Anwendung der Verflechtungsbilanzen (Input-Output-Analyse)	108
2. Das Problem der optimalen Programmierung	110
3. Die "Zwei-Stufen"- Planung	115
a) Die ökonomischen Grundgedanken des Modells	115
b) Die Veränderlichen und die Bedingungen des Zentralprogrammes	117
c) Die Veränderlichen und Bedingungen der Sektorenprogramme	119
d) Die Zielfunktion	122
e) Der Verlauf der Programmierung	123
4. Das erste Produktions-Freismodell	127
a) Das Problem der Quantifizierung des Wertes	127
b) Aufbau des Modells	130
c) Der mathematische Verfahren	133
d) Die Verwendungsbereiche des Modells	135
Literaturverzeichnis	137

Abkürzungen

Ft	= Forint (ungarische Währung seit 1946)
JK	= Jogtudományi Közlöny (Rechtswissenschaftliche Rundschau)
KP	= Kommunistische Partei
KSz	= Közgazdasági Szemle (Volkswirtschaftliche Rundschau)
MK	= Magyar Közlöny (Ungarisches Gesetzblatt)
PéSz	= Pénzügy és Számvitel (Geld- und Rechnungswesen)
PSz	= Pénzügyi Szemle (Finanzzrundschau)
PK	= Párttörténeti Közlemények (Parteigeschichtliche Mitteilungen)
SDP	= Sozialdemokratische Partei
StSz	= Statisztikai Szemle (Statistische Rundschau)
TSz	= Társadalmi Szemle (Gesellschaftliche Rundschau)
ÜB	= Üzemi Bizottság (Betriebskomitee)
ZP	= Zentrales Planungsamt

Vorbemerkung

Die vorliegende Arbeit soll das Lenkungssystem der ungarischen Industrie analytisch darstellen. Um das alptraumähnliche Labyrinth miteinander verflochtener Ursachen und Wirkungen einigermaßen durchzuläuchten, werden die wichtigsten ökonomischen Fragen im entwicklungsgeschichtlichen Zusammenhang dargestellt. Dabei wird das Gewicht auf die Darstellung der Funktionen des Lenkungssystems gelegt. Um auf eine Polemik verzichten zu können, müssen die ideologisch-politischen Auseinandersetzungen hier außer acht gelassen werden. Es wird jedoch zugegeben: nach einer wissenschaftlichen Analyse der gegenwärtigen Verhältnisse - *difficile est satiram non scribere*.

Erster Teil: Entwicklungsgeschichtlicher Überblick

§ 1 Der Einfluß des Staates auf die industrielle

Entwicklung vor 1945

Weder die industrielle Revolution noch die darauf folgende Epoche des Wirtschaftsliberalismus konnte die merkantilistischen Praktiken der ungarischen Staatsgewalt aus dem Wege räumen. Der Einfluß des Staates auf die industrielle Entwicklung blieb weiterhin bestehen. Die Gründe dafür sind vor allem wirtschaftlicher, wirtschaftspolitischer und sozialpolitischer Natur.

1. Wirtschaftliche Gründe: Die industrielle Revolution beschleunigte die internationale Arbeitsteilung und bereitete einen Differenzierungsprozess vor. In der Österreichischen Monarchie kam eine eigene Differenzierung zustande, wobei sich Österreich zu einem Industriestaat, während Ungarn sich zu einem Agrarstaat entwickelte. Die territoriale Absonderung zwischen Industrie und Landwirtschaft war während der Manufakturperiode kaum bemerkbar. Umso auffälliger wurde sie mit der fortschreitenden industriellen Entwicklung.

Der Ausgleich von 1867 zwischen Österreich und Ungarn hat die Bedingungen der industriellen Entwicklung geändert. Der Ausgleich sicherte den österreichischen Industriellen Monopolstellungen auf dem Industriewarenmarkt, dem Geldmarkt und auf dem Gebiet des Kreditwesens in Ungarn. Dafür bekamen die ungarischen Großgrundbesitzer Monopolstellungen auf den Märkten für landwirtschaftliche Produkte in Österreich. Diese Verteilung der Interessensphäre bildete die wirtschaftliche Grundlage des dualistischen Systems.

Durch die Entfaltung des Kreditwesens und die Verbreitung des Aktienwesens wurde das Eindringen des ungarischen Handelskapitals in die Industrie beschleunigt.

Dieses Eindringen wurde dadurch gefördert, daß der Ausgleich für die Mühlenindustrie günstige Entwicklungsbedingungen schuf. Bei der Entwicklung der Großindustrie spielte die Mühlenindustrie in Ungarn die gleiche Rolle, wie die Textilindustrie im Westen. Sie bildete die Hauptquelle der Kapitalkonzentration bei der Entstehung der Fabrikindustrie.

Die ungarische Regierung genehmigte die Gründungen von Unternehmungen großzügig; erteilte staatliche Konzessionen usw. Diesen Maßnahmen zufolge floß bedeutsames ausländisches Kapital nach Ungarn in Form vom Gründungskapital für Bank-, Eisenbahn- und Industrieunternehmungen, sowie hypothekarische und Staatsanleihen.¹ Gleichzeitig setzte sich eine starke Konzentration der Produktion und des Kapitals ein, die zur Bildung von Monopolen, Kartellen, Trusts und Konzernen führte. Um die Jahrhundertwende bestanden schon 26 ungarische und 56 gemischte österreich-ungarische Kartelle, die beinahe die gesamte Industrie des Landes kontrollierten.²

Diese Monopolstellung konnte jedoch nur durch hohe Zölle gegen die ausländische Konkurrenz gesichert werden. Deshalb wurde der Staat zur Hilfe gerufen. Seine protektionistische Zollpolitik verhinderte aber die Ausnutzung der Kapazitäten und damit auch die weitere Entwicklung der Industrie.³

2. Wirtschaftspolitische Gründe: Im Wettbewerbskampf mit ausländischen Produkten spielte die Eisenbahntariffpolitik eine erhebliche Rolle. Um ihren Einfluß auf die

¹ Sándor, Vilmos: Die großindustrielle Entwicklung in Ungarn 1867-1900, In: Acta Historica Scientiarum Hungaricae, Budapest, 1956, Tom. 3, Fasc. 3, S.153.

² Siehe: Berend, Iván - Ránki, György: Magyarország gyár-ipara az imperializmus első világháború előtti időszakában 1900-1914. (Die Fabrikindustrie Ungarns in der Vorkriegsperiode des Imperialismus 1900-1914), Budapest, 1955, S.52.

³ Ebda, S. 110-114.

Tarifpolitik der Eisenbahnen auszuüben, verstaatlichte die ungarische Regierung den größten Teil des Eisenbahnnetzes um die Jahrhundertwende. Somit konnte sie den Industrieunternehmungen bedeutsame Tarifbegünstigungen gewähren. Neben gesetzlich festgelegten Begünstigungen zur Förderung der Industrie wurden noch weitere "Unterstützungen", wie zinsfreie Darlehen, Frachtermäßigungen, Staatsaufträge, zollfreier Import von Fabrikausrüstungen, Steuerfreiheit, unentgeltliche Überlassung von Bauparzellen usw., von der Regierung gewährt.

Nach dem Zerfall der Österreich-Ungarischen Monarchie versuchte die ungarische Regierung die industrielle Entwicklung des Landes weiterhin mit protektionistischen Maßnahmen voranzutreiben. Es wurde ein Einfuhrzoll von 30 bis 50 Prozent (des Wertes) erhoben.⁴

Durch diese wirtschaftspolitischen Maßnahmen sollte eine leistungsfähige Industrie aufgebaut werden. Die dazu notwendigen Mittel wurden durch eine (als "Investitionszulage" bezeichnete) außerordentliche Steuer und durch eine inländische Investitionsanleihe aufgebracht.

Von 1938 an wurde die Kriegsindustrie einseitig vorangetrieben. Die öffentliche Planung wurde in erheblichem Umfang ausgedehnt und damit die Privatinitiative eingeschränkt.⁵

3. Sozialpolitische Gründe: Da sich die industrielle Entwicklung des Landes verzögerte, konnte die wachsende Bevölkerung nicht ernährt werden. Millionen von Menschen waren gezwungen, das Land zu verlassen und eine neue Heimat zu suchen. Damit ließ aber das Problem der Übervölkerung nicht lösen. Ungarn blieb weiterhin "das Land der 3-Millionen Bettler", wie es von den ungarischen Soziographen am

⁴ Új Magyar Lexikon, Budapest, 1960, Bd. 3. S.421.

⁵ Vgl. Surányi-Unger, T.: Studien zum Wirtschaftswachstum Südosteuropas. Stuttgart, 1964, S.90.

Anfang des Jahrhunderts gekennzeichnet wurde. Die damit dringlich gewordenen Probleme der Überindividuellen Daseinsvorsorge sollten - nach ihrer Meinung - durch den Staat gelöst, aber kein Strukturwandel in einem Sozialstaat angestrebt werden. Durch die Vollbeschäftigung während des zweiten Weltkrieges wurde die soziale Frage nur vertagt, aber nicht gelöst.

§ 2 Neuorientierung der Produktion nach dem zweiten Weltkrieg

1. Die Errichtung neuer Institutionen

Mit der Besetzung des Landes durch die russische Rote Armee (1944/1945) begann eine neue Epoche in der ungarischen Wirtschaftsgeschichte. Die traditionellen Wirtschaftsbeziehungen wurden unterbrochen und die gesamte Industrieproduktion den Zielsetzungen und Bedürfnissen der Besatzungsmacht untergeordnet. Diese Zielsetzungen haben sich auch auf die Organisationsformen und Leitungsmethoden der Industrie ausgewirkt.

Die alten Organisationsformen wurden durch Einbau neuer - der Besatzungsmacht gefügigen - Institutionen allmählich ausgehöhlt. Die wichtigsten dieser Institutionen waren: die Arbeiterorganisationen, die kommunistischen Parteiorganisationen, der Zentrale Wirtschaftsrat, der Hauptwirtschaftsrat und das Reparationsamt.

a) Die Arbeiterorganisationen wurden gleich nach dem Kriege in den meisten Betrieben, in denen die Produktion infolge der Kriegshandlungen unterbrochen war, zur Organisation der Produktion errichtet. Die zahlreichen Bezeichnungen (Produktionskomitee, Leitungskomitee, Betriebsräte, Arbeiterkomitee, Arbeiterräte, Betriebskomitee usw.) weisen auf ihre spontane Entstehung hin.⁶ Diese Organisationen

⁶ Strassenreiter, Erzsébet: Az üzemi bizottsági rendszer kialakulása és a munkásellenőrzés megvalósulásának kezdete (1944 október - 1945 május). (Die Entstehung des Betriebskomitee - Systems und der Anfang der Verwirk-

vertraten die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Arbeiter und sorgten für die Aufnahme der Produktion.

b) Die kommunistischen Parteiorganisationen wurden in den Fußtapfen der russischen Armee und mit ihrer Hilfe in den meisten Betrieben errichtet. Ihre wichtigste Aufgabe war es, die gesamte Wirtschaftskraft des Landes der Besatzungsmacht zur Verfügung zu stellen. ⁷

Die KP konzentrierte ihre politische und organisatorische Tätigkeit von Anfang an auf die Großbetriebe, ⁸ und übernahm nach dem Ausbau ihrer betrieblichen Organisationen auch die Leitung der Betriebskomitees. Gleichzeitig wurde die Landeszentrale der KP als geeignetes Lenkungsinstrument ausgebaut. ⁹

c) Der "Zentrale Wirtschaftsrat" wurde im April 1945 als "beratendes Organ" der Regierung gegründet. Seine Mitglieder wurden - entsprechend den politischen Kräfteverhältnissen - von den Koalitionsparteien und von den verschiedenen Wirtschaftsorganisationen (Nationalbank, Zentrales Geldinstitut, Vereinigung der Banken und Sparkassen, Zentrale Landwirtschaftskammer, Landesverband der

 lichung der Arbeiterkontrolle). In: Párttörténeti Közlemények (Parteigeschichtliche Mitteilungen). Budapest, 1963. Nr.4. S.5.

⁷ Strassenreiter, L.: Az 1945-ös májusi verseny (Der Wettbewerb von 1945). In: PK. 1960, Nr. 1-2, S. 201.

⁸ Szabó, L.: Adalékok a Magyar Kommunista Párt szervezeteinek létrejöttéhez 1944 október - 1945 május. (Beiträge zur Entstehung der Organisationen der Kommunistischen Partei Ungarns, Oktober 1944 - Mai 1945). In: PK. 1960, Nr. 1-2, S. 106.

⁹ Berend, T. Iván: Az állami beavatkozás rendszere és a nagytőke gazdasági hatalmának aláásása az inflációs periódusban 1945-1946. (Das System der staatlichen Einmischung und die Untergrabung der Wirtschaftsmacht des Großkapitals in der Periode der Inflation von 1945-1946). In: PK. 1961, Nr. 4. S.13.

Fabrikindustriellen, Budapester Industrie- und Handelskammer, Ungarische Staatsbahn und Gewerkschaftsrat) delegiert. ¹⁰ Dies war der erste und letzte Versuch, auf demokratischer Basis eine zentrale Wirtschaftsorganisation zu gründen.

d) Der "Hauptwirtschaftsrat" wurde im Dezember 1945 als Organ des Ministerrates ins Leben gerufen. ¹¹ Er hatte einen sehr großen Wirkungskreis, besonders auf dem Gebiet der Rohmaterialbewirtschaftung, und wurde bald zu einem außerordentlich bedeutsamen Organ der staatlichen Wirtschaftslenkung.

Organisatorisch war der Hauptwirtschaftsrat zwar nach den Koalitionsspielregeln aufgebaut, die tatsächliche Leitung lag aber - mit der Übernahme der Leitung des Sekretariats durch den Kommunisten Zoltán Vas - in kommunistischen Händen. ¹²

e) Das Reparationsamt setzte die Lieferprogramme für die Reparationsleistungen fest und war befugt, die Reparationsarbeiten zu kontrollieren. Es hatte - im Einverständnis mit dem zuständigen Ministern - Aufsicht über die Unternehmungen und Personen, die bei der Erfüllung der Reparationsverpflichtungen mitwirkten. ¹³ Durch diese Befugnisse wurde es bald zu einem zentralen Lenkungs- und Kontrollorgan der gesamten Industrie. ¹⁴

¹⁰ Az Ideiglenes Nemzeti Kormány 751/1945. M.E. számú rendelete az Országos Gazdasági Tanács felállításáról. (Die Verordnung Nr. 751/1945 der Provisorischen Nationalregierung über die Errichtung des Zentralen Wirtschaftsrates). In: MK. vom 22.4.1945. Budapest, 1945. Nr.16, S.1f

¹¹ A Nemzeti Kormány 12.090/1945. M.E. számú rendelete a Gazdasági Főtanácsról. (Die Verordnung Nr. 12.090/1945 der Nationalregierung über den Hauptwirtschaftsrat). In: MK. vom 9.1.1946. Nr.7, S.2. (§ 1)

¹² Berend, T. I.: Az állami beavatkozás, a.a.O. S.12.

¹³ A Nemzeti Kormány 1500/1946. M.E. számú rendelete a Jótételi Hivatal szervezése tárgyában. (Die Verordnung Nr. 1.500/1946 der Nationalregierung über die Errichtung des Reparationsamtes). In: MK. vom 12.2.1946. Nr.35. S.2.

¹⁴ Berend, T.I.: Az állami beavatkozás, a.a.O. S. 12.

2. Organisation der Produktion

Die Richtung und das Ausmaß der Produktion wurde durch den Bedarf der Besatzungsmacht bestimmt. Die Rote Armee setzte an die Spitze der Betriebe Militärkommandos, die für die Aufnahme der Arbeit sorgten. Ihre "Aufträge", die mehr als drei Viertel der gesamten Industrieproduktion des Landes in Anspruch nahmen, mußten unbedingt erfüllt werden.¹⁵

Die Reparationslieferungen¹⁶ wurden mittels eines ungeheuren Überschusses der Staatsausgaben über die Einnahmen finanziert. Die Einnahmen (hauptsächlich aus Verkehrssteuern) deckten nur 6-8 Prozent der Ausgaben.¹⁷

Die notwendigen Gelder wurden durch Einsatz der Notendruckpresse aufgebracht. Die Regierung hat die Nationalbank noch im Frühjahr 1945 des Verbotes der Gewährung von Staatsanleihen enthoben. Die Nationalbank begann am 30. Mai 1945 einen einprozentigen Schatzwechsel zu diskontieren. Damit wurde der Geldentwertung Tür und Tor geöffnet.¹⁸

Da an eine Drosselung der verheerenden und desorganisierenden Inflation zuerst nicht zu denken war, konnte sie ein beispielloses Ausmaß erreichen. Ende Juli 1946 betrug der Dollarkurs schon 4.000.000 Septillion Pengö.¹⁹ Nach einer längeren Vorbereitung wurde dann am 1. August 1946 die Währungsreform durchgeführt.

¹⁵ Berend, T.I.: Újjáépítés és a nagytöke elleni harc Magyarországon 1945-1948. (Wiederaufbau und der Kampf gegen das Großkapital in Ungarn 1945-1948). Budapest, 1962, S.197.

¹⁶ Im Staatshaushaltsplan wurden sie als "internationale Verpflichtungen" bezeichnet.

¹⁷ Berend, T.I.: Újjáépítés, a.a.O. S. 59.

¹⁸ Ebda, S. 60.

¹⁹ Pengö war die ungarische Währung bis 1.8.1946. Siehe: Nogaro, Bertrand: Hungary's Resent Monetary Crisis and Its Theoretical Meaning. In: The American Economic Review, Washington, 1948. Bd. 38. S. 528.

§ 3 Formen und Methoden der unmittelbaren staatlichen Einmischung in der Industrie

Die unmittelbare staatliche Einflußnahme in der Industrie begann nach Beendigung der militärischen Besetzung der Betriebe durch die Rote Armee (Ende 1945 - Anfang 1946). Man wählte zunächst die gleiche Form, deren sich die alte Regierung während des Krieges bedient hatte; die des Staatsmonopols. Der Staat wurde zum größten Auftraggeber und Käufer, während des Krieges durch die Kriegsaufträge und danach durch die Reparationslieferungen.²⁰

Die Betriebe waren gezwungen, die Produktion von Massengütern einzustellen um die staatlichen Aufträge erfüllen zu können.²¹ Der größte Teil (mindestens drei Viertel) der gesamten Industrieproduktion erfolgte auf Grund von staatlichen Aufträgen.²² Damit wurden die Betriebe vom Staat abhängig.

Das zweite Hauptgebiet der staatlichen Einmischung bildete - neben den Staatsaufträgen - die zentrale Verteilung der Energien und Rohmaterialien. Nach einer Verordnung des Ministerrates vom 3. Juni 1945 war der Minister für Wiederaufbau ermächtigt, die gesamten Rohmaterialien, Arbeitskräfte, Energiequellen und Verkehrsmittel des Landes zwischen den einzelnen Wirtschaftszweigen zu verteilen.²³

Diese staatliche Materialbewirtschaftung wurde nach der Errichtung des Hauptwirtschaftsrates noch weiter intensiviert. Die neugegründete Direktion für Binnenhandel

²⁰ Berend, T.I.: Az állami, a.a.O. S. 13.

²¹ Ebda, S. 14.

²² Ebda, S. 16.

²³ A minisztérium 2.660/1945. M.E. számú rendelete az újjáépítési minisztérium szervezése tárgyában. (Die Verordnung Nr. 2.660/1945 des Ministeriums über die Festlegung des Kompetenzbereiches des Ministers für Wiederaufbau und über die Organisation des Ministeriums für Wiederaufbau). In: MK. vom 3.6.1945. Nr.42. S. 6.

übernahm die zentrale Leitung der einzelnen Büros der Materialbewirtschaftung. Als Organ des Ministeriums für Handel und Genossenschaftswesen war sie befugt, die Zirkulation jeglicher Waren zu regeln, zu lenken und zu kontrollieren.²⁴

Damit wurde der gesamte Produktionsprozess von den ersten Minuten an bis zum Absatz der Fertigprodukte durch staatliche Ver- und Anordnungen und mit Hilfe der verschiedenen staatlichen Organen und Institutionen direkt gelenkt. Die erlassenen Verordnungen über die Verstaatlichung der Industriebetriebe brauchten die gegebenen Verhältnisse nur noch zu sanktionieren.²⁵

Der Angriff gegen das Privateigentum begann mit der Verstaatlichung der Kohlenbergwerke, da hier - wegen der hohen Verluste der Betriebe - mit dem kleinsten Widerstand zu rechnen war.²⁶ Es folgten die Industriebetriebe, die für Reparationslieferungen mit Verlust gearbeitet hatten.

Die Leitung der verstaatlichten Unternehmungen wurde auf staatliche Behörde übertragen. Während der Zeit der staatlichen Verwaltung hatte der Direktionsrat der "Zentrale der Schwerindustrie" die Kompetenzen des Vorstandes der Aktiengesellschaften und die der Geschäftsführer der Gesellschaften mit beschränkter Haftung auszuüben.²⁷

Diese staatskapitalistische Form der Wirtschaftslenkung hat den Boden für eine zentrale Planung vorbereitet.

24 A nemzeti kormány 2.120/1946. M.E. számú rendelete a belkereskedelmi Igazgatóság felállításáról tárgyában. (Die Verordnung Nr. 2.120/1946 der Nationalregierung über die Errichtung der Direktion für Binnenhandel). In: MK. vom 1.3.1946. Nr. 50. S.2.

25 Berend, F.I.: az állami, a.a.O. S. 20.

26 A nemzeti kormány 12.200/1945. . . . számú rendelete a szénbányák állami kezelésbe vételéről. (Die Verordnung Nr. 12.200/1945 der Nationalregierung über die Verstaatlichung der Kohlenbergwerke). In: MK. vom 20.12.1945. Nr. 205. S.2.

27 § 3. der Verordnung der Regierung (Nr. 23.550/1946) a.a.O. S. 1.

Auf Grund des Beschlusses des dritten Kongresses der KP haben die kommunistischen Wirtschaftsexperten schon im Herbst 1946 angefangen, einen Dreijahresplan auszuarbeiten.

Um die Ausarbeitung und Durchführung der Pläne kontrollieren zu können, wurde am 16. Juli 1947 durch eine Regierungsverordnung der Planwirtschaftsrat und dessen Organ, das Zentrale Planungsamt ins Leben gerufen.²⁸ Seit dieser Zeit wurden praktisch alle Wirtschaftstätigkeiten dem vom Zentralen Planungsamt zusammengefaßten und veröffentlichten Dreijahresplan untergeordnet.²⁹

§ 4 Aufbau einer Lenkungshierarchie

Die weitere Verstaatlichung im Jahre 1948 (die praktisch die gesamte Industrie erfaßte) verlangte nicht nur neue Organe der Wirtschaftslenkung, sondern auch den Aufbau einer neuen Lenkungshierarchie.

Zunächst sollte eine Organisation auf Regierungsebene für die Lenkung der Volkswirtschaft errichtet werden. Nach der Verfassung der Ungarischen Volksrepublik von 1949 hat der Ministerrat, als oberstes Organ der Staatsverwaltung die Aufgabe, die Arbeit der einzelnen Ministerien und der ihnen untergeordneten Organe zu lenken und für die Verwirklichung der Volkswirtschaftspläne zu sorgen.³⁰ Um

²⁸ 8.530/1947. Korm. számú rendelet a Tervgazdasági Tanács és az országos Tervhivatal létesítése tárgyában. (Die Verordnung Nr. 8.530/1947 der Regierung über die Errichtung des Planwirtschaftsrates und des Zentralen Planungsamtes). In: 1947. év hatályos jogszabályai. Budapest, 1948. Bd. 1. S. 242ff.

²⁹ 10.070/1947. Korm. számú rendelet a hároméves gazdasági terv megvalósítását célzó egyes rendelkezések tárgyában. (Die Verordnung Nr. 10.070/1947 der Regierung über die einzelnen Anordnungen, die die Durchführung des Dreijahresplanes betreffen). In: 1947. év hatályos jogszabályai. Bd. 1. S. 245.

³⁰ Szamel, Lajos: Az államigazgatás vezetésének jogi alapproblémái. (Juristische Grundprobleme der Leitung der Staatsverwaltung). Budapest, 1963. S. 201.

diese Lenkungsaufgaben des Ministerrates erfüllen zu können, wurde ihm ein Netz von sog. funktionalen Regierungsorganen untergeordnet. Diese waren:

Das Zentrale Planungsamt;
 Das Statistische Zentralamt;
 Die Kontrollorganisation und
 Das Landes-Preisamt.

Außerdem beteiligten sich an der zentralen Lenkung auch einige Ministerien, besonders das Ministerium der Finanzen und das Arbeitsministerium. Infolge der Differenzierung der Lenkung wurden die Konturen einer dreistufigen Lenkungshierarchie immer sichtbarer.

Die Oberstufe

Die Differenzierung der Lenkung begann mit der Aufgliederung des Industrieministeriums. Es war außerstande, die ihm untergeordneten 750 Unternehmungen direkt zu lenken. Deshalb wurde für jeden Industriezweig ein direktes Lenkungsorgan, in Form von "Industriedirektionen" errichtet. Von insgesamt 29 Industriedirektionen waren 19 direkt dem Industrieministerium und die übrigen den einzelnen "Wirtschaftsministerien" untergeordnet.³¹

Die Industriedirektionen wurden aber bald in die Ministerien als funktionale Hauptabteilungen, bzw. Abteilungen eingegliedert.³² Diese Änderungen brachten auch eine organisatorische Neugestaltung der betreffenden Ministerien mit sich.³³

³¹ 5.380/1948. Korm. számú rendelet az ipari igazgatóságokról. (Verordnung Nr. 5.380/1948 der Regierung über die Industriedirektionen). In: 1948. év hatályos jogszabályai, a.a.O. S. 549ff.

³² 10.810/1948. Korm. számú rendelet az ipari igazgatóságok átszervezéséről. (Verordnung Nr. 10.810/1948 der Regierung über die Umorganisation der Industriedirektionen). In: 1948. év hatályos, a.a.O. S. 351.

³³ Szamel. Lajos: Az államigazgatás feladatainak átalakulása a felszabadulás óta. (Die Veränderungen der staatlichen Verwaltungsaufgaben seit der Befreiung). In: Jogtudományi Közlöny (Rechtswissenschaftliche Rundschau). 1960. Nr. 4. S. 199.

Die Industriedirektionen hatten eine doppelte Funktion auszuüben: sie waren Behörden einerseits und direkte Lenkungsorgane der entsprechenden Wirtschaftszweige andererseits. Sie sollten dafür Sorge tragen, daß die durch die Unternehmungen auszuarbeitenden Teilpläne nach den Anweisungen des Zentralen Planungsamtes zu der vorgeschriebenen Zeit fertiggestellt und dem zuständigen Minister und dem Zentralen Planungsamt vorgelegt wurden. Außerdem oblag ihnen die Kontrolle der Planverwirklichung und der Kooperation zwischen den Unternehmungen und sie verfügten - in einem bestimmten Rahmen - über preisbehördliche und materialwirtschaftliche Befugnisse. ³⁴

Diese organisatorische Form erwies sich aber bald als ungeeignet; die behördliche Kontrolle und die Lenkung bestimmter Unternehmungsfunktionen ließen sich miteinander nicht vereinbaren. Außerdem war der Wirkungskreis der Industriedirektionen zu groß, um eine einheitliche Leitung der verschiedenen Wirtschaftszweige bewältigen zu können. Eine weitere Dezentralisierung der Leitungsfunktionen wurde deshalb unumgänglich. Durch Errichtung neuer Lenkungsorgane entstand die Mittelstufe der Hierarchie.

Die Mittelstufe

Um die produktionstechnisch miteinander verwandten Betriebe enger zusammenzufassen, errichtete man die sog. mittelstufigen Lenkungsorgane. Diese waren: Die Industriezentralen, ³⁵ die Vereinigungen ³⁶ und die Trusts. ³⁷

³⁴ § 3. Abs. 1. der Verordnung Nr. 5.380/1948 der Regierung, a.a.O. S. 550.

³⁵ 7.210/1948. Korm. számu rendelet az ipari központokról. (Verordnung Nr. 7.210/1948 der Regierung über die Industriezentralen). In: 1948. év hatályos, a.a.O. S. 521ff.

³⁶ Szamel, L.: Az államigazgatás, a.a.O. S. 199.

³⁷ A Magyar Népköztársaság minisztertanácsának 122/1951. (VI.17) M.T. számu rendelete a trösztökről. (Die Verordnung Nr. 122/1951 des Ministerrates der Ungarischen Volksrepublik über die Trusts). In: MK. vom 17.6.1951. Nr. 91. S. 591ff.

Im Rahmen der Dezentralisierungsmaßnahmen löste man mehrere Industriedirektionen auf und errichtete an ihre Stelle neue Industriezentralen. Sie waren horizontal organisiert und haben wichtige Leitungsfunktionen (wie Materialbeschaffung, Produktion, Verkauf und Rationalisierung) von den Industriedirektionen übernommen.

Diese Industriezentralen hatten gegenüber den Industriedirektionen den Vorteil, daß sie in vielen operativen Fragen Entscheidungen selbständig treffen konnten.³⁸ Ihre größere Selbständigkeit kam auch darin zum Ausdruck, daß sie zu keinem Kostenvoranschlag verpflichtet waren.

Die Kompetenzen der Industriezentralen waren aber nach unten - durch die relative Selbständigkeit der Unternehmungen³⁹ - ebenso eingeschränkt, wie nach oben, indem sie in wichtigen Betriebsangelegenheiten (z.B. Außenhandelsvereinbarung, Betriebskonzentration, Gewinnverbrauch, Bestimmung der Person des Direktors) nicht selbständig entscheiden konnten.⁴⁰ Diese Zerreißung der Unternehmerfunktionen hat der Produktion einen schlechten Dienst erwiesen.

Die Unterstufe

Auf der "Unterstufe" waren weder die aktiengesellschaftlichen noch die alten staatsunternehmerischen Formen die geeigneten Träger einer zentralen Lenkung. Nunmehr sollte die "Nationalunternehmung" (nemzeti vállalat) die neue Unternehmungsform repräsentieren, die bei einer gewissen juristischen Selbständigkeit ein integrierter Be-

³⁸ Fodor, Cándor: Használjuk fel az iparirányítás korábbi tapasztalatait. (Wenden wir die früheren Erfahrungen der Industrielenkung an). In: Figyelő. Gazdaságpolitikai hetilap. (Beobachter. Wirtschaftspolitisches Wochenblatt). vom 15.7.1958. S.3.

³⁹ Die Unternehmungen behielten ihre organisatorische, rechtliche und finanzielle Selbständigkeit bei. Siehe: §. 15. der Verordnung Nr. 122/1951 des Ministerrates, a.a.O. S. 593.

⁴⁰ Ránki, György: A népgazdaság szocialista átszervezése és az öthónapos terv (1948). (Die sozialistische Umgestaltung der Volkswirtschaft und der fünfmonatige Plan (1948)). In: PK. Nr. 1. S. 19.

standteil der neuen Lenkungshierarchie werden sollte.⁴¹ Diese Bezeichnung diente - in erster Linie - zur Unterscheidung der ungarischen Unternehmungen von den "Gemischten Ungarisch-Sowjetischen Unternehmungen". Die nun folgenden Regierungsverordnungen sprachen wieder von "Staatsunternehmungen".⁴²

Mit der Aufbau der Lenkungshierarchie setzte eine weitere Zentralisierung und Bürokratisierung der Leitungsfunktionen ein. Dies erschien unvermeidlich, da die führenden Posten der neuen Hierarchie meist durch unerfahrene, der Regierung gefügte Parteifunktionäre besetzt wurden, die über die notwendigen Fachkenntnisse nicht verfügten und deshalb auf ständige Anweisungen der übergeordneten Organe angewiesen waren.⁴³ Von 1150 - an der Spitze der Unternehmungen, bei den Industriedirektionen und Industriezentralen arbeitenden - neuen Wirtschaftsfunktionäre haben 96 nur vier Volksschuljahre, 610 nur die Oberschule absolviert.⁴⁴

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß die Ursache der ständigen Umorganisierung der Wirtschaftsleitung in erster Linie darin zu suchen ist, daß man baldmöglichst eine der Regierung und der KP gefügte, Lenkungshierarchie aufbauen wollte. Mit der Errichtung der verschiedenen Stufen und Organe dieser Hierarchie ist auch die Verbindungslinie zwischen ihnen länger und länger geworden. Dadurch verlangsamte sich die Übermittlung von Informationen, und die

⁴¹ 1948: XXXVII. Törvénycikk a nemzeti vállalatokról. (Gesetz Nr. XXXVII. vom 1948 über die Nationalunternehmungen). In: 1948. év hatályos, a.a.O. S. 75ff.

⁴² A Népköztársaság Elnöki Tanácsának 1950. évi 32. számú törvényerejű rendelete az állami vállalatokról. (Gesetzesverordnung Nr. 32. des Jahres 1950 des Präsidialrates der Volksrepublik über die Staatsunternehmungen). In: MK. vom 6.8.1950. Nr. 132-134. S. 97lff.

⁴³ Berend, T.I.: Újjáépítés, a.a.O. S. 379.

⁴⁴ Ránki, Gy.: A népgazdaság, a.a.O. S. 20.

Möglichkeit ihrer Verzerrung nahm ständig zu. Dieser zentralisierte, bürokratische Apparat erwies sich bald als Haupthindernis bei der Produktion und bei der technischen Entwicklung. Deshalb versuchte man, mit verschiedenen Dezentralisierungsmaßnahmen den technisch-wirtschaftlichen Gegebenheiten Rechnung zu tragen. Trotzdem blieb das Problem bis heute noch ungelöst, da die Führung der Lenkungs-hierarchie unfähig und nicht willens ist, sich der wirtschaftlichen Gegebenheiten Rechnung zu tragen. Unfähig insofern, als sie direkt oder indirekt von der Gnade und Ungnade der Besatzungsmacht abhängt, nicht willens, weil sie den Verlust der altvertrauten Hierarchie aus eigenem Interesse scheut.

Zweiter Teil

Einführung neuer Lenkungs- und Leitungsmethoden

§ 5 Die Zentralisierung der Leitungsfunktionen

Wie oben dargestellt, konnte man in Ungarn schon seit dem ersten Weltkrieg eine wachsende Verlagerung der wirtschaftlichen Entscheidungsbefugnisse von den privaten Unternehmen auf den Staat beobachten. Gleichzeitig verlagerte sich auch die Tätigkeit der Staatlichen Organe von der indirekten immer mehr auf die direkte Wirtschaftslenkung (staatliche Preispolitik, Devisenbewirtschaftung usw.).

Nach der Verstaatlichung der Industriebetriebe nach dem zweiten Weltkrieg änderte sich auch der Charakter der staatlichen Maßnahmen und die Behörden übernahmen die folgenden Aufgaben: Bestimmung der Basisrentabilität; Ausgabe von Kennziffern für Investition und Erneuerung; Einführung moderner Produktionsverfahren; Bestimmung der Richtung der Produktion; Austausch von Produktionserfahrungen; Maßnahmen für die Senkung der Selbstkosten; Analyse und Kontrolle der Tätigkeit der Unternehmungen "im Interesse der Planmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit"; weiterhin die Gründung,

Zusammenlegung und Auflösung von Unternehmungen und Entscheidungen in ihren Personalfragen. ⁴⁵

Die neuen Organisationen und Aufgaben verlangten von der Leitung die Ausarbeitung und Anwendung neuer Methoden, da die Leitung alten Stiles diese vielseitigen Aufgaben nicht mehr bewältigen konnte. Eine konkrete behördliche Einmischung in den Wirtschaftsprozess, die als operative Lenkung bezeichnet wurde, sollte die Lösung bringen. Als typisches Beispiel dafür kann die Errichtung der Zentrale der Schwerindustrie ⁴⁶ betrachtet werden. Sie übernahm die Lenkungs- und Leitungsfunktionen der Unternehmungen mit dem Ziel, später nur die Lenkungsaufgaben wahrzunehmen, "wenn das Prinzip der persönlichen Verantwortung bei der Belegschaft der Betriebe zur Geltung kommt". ⁴⁷

Das Gesetz über die "Volksräte" von 1950 hat den Ministerrat mit der "Hauptaufsicht" und der prinzipiellen Lenkung der örtlichen Räte beauftragt. Die Aufgaben der prinzipiellen Lenkung und allgemeinen Leitung, die Entscheidung in besonders wichtigen Fällen und die Kontrolle der Durchführung auf dem Gebiet der Fachverwaltung wies das Gesetz den Fachministern zu. ⁴⁸

Trotz dieser gesetzlichen Regelung konnte nicht vermieden werden, daß die Lenkungsorgane sich oft in die Angelegenheit der Unternehmungen operativ einmischten. Diese Einmischung wurde damit begründet, daß die jungen, unerfahrenen Unternehmungsleiter ihren Aufgaben nicht gewachsen waren. Es hatten nämlich nur 34 Prozent der führenden Mitarbeiter der Unternehmungen ein Universitäts- oder Hochschulstudium hinter sich. 1957 verfügten nur 36,9 Prozent der führenden Mitarbeiter und Sachbearbeiter der Ministerien über eine Universitätsausbildung. ⁴⁹ Gleichzeitig

⁴⁵ Szamel, L.: Az államigazgatás, a.a.O. S. 186/187.

⁴⁶ Vgl. § 3.

⁴⁷ Szamel, L.: Az államigazgatás, a.a.O. S. 187.

⁴⁸ Ebda, S. 192.

⁴⁹ Vezetés és szakképzettség (Leitung und Fachkenntnis). In: Figyelő, vom 27.5.1958. S. 3.

mußten ausgebildete leitende Persönlichkeiten 40 bis 60 Prozent ihrer Arbeitszeit Aufgaben widmen, die ihrer Sachkenntnisse nicht bedurften.⁵⁰

Auch die Entscheidungsfunktionen verlagerten sich auf die höheren Instanzen. Diese Zentralisierung der Entscheidungsfunktionen auf den obersten Stufen der Lenkungs-hierarchie führte notwendigerweise zur Verteilung der Kompetenzen zwischen mehreren Organen. Dies mag paradox erscheinen, aber wird leicht verständlich, wenn man an die ständig wachsende Zahl der Lenkungsorgane denkt. Je größer die Zahl der Lenkungsorgane, umso kleiner werden ihre Kompetenzbereiche, und sie werden immer weniger geeignet, ihre eigentliche Aufgabe, die Koordinierung und Harmonisierung der Tätigkeit der verschiedenen Leitungsinstanzen, zu erfüllen.⁵¹

§ 6 Die Planung

1. Das Verhältnis von Wirtschaftslenkung und Wirtschaftsplanung

Die Planvorbereitung, Planung (Planaufstellung) und Plankoordination gehören zur gemeinsamen Aufgaben der Lenkung und operativen Leitung. Die Aufgaben der einzelnen Instanzen beziehen sich jedoch auf unterschiedliche Größenordnungen. Aus dieser unterschiedlicher Größereordnung resultiert nicht nur ein gradueller, sondern auch ein qualitativer Unterschied zwischen den Rechten und Pflichten der einzelnen Leitungsorgane. Die operative Leitung ist z.B. nicht berechtigt, die einmal genehmigten Planziffern selbständig zu korrigieren und das Kennziffernsystem⁵² kann nur durch die obersten Lenkungsorgane - im Rahmen der Regierungsvorschriften und -verordnungen - geändert werden.⁵³

⁵⁰ Bozsó, László - Naszódi, György: A műszaki szakemberek munkájának hatékonyságáról. (Über die Wirksamkeit der Arbeit der technischen Intelligenz). In: TSz. 1963, Nr. 10. S.52.

⁵¹ Balázs, Sándor - Varga, György: A szocialista iparirányítás szervezeti kérdéseiről. (Über die organisatorischen Fragen der sozialistischen Industrielenkung). In: KSz. 1959. Nr. 8-9. S. 826.

Die Planvorbereitungen erfolgen in der ungarischen Industrie auf verschiedenen Ebenen. Der Planung wird bestimmte Zielsetzung zugrundegelegt, die eine gemeinsame Aufgabe der Industrie bildet: die Befriedigung der Inlands- und Exportbedürfnisse in qualitativer und quantitativer Hinsicht, unter Beachtung der Wirtschaftlichkeitskriterien. Die gesamte Tätigkeit der Lenkungs-, Leitungs- und Verwaltungsorgane der Industrie ist dieser wirtschaftspolitischen Zielsetzung untergeordnet. Dabei geht es um die Sicherung der personellen, sachlichen usw. Voraussetzungen der Aufgabenerfüllung. ⁵⁴

Die voraussichtlichen, zukünftigen Bedürfnisse werden durch die obersten Organe der Lenkung (die sich spezieller Institutionen bedienen, wie z.B. des Zentralen Planungsamtes, des Preisamtes usw.) mit Hilfe wissenschaftlich begründeter Markt-, Verbrauchs- und Konjunkturforschungen ermittelt. In diese Arbeiten wurden aber die untersten Leitungsorgane selten einbezogen und ihre Erfahrungen bei der Zusammenstellung der Volkswirtschaftspläne ungenügend berücksichtigt.

Entsprechend den wirtschaftspolitischen Zielsetzungen waren die Organe der Lenkung und Planung parallel zueinander aufgebaut. So entstanden die Hauptabteilungen und Abteilungen für die Planung bei den Ministerien, Industriedirektionen und Unternehmungen. Dadurch wurden immer mehr Instanzen zwischen die oberste Lenkung und die Unternehmungen eingeschoben. Durch diese Parallelität sollten die wirtschaftspolitischen Ziele erreicht, eine strengere Kontrolle der Unterinstanzen gesichert und ein Ausgleich der gegenseitigen Interessen von Unternehmungen und Lenkungsbehörden gefunden werden. Diese Zielsetzungen konnten aber in der Praxis nicht verwirklicht werden. ⁵⁵

⁵² Siehe unten § 6,3

⁵³ Vgl. Szamel, L.: Az államigazgatás, a.a.O. S. 203.

⁵⁴ Ebda, S. 202.

⁵⁵ Morva, Tamás: A tervezési módszerek tökéletesítéséről. (Über die Vervollkommenung der Planungsmethoden). In: KSz. Nr. 2. S. 186.

Es stellte sich bald heraus, daß die parallelen Planungen meistens nur unnötige Mehrarbeit verursachten und die Erkennung und richtige Beurteilung der eigentlichen Aufgaben sowohl bei den Lenkungsorganen als auch bei den Unternehmungen verhinderten. Aus dieser Erkenntnis zog man die Lehre nur sehr zögernd. Der erste Schritt zur Verbesserung der Lenkung wurde mit der Vereinfachung der Lenkungs-hierarchie und der Kürzung des Instanzenweges getan. Danach sollten neue Planungsmethoden ausgearbeitet werden. ⁵⁶

Anläßlich der Ausarbeitung der Jahrespläne für 1961 und 1962 wurde ein neuer Arbeitsstil entwickelt. Er besteht darin, daß die Planungsorgane der verschiedenen Lenkungsstufen, die aufeinander angewiesen sind, eng zusammenarbeiten. Im Rahmen dieser Zusammenarbeit müssen die Lenkungsorgane die volkswirtschaftlichen Zielsetzungen konkret formulieren und imstande sein, die Planvorschläge und die Tätigkeit der Unterinstanzen realistisch zu beurteilen. ⁵⁷

Die ungarische Industrie hatte mit den langfristigen Plänen (besonders mit denen, die die Wirtschaftsbeziehungen mit der Sowjetunion betrafen) bisher äußerst schlechte Erfahrungen gemacht. Auch wenn man vom Preisdiktat der Sowjetunion absieht, bedeuten die Auflagen dieser langfristigen Pläne eine schwere Belastung für die Industrie. Auf Grund langfristiger Verträge "kaufte" die Sowjetunion alle Produkte der feinmechanischen, nachrichtentechnischen und Maschinenindustrie ab. Der Kaufpreis deckte aber nicht einmal die Preise der zu ihrer Herstellung notwendigen Rohstoffe. ⁵⁸

⁵⁶ Morva, T.: A tervezési módszerek, a.a.O. S. 188.

⁵⁷ Ebda, S.188.

⁵⁸ Vgl. Tatár, István: Külkereskedelmünk időszerű kérdései. (Die aktuellen Fragen unseres Außenhandels). In: KSz. 1957. Nr. 2. S. 181.

Zum Ausgleich der Zahlungsbilanz mit der Sowjetunion (die zu 90 Prozent aus der Handelsbilanz besteht) ⁵⁹ mußte deshalb Ungarn auch noch Produkte der Leichtindustrie und der Landwirtschaft exportieren. ⁶⁰ Um diesen ungleichmäßigen Handel zu verschleiern, wurde ein Plankennziffern-System ⁶¹ aufgebaut, das die Ermittlung der eigentlichen Herstellungskosten der Exportprodukte unmöglich macht. ⁶²

Diese langfristigen Verträge haben auch das technische Niveau der Produktion beeinflußt. Die russischen Bestellungen haben die gesamte Kapazität mehrerer Industriezweige in Anspruch genommen. Die einmal konstruierten Maschinen (Lokomotiv, Schiff, Werkzeugmaschine usw.) mußten jahrelang in der selben Qualität geliefert werden. Die Konstrukteure der Betriebe wurden entlassen und damit hörte praktisch jede Entwicklungsforschung in der Maschinenindustrie, die ein Drittel der Gesamtindustrie ausmacht, auf. Die neugegründeten zentralen Forschungsinstitute waren nicht in der Lage, die betrieblichen Forschungsaufgaben wahrzunehmen. Somit konnten neue Modelle, die dem Stand der Technik entsprachen, nicht konstruiert werden. ⁶³ Die bedeutende Rolle des technischen Fortschritts bei der Produktion mußte deshalb nach 1956 neu "entdeckt" und dementsprechend auch die Lenkungs- und Planungsmethoden revidiert werden.

Zunächst mußten die Beziehungen zwischen dem Fünfjahresplan und den Jahresplänen neu gestaltet werden. Die bisherigen Fünfjahrespläne hatten die Aufgabe, die Richtung

⁵⁹ Tallós, György: A termelés anyagellátásának néhány külkereskedelmi vonatkozása. (Einige außenhandelspolitischen Aspekte der Materialversorgung der Produktion). In: KSz. 1957. Nr. 2. S. 181.

⁶⁰ Péter, Pál: A magyar-sowjet gazdasági kapcsolatokról. (Über die ungarisch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen). In: KSz. 1956. Nr. 10. S. 1211.

⁶¹ Siehe unten § 6,3.

⁶² Vgl. Tatár, I.: Külkereskedelmünk, a.a.O. S. 199.

⁶³ Vgl. Péter, P.: A magyar-sowjet, a.a.O. S. 1209.

der wirtschaftlichen Entwicklung für die Jahrespläne zu zeigen. Viele Vorstellungen der Fünfjahrespläne konnten jedoch nur mit Verspätung verwirklicht werden, da sich die Wirtschaftslenkung und operativen Leitung auch bei Großinvestitionen, die mehrere Jahre in Anspruch nehmen, nach Jahresplänen orientierten.⁶⁴ Von einer planmäßigen Wirtschaftslenkung konnte also in diesem Falle keine Rede sein. Somit ist zu erklären, warum die großen Industriebauten doppelt so viel Zeit in Anspruch nahmen als technisch notwendig war.⁶⁵ Da selbst die Regierung über kein umfassendes Wirtschaftsprogramm verfügte, verbargen sich hinter dem Streben nach einer Maximierung der Produktion Chaos und Anarchie.⁶⁶

Dem Jahresplan gegenüber werden von der volkswirtschaftlichen Lenkung und der operativen Leitung gegensätzliche Forderungen erhoben. Die Lenkung möchte sich auf einen stabilen und ausführlichen Plan stützen; die operative Leitung verlangt demgegenüber möglichst große Elastizität.

Bei der Ausarbeitung des Jahresplanes müssen auch die Ergebnisse des Vorjahres berücksichtigt werden. Die Planvorbereitungen (Sammlung von Informationen, Vertragsverhandlungen mit in- und ausländischen Partnern, Genehmigung usw.) nehmen zu viel Zeit in Anspruch und gefährden damit die Genauigkeit der Planrechnungen, da die Ergebnisse des

⁶⁴ Vgl. Morva, T.: A tervezési módszerek, a.a.O. S. 189.

⁶⁵ Vgl. Antos, István: A gazdaságpolitika időszerei kérdései. (Die aktuellen Fragen der Wirtschaftspolitik). In: Pénzügy és Számvitel. (Finanz- und Rechnungswesen). 1958. Nr. 1. S. 5.

⁶⁶ Vgl. Kiss, István: A szervezés tudományos vizsgálatának jelentősége. (Die Bedeutung der wissenschaftlichen Analyse der Organisationstätigkeit). In: PéSz. 1959. Nr. 1. S. 17. und Szurdi, István: Néhány észrevétel a Közgazdasági Szakértő Bizottság elgondolásaihoz, javaslataihoz. (Einige Bemerkungen zu den Vorstellungen und Vorschlägen des Volkswirtschaftlichen Fachkomitees). In: KSz. 1958. Nr. 7. S. 688.

letzten Vierteljahres zur Zeit der Planaufstellung nur geschätzt werden können. Hier könnte - nach Meinung mehrerer Nationalökonom⁶⁷ - nur durch Änderung der Planungsmethoden (z.B. durch Abschaffung des - meistens nur formalen - Genehmigungszwanges) und Anwendung elektronischer Rechenmaschinen Hilfe geleistet werden.

Bei der volkswirtschaftlichen Planung ist die Rolle des Betriebsplanes noch immer ungeklärt. Einerseits wird verlangt, daß der Volkswirtschaftsplan durch die Summierung der einzelnen Betriebspläne aufgestellt wird. Andererseits weist man darauf hin, daß die Betriebspläne nicht ausgearbeitet werden können, bevor die volkswirtschaftlichen Daten zur Verfügung stünden. Zu diesen Daten werden gerechnet: das Investitionsvolumen und dessen Verteilung; die voraussichtliche Nachfrage der Bevölkerung und der Behörden; die Importmöglichkeiten und die Exportaufgaben.⁶⁸ Hier muß bemerkt werden, daß das Volumen und die Zusammensetzung des Importes nicht durch den Inlandsbedarf, sondern durch die von der Besatzungsmacht diktierten Exportaufgaben bestimmt wird.⁶⁹

Nach den Gesagten darf angenommen werden, daß es kein Lenkungsorgan gibt und geben kann, welches die Lage und die vielseitigen Erscheinungen der gesamten Volkswirtschaft fehlerfrei beurteilen könnte. Da die Ausarbeitung der Pläne auch "auf der obersten Ebene" sich auf Informationen der Unternehmungen stützen muß, kann ohne Einbeziehung der Unternehmungen in diese Arbeiten kein brauchbarer Plan

⁶⁷ Vgl. Morva, T.: A tervezési módszerek, a.a.O. S. 193f.

⁶⁸ Ebda

⁶⁹ Vgl. Erös, Gyula: Az érdekeltség fejlesztése a külkereskedelem munkájában. (Die Entfaltung der Interessiertheit bei den Außenhandelstätigkeiten). In: F&S. 1958. Nr. 4. S. 125. - Tatár, I.: Külkereskedelmünk, a.a.O. S. 197. und Mód, Aladárné: Az infláció leküzdése - tartálékaink és perspektíváink. (Die Überwindung der Inflation - unsere Reserven und Perspektiven). In: KSz. 1957. Nr. 6. S. 607.

aufgestellt werden. So mußten die Vorstellungen der Lenkungsorgane in den letzten Jahren - auf Grund der Vorschläge der Unternehmungen - nicht selten geändert werden. "Bei der Ausarbeitung der Volkswirtschaftspläne muß vor Augen gehalten werden, daß die Verwirklichung der Pläne letzten Endes von der Arbeit der Unternehmungen abhängt." 70

2. Die Ermittlung der volkswirtschaftlichen Bedürfnisse mit Hilfe der Bilanzmethode. Die Volkswirtschaftsbilanz

Jeder brauchbare Plan muß auf die genaue Ermittlung der objektiven Gegebenheiten (Produktionskapazitäten) und der Bedürfnissen aufgebaut werden. Es wurde schon darauf hingewiesen, daß die Produktionskapazitäten nur durch die Unternehmungen ermittelt werden können und die Berechnungen der zukünftigen Bedürfnisse als Erwartungsparameter sich auf wissenschaftliche Forschungen (Marktanalyse, Konjunkturforschung usw.) der Lenkungsorgane stützen müssen. Nur innerhalb dieses Datenkranzes kann die Planung Aktionsparameter (als variable Größen) aufstellen.

Bei der Ermittlung der Knappheitsgrade der Güter 71 bedient man sich der sog. Bilanzmethode. Die Bedeutung der Bilanzmethode besteht darin, daß mit Hilfe der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung die Bedürfnisse ermittelt und der Höhe der Bezüge gegenübergestellt werden können.

70 Morva, T.: A tervezési módszerek, a.a.O. S. 194.

71 Die gesamtwirtschaftlichen Knappheiten im Lenkungssystem der Zentralverwaltungswirtschaft lassen sich - nach Hensel - ausschließlich vermittels natürlicher Größen in den Plansalden exakt sichtbar machen. An diesen Plansalden zeigt sich das Knappheitsverhältnis der Gesamtanforderungen zur verfügbaren Menge eines Gutes. Ein allgemeines Flangleichgewicht mit Hilfe des zentralen Plansystems läßt sich nur herstellen, wenn die Grenznutzen jedes einzelnen wirtschaftlichen Gutes in allen seinen Verwendungen ausgeglichen sind. (Siehe Hensel, K. Paul: Einführung in die Theorie der Zentralverwaltungswirtschaft. Stuttgart, 1959. S. 134 und 163f.)

Besonders die Volkswirtschaftsbilanz errang in den letzten Jahren eine große Bedeutung. Mit ihrer Hilfe können die verschiedenen Planvorstellungen einander gegenübergestellt und die in der Praxis brauchbarsten Varianten herausgefunden werden. Die Volkswirtschaftsbilanz umfaßt die folgenden drei Hauptbilanzen:

- a) Die Bilanz des Sozialproduktes (genannt: die Bilanz des gesellschaftlichen Gesamtproduktes);
- b) Die Bilanz des Volkseinkommens und
- c) Die zusammengefaßte Arbeitskräftebilanz der Volkswirtschaft.

Die Volkswirtschaftsbilanz besteht aus ökonomischen Kennziffern, die die volkswirtschaftlichen Proportionen repräsentieren. Sie erfaßt alle Momente der erweiterten Reproduktion (Produktion, Verteilung, Konsumtion, Akkumulation usw.) und begleitet die Planungstätigkeit auf allen Stufen der Lenkungshierarchie.⁷² Volkswirtschaftsbilanzen werden für die Basiszeit und für die folgende Planperiode aufgestellt.⁷³ Sie haben den Charakter eines Nationalbudgets und dienen zur Grundlage der Planung der obersten Planungsorgane.

a) Die Bilanz des Sozialproduktes

Sie ist - ihrem Wesen nach - eine zusammengefaßte Materialbilanz und zeigt die Bewegung des Sozialproduktes (in Naturalform) zwischen den verschiedenen Wirtschaftszweigen an. Mit ihrer Hilfe kann der Zusammenhang zwischen den Produktions-, Zirkulations- und Verteilungsplänen direkt, von Seiten der einzelnen Produkte, kontrolliert werden.⁷⁴

⁷² Morva, Tamás: A népgazdasági mérleg. (Die Volkswirtschaftsbilanz). In: Népgazdasági tervezés, a.a.O. S. 99.

⁷³ Ebda. S. 100.

⁷⁴ Ebda. S. 104.

Die Ausführlichkeit (und damit der Anwendungsbereich) dieser Bilanz ist theoretisch unbegrenzt. Ihre Anwendungsmöglichkeiten werden - von den gegenwärtigen statistischen Datenermittlungs- und Planungsmethoden abgesehen - durch die verhältnismäßig geringen Speicherkapazitäten der zur Verfügung stehenden elektronischen Rechenanlagen eingeengt.

Die Bilanz des Sozialproduktes wird in zwei verschiedenen Formen ausgearbeitet. Erstens: als eine zusammengefaßte Bilanz des Sozialproduktes, und zweitens: in Form einer Input-Output-Tabelle. Somit erfährt die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung eine Erweiterung, da die Input-Output-Tabellen nicht nur ex post, sondern auch ex ante aufgestellt werden.

aa) Die zusammengefaßte Bilanz des Sozialproduktes ermittelt - auf Grund der Produktion der einzelnen Wirtschaftszweige - das Sozialprodukt und verteilt es den wichtigsten Bedürfnissen entsprechend.

bb) Die Input-Output-Tabelle stellt ein wichtiges Instrument zur Ermittlung der volkswirtschaftlichen Proportionen dar. Mit ihrer Hilfe können nicht nur die Zusammenhänge zwischen den einzelnen Wirtschaftszweigen ermittelt werden, sondern auch das Verhältnis von Produktion und Konsumtion. Der Vorteil dieser Methode besteht darin, daß die dargestellten Zusammenhänge auch als lineare Gleichungen aufgefaßt und mit Hilfe der Matrixalgebra mathematisch behandelt werden können.

Die erste Input-Output-Tabelle wurde für das Jahr 1957 durch das Statistische Zentralamt ex post ausgearbeitet. Dabei wurde die gesamte Volkswirtschaft in 38 (davon 31 Industrie) Sektoren eingeteilt. Bei den Vorbereitungsarbeiten stellte sich heraus, daß die konventionellen statistischen und rechnungstechnischen Methoden außerstande sind, die notwendigen Informationen zu besorgen. ⁷⁵

⁷⁵ Vgl. Román, Zoltán: Az ágazati kapcsolatok mérlegeinek számviteli alapjai. (Die rechnungstechnischen Grundlagen der Zweig-Verflechtungsbilanzen). In: PésZ. 1959. Nr. 11. S. 410.

Um diesen Mangel zu beseitigen, verlangte man die Anwendung mathematischer Methoden bei der Ermittlung der wichtigsten Informationen. Die mathematischen Methoden werden nach und nach bei der Ausarbeitung einer optimalen Investitionspolitik, bei der Ermittlung der Produktivität, bei der Planung, Preisgestaltung, Marktforschung sowie bei der Lösung des Verkehrsproblems, angewandt. ⁷⁶

Außer diesen beiden Formen der Bilanz des Sozialproduktes werden noch mehrere Ergänzungsbilanzen (Anlage-, Umlaufmittel-, Material-, Maschinen- und Warenbilanzen usw.) aufgestellt.

b) Die Bilanz des Volkseinkommens weist viel Ähnlichkeit mit der zusammengefaßten Bilanz des Sozialproduktes auf. Mit ihrer Hilfe soll innerhalb des Volkswirtschaftsplanes der Zusammenhang zwischen Produktion und Verbrauch (im allgemeinen Sprachgebrauch: das volkswirtschaftliche Gleichgewicht) gesichert werden. ⁷⁷

Das volkswirtschaftliche Gleichgewicht wird erreicht, wenn die Grenznutzen aller wirtschaftlichen Güter in allen ihren Verwendungen ausgeglichen sind. "Das Plangleichgewicht ist gegeben, wenn durch Umkombination der vorgesehenen Verwendungen des Plangutes oder der Plangüter keine Nutzensteigerung mehr erzielt werden kann." ⁷⁸

Die linke Seite der Bilanz zeigt, wie sich das Volkseinkommen aus dem Nettoprodukt der verschiedenen Sektoren der Volkswirtschaft zusammensetzt. Auf der rechten Seite der Bilanz wird die Verwendung des Volkseinkommens für Konsumtion und Investition ausgewiesen.

⁷⁶ Román, Z.: Az ágazati kapcsolatok, a.a.O. S.410.

⁷⁷ Vgl. Gadó, Otto: A nemzeti jövedelem és a pénzügyi mérleg. (Das Volkseinkommen und die Wertbilanzen). In: PéSz. 1958. Nr. 1. S. 27.

⁷⁸ Hensel, K.P.: Einführung, a.a.O. S. 43.

c) Die zusammengefaßte Arbeitskräftebilanz der

Volkswirtschaft spiegelt die Verteilung und den Einsatz der Arbeitskräfte wider. Mit Hilfe dieser Bilanz soll ein sparsamer und rationeller Einsatz des "gesellschaftlichen Arbeitsvermögens" innerhalb und zwischen den einzelnen Industriezweigen sowie in den Unternehmungen gewährleistet und der Nutzeffekt der "gesellschaftlichen Arbeit" erhöht werden. Eine richtige Verteilung der Arbeitskräfte gewinnt wegen des wachsenden Arbeitskräftemangels immer mehr an Bedeutung.

3. Das Kennziffernsystem des Volkswirtschaftsplanes

Auf Grund des Bilanzsystems werden volkswirtschaftliche Kennziffern ermittelt, mit deren Hilfe die Volkswirtschaftspläne aufgestellt und ihre Durchführung gelenkt werden. Die Ausarbeitung der Kennziffern des Volkswirtschaftsplanes und die Wahrung ihrer methodischen Einheit liegt dem Zentralen Planungsamt ob.⁷⁹ Die Kennziffern stellen spezielle Orientierungsgrößen dar. Mit Hilfe dieser Kennziffern wird das Kennziffernsystem, genauer: das System korrespondierender Kennziffern, durch die Planungsorgane ausgearbeitet und ihren Plänen zugrunde gelegt.

Die Kennziffern können nach verschiedenen Gesichtspunkten gruppiert werden:

a) Nach Art der Anwendung:

1. Die durch die genehmigten Kennziffern ausgedrückten Aufgaben werden vom Parlament oder dem Ministerrat bestimmt (z.B. Verwendung von Rohstoffen, die nur in beschränkter Menge zur Verfügung stehen). Diese Kennziffern

⁷⁹ László, Imre: A népgazdasági terv tartalma és a tervmunka megszervezése. (Der Inhalt des Volkswirtschaftsplanes und die Organisation der Planungstätigkeit). In: Népgazdasági tervezés. (Volkswirtschaftsplanung). Budapest, 1962. Bd. 1. S. 37.

haben Anweisungsscharakter für die einzelnen Ministerien und deren untergeordneten Organe.

2. Kennziffern, die zur Rechnungsgrundlage dienen. Ihre Zahl ist wesentlich größer als die der genehmigten Kennziffern.

Nach Ausdrucksformen: Naturalkennziffern (Art der Erzeugnisse, Sortiment usw.) und Wertkennziffern (Gesamtproduktion, Selbstkosten, Einnahmen und Ausgaben usw.).

c) Nach Aufgaben: quantitative (Tonne, Stück usw.) und qualitative (Produktivität, Rentabilität, Kosten- und Qualitätsgestaltung usw.) Kennziffern. ⁸⁰

Vor 1956 haben die Industriedirektionen der Leichtindustrie den Unternehmungen 17 verbindliche Plankennziffern und 3 sog. Anlagen gegeben. Die Ausarbeitung dieser Direktiven verursachte bei den Industriedirektionen eine enorme Arbeit und die ausführliche Direktiven verhinderten die Entfaltung unternehmerische Initiative. ⁸¹

Im Jahre 1957 begannen die Industrieministerien neue Planungsmethoden auszuarbeiten. Als die wichtigsten Zielsetzungen der zu einführenden Methoden wurden genannt: eine realistischere Gestaltung der Pläne, die Vereinfachung der zentralen Planungstätigkeiten und die Steigerung der Selbständigkeit der Unternehmungen. Von nun an sollten nur die wichtigsten volkswirtschaftlichen Aufgaben zentral geplant, genehmigt und kontrolliert werden. Durch dezentralisierte Planentscheidungen sollten die Wirtschaftlichkeitskriterien und die Befriedigung der wichtigsten Bedürfnisse in den Vordergrund der Produktion gestellt werden. ⁸² Nach der Meinung

⁸⁰ László, I.: A népgazdasági terv, a.a.O. S. 79f.

⁸¹ Kornai, János: A gazdasági vezetés túlzott központosítása. Kritikai elemzés könnyűipari tapasztalatok alapján. (Die Überzentralisierung der Wirtschaftsleitung. Eine kritische Analyse auf Grund der Erfahrungen der Leichtindustrie). Budapest, 1957. S. 27.

⁸² Siehe: Spiró, Miklós: A vállalati tervezés fejlődése a kohó- és gépiparban. (Die Entwicklung der unternehmerischen Planung in der Hütten- und Maschinenindustrie). In: KSz. 1959. Nr. 7. S. 730.

eines Gutachterausschusses dürfte der Volkswirtschaftsplan die Aufgaben nicht genau vorschreiben, sondern nur die Entwicklungstendenzen veranschlagen.⁸³

Anläßlich der Durchführung von Reformen wurde die Zahl der verbindlichen Kennziffern verringert und hauptsächlich nur noch "Richtwerte" oder "Orientierungskennziffern" den Unternehmungen mitgeteilt. Sie brauchten nicht unbedingt eingehalten zu werden.⁸⁴

Damit kamen die Lenkungsbehörden den Forderungen der operativen Leitung, die schon seit Jahren verlangte, daß anstelle verbindlicher Kennziffern nur unverbindliche Richtzahlen gegeben werden sollten, auf Grund deren die Unternehmungen die notwendigen Maßnahmen selbständig ergreifen könnten, nur teilweise entgegen. Da ihre Forderung im krassen Widerspruch zu den in den osteuropäischen Lehrbüchern verankerten Grundsätze steht, rief sie vor 1956 unter den Planungsbeamten des Zentralen Planungsamtes große Empörung hervor.⁸⁵

Seit 1957 erhalten die Unternehmungen des Ministeriums für Leichtindustrie und die des Ministeriums für Hütten- und Maschinenwesen die folgenden verbindlichen Kennziffern, genauer: Systeme korrespondierender Kennziffern:

1. Die Menge der wichtigsten (vom Zentralen Planungsamt verteilten) Produktionsmittel. Die Zahl dieser Positionen betrug 1952 rund 1200 und gegenwärtig etwa 350.

⁸³ Javaslat az ipar gazdasági irányításának új rendszerére. (Vorschlag für die Neugestaltung der Industrielenkung). In: KSz. 1957. Nr. 4. S. 372.

⁸⁴ Nagy, Tamás - Ozswald, László: Veränderungen in der staatlichen Leitung der Industrie Ungarns. Berlin, 1961. S. 7. (Wirtschaftswissenschaftliche Informationen, Heft 16/17).

⁸⁵ Vgl. Kornai, J.: A gazdasági vezetés, a.a.O. S. 15.

Diese 350 Positionen machen ungefähr 25 Prozent des gesamten Materialverbrauchs der Industrie aus. Jeder Mehrverbrauch von diesen Materialien bedarf einer besonderen Genehmigung.⁸⁶

Dieser Genehmigungszwang stammt aus einer Zeit, als noch großer Mangel an Produktionsmittel herrschte. Der Materialmangel wurde hauptsächlich durch die unregelmäßige Einfuhr⁸⁷ und durch die irrealen Industriepolitik, die in den ständig erhöhten Fünfjahresplänen zum Ausdruck kam, verursacht. In den letzten Jahren hatte sich die Materialversorgung wesentlich gebessert, die Genehmigungszwang blieb trotzdem weiterhin bestehen.⁸⁸

2. Die Finanzierungsmittel für Investitionen und Erneuerungen. Die zugewiesenen Mittel durften nur zweckgebunden verwendet werden. Damit waren die Unternehmungen durch die Banken immer enger an die obersten Lenkungsorgane gefesselt.⁸⁹ Die Aufgabe der Banken war nicht allein, den Zahlungsverkehr zu vermitteln, sie wurden vielmehr zu den wichtigsten Kontrollinstanzen im Bereiche der Planverwirklichung.⁹⁰

Im Jahre 1959 mußte noch 75 Prozent der gesamten Investitionen der Industrie vom Zentralen Planungsamt (im

⁸⁶ Nagy-Ozswald: Veränderungen, a.a.O. S. 8.

⁸⁷ 80 Prozent des Rohstoffeinfuhres stammt aus der Sowjetunion.

⁸⁸ Vgl. Megyeri, Endre: Rugalmasabb anyagtervezést és gazdálkodást. (Um eine elastischere Materialwirtschaft und -planung). In: KSz. 1963. Nr. 10. S. 1215.

⁸⁹ Siehe: A Magyar Forradalmi Munkás-Paraszt Kormány 45/1961. (XII.9.) számú rendelete a beruházások és felújítások rendjéről. (§ 12. der Verordnung Nr. 45/1961 der Ungarischen Revolutionären Arbeiter-Bauern-Regierung über die Investitionen und Erneuerungen). In: Beruházási Kódex. (Investitionskodex). Budapest, 1962. S. 28.

⁹⁰ Siehe auch Hensel, K.F.: Einführung, a.a.O. S. 202.

Einverständnis mit den Außenhandels- und Finanzministerien) genehmigt werden. Die Unternehmungen durften nur aus eigenen Mitteln (Entwicklungsfonds und ein Teil des Fonds für Erneuerungen) kleinere Investitionen selbständig durchführen. Solche Investitionen machten 1959 nur 6,7 Prozent der Gesamtinvestitionen der Industrie aus.⁹¹ Im Jahre 1964 standen schon im Fonds für Ersatzinvestitionen 16 Mrd Forint (etwa 6 Mrd DM) den Unternehmungen zur Verfügung. Diese Summe machte 34,8 Prozent der Gesamtinvestitionen aus.⁹² Außerdem können noch kurzfristige Kredite der Investitionsbank (bei 2,5-3 prozentigen Verzinsung) für 1-3 Jahren in Anspruch genommen werden.

3. Der Umfang der Produktion, die Verteilung der beauftragten Erzeugnisse und die Kooperationsverpflichtungen. Hier handelt es sich um die wichtigsten Mangelwaren, deren Herstellung im gewünschten Umfang auf diese Weise gesichert werden soll. Gewöhnlich werden sie nur global ausgewiesen und nicht bis auf die einzelnen Warenpositionen spezifiziert. In einzelnen Fällen werden jedoch vom Zentralen Planungsamt genau vorgeschrieben, welche Produkte hergestellt werden sollen (z.B. Schiffe von 1200 BRT, Diesellokomotiven mit 4000 PS usw.). Auch die Zahl dieser Produkte und ihre Verteilung (für den Außenhandel, Binnenhandel, die anderen Industrieministerien usw.) werden beauftragt.⁹³

Die Ministerien geben diese Planziffern ihren Unternehmungen weiter. Um die Herstellung der gewünschten Produkte zu sichern, wird die Zahl der Planpositionen durch weitere Spezifizierung und Sortimenterweiterung von den

⁹¹ Nagy-Ozswald: Veränderungen, a.a.O. S. 16.

⁹² Siehe: Gadó, Ottó: Feladataink az 1964. évi terv végrehajtásában. (Unsere Aufgaben bei der Verwirklichung des Volkswirtschaftsplanes für 1964). In: Pénzügyi Szemle (Finanzrundschau). 1964. Nr. 1. S. 12.

⁹³ Nagy-Ozswald: Veränderungen, a.a.O. S. 9.

Ministerien erhöht. Das Ministerium für Hütten- und Maschinenwesen z.B. erhält vom Zentralen Planungsamt für 80-90 Produkte verbindliche Produktions- und Verteilungsziffern; es setzt aber seinen Unternehmungen etwa 200 Planpositionen fest. Dadurch wird ungefähr 70-75 Prozent der Gesamtproduktion dieses Industriezweiges erfaßt. Innerhalb des Industriezweiges werden die einzelnen Branchen uneinheitlich betroffen. Im Werkzeugmaschinenbau z.B. können die Unternehmungen über 60 Prozent der Gesamtproduktion selbst entscheiden.⁹⁴ Diese privilegierte Stellung verdankt die Branche ihrer Stellung auf dem Weltmarkt.

Innerhalb der Leichtindustrie gibt es Branchen, denen keine Planpositionen mehr (seit 1959) auferlegt werden (z.B. Bekleidungsindustrie). Die Leichtindustrie war bis 1956 das typische Beispiel für einen zentralgesteuerten Industriezweig. Damals ging es um die Minimierung des Inlandsbedarfes um die Ausfuhr maximieren zu können. Seit 1956 sollen die wichtigsten Inlandsbedürfnisse vorerst befriedigt werden. Dabei erwies sich das starre Kennziffernsystem als das größte Hindernis. Trotzdem wurde die Zahl der Kennziffern nur zögernd verringert. Diese Unentschlossenheit der Lenkung resultiert aus der unbeständigen und unselbständigen Wirtschaftspolitik.

4. Die Lieferverpflichtungen der Unternehmungen. Sie werden in Geldeinheiten ausgedrückt und nach den Hauptabnehmern (Außenhandel, Binnenhandel, Industrie usw.) gegliedert. Durch diese Gliederung der Kennziffern soll erreicht werden, daß die Produktion nach abgeschlossenen Lieferverträgen oder auf Grund von Bestellungen erfolgt.

5. Der Durchschnittslohn, bzw. Durchschnittsverdienst der Arbeiter und Angestellten. Es werden die folgenden Richtzahlen beauftragt: Das Produktionsvolumen, die Größe des Lohnfonds, der Grad der Produktivität und der der Senkung der Selbstkosten.⁹⁵

⁹⁴ Nagy-Ozswald: Veränderungen, a.a.O. S. 9.

⁹⁵ Ebda. S. 10.

Nach der bisherigen Entwicklung könnte man erwarten, daß die Zahl der Kennziffern weiter verringert und nach und nach abgeschafft werden. Eine solche Schlußfolgerung würde aber die Psychologie der Bürokratie außer acht lassen. Es wäre anders nur schwer vorstellbar, wie den Trusts des Kohlenbergbaus, die 1957 nur 5 verbindliche Kennziffern erhielten, heute 27 verbindliche Kennziffern beauftragt werden kann. Eine ähnliche Rückentwicklung kann man auch bei den anderen Wirtschaftszweigen beobachten. ⁹⁶

4. Das Problem der Wirtschaftlichkeit bei der Planung ⁹⁷

Durch die Wirtschaftlichkeitsrechnung bei der Planaufstellung soll die Möglichkeit einer optimalen Verwendung der vorhandenen volkswirtschaftlichen Kräfte festgesetzt und damit eine reale Grundlage für die Durchführung der Pläne geschaffen werden. Bei der Aufstellung des ersten Fünfjahresplanes wurde aber der Wirtschaftlichkeit keine Bedeutung beigemessen. Damals ging es hauptsächlich nur um die quantitative Planerfüllung. Entwicklungswarianten wurden nicht einmal bei der Aufstellung des zweiten Fünfjahresplanes ausgearbeitet. ⁹⁸

Die Volkswirtschaftspläne werden durch die "Vereinbarungen" des "Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe" stark beeinflusst. Die Arbeit der einzelnen Fachkomitees innerhalb des Rates ist ungenügend koordiniert und die "Vorschläge" und "Vereinbarungen" werden nur selten mit Wirt-

⁹⁶ Siehe: Nemeslaki, Tivadar pártkongresszusi hozzászólása. (Die Rede von Tivadar Nemeslaki auf dem Parteikongress). In: Népszabadság (Volksfreiheit) vom 23.11.1962. S.8.

⁹⁷ Über die allgemeinen Aufgaben der Wirtschaftsrechnung bei der Planung des Wirtschaftsprozesses in der Zentralverwaltungswirtschaft siehe: Hensel, K.P., Einführung, a.a.O. S. 44ff.

⁹⁸ Vgl. Turánszky, Miklós: A tervezés és a beruházások gazdaságossága. (Die Planung und die Wirtschaftlichkeit der Investitionen). In: TSz. 1963. Nr. 12. S. 28.

schaftlichkeitsrechnungen belegt. Auch die Export-Wirtschaftlichkeitsrechnungen ⁹⁹ sind fehlerhaft und unbegründet.

Um diesen Mangel zu beseitigen, wurde 1957 in Ungarn ein Komitee für Methodologie gegründet, dessen Aufgabe es ist, die Wirtschaftlichkeitsrechnungen der Perspektivpläne nachzuprüfen. ¹⁰⁰

Zur Zeit wird die folgende Formel zur Berechnung der Wirtschaftlichkeit in der Industrie angewandt: ¹⁰¹

$$Wv = \frac{Pw}{L + Mimp + Min + Wm + A}, \text{ wobei}$$

Wv = Wirtschaftlichkeit auf volkswirtschaftlicher Ebene

Pw = Produktwert in Weltmarktpreisen

L = Lohn und seine Nebenkosten

Mimp = Importierte Materialkosten in Weltmarktpreisen

Min = Kosten des heimischen Materials

Wm = Wertminderung

A = Amortisationskosten.

Die sog. Export-Wirtschaftlichkeitsrechnung erfolgt von Jahr zu Jahr mit Hilfe der "Außenhandelspreise". ¹⁰²

Die Exportwirtschaftlichkeitskennziffern tragen aber keinen allgemeinen Charakter, da sie die Möglichkeit einer proportionalen Entwicklung der Volkswirtschaft und das Gleichgewicht der Zahlungsbilanz nicht berücksichtigen. ¹⁰³ Die

⁹⁹ In diesem Zusammenhang spricht Hensel von entgehenden Nutzen durch den Export und von realisierten Nutzen, die durch die Einfuhr erreichbar sind. Siehe: Hensel, K.P., Einführung, a.a.O. S. 159.

¹⁰⁰ Turánszky, M.: A tervezés, a.a.O. S. 30.

¹⁰¹ Vgl. Meisel, Sándor: A beruházások tervezése. (Die Planung der Investitionen). In: Nép gazdasági tervezés, a.a.O. Bd. 2. S. 118.

¹⁰² Gadó, Ottó: Gazdaságosság és vállalati jövedelmezőség. (Wirtschaftlichkeit und Unternehmungs-Rentabilität). In: Pénz. 1962. Nr. 4. S. 130.

¹⁰³ Simon, György - Kondor, György: A külkereskedelmi kapcsolatok optimalizálása. (Die Optimierung der Außenhandelsbeziehungen). In: KSz. 1960. Nr. 7. s. 823f.

gegenwärtigen Exportwirtschaftlichkeitsrechnungen betrachten nicht die gesamte Export-Importstruktur, sondern nur die einzelnen Produkte oder Produktgruppen.

Außerdem bestehen noch nach wie vor Schwierigkeiten bei der Bewertung. Jede Wirtschaftlichkeitsrechnung setzt die Bewertung der einzelnen Leistungen voraus. Auch die Produktionsbedingungen können nur in Wertform in die ökonomische Modelle eingebaut werden. Das gegenwärtige Preissystem des "sozialistischen Weltmarktes" läßt jedoch den Gebrauchswert außer acht.¹⁰⁴ Ohne international anerkannte Wertkategorien kann die Wirtschaftlichkeitsrechnung zum keinen zuverlässigen Ergebnis führen. Solange die Wertkategorien (Marktkategorien) in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen unberücksichtigt bleiben, kann keine vernünftige Spezialisierung der Produktion stattfinden.

Der Mangel an Spezialisierung kommt in der Streuung der ungarischen Export-Import-Produkten deutlich zum Ausdruck. Aus den 150 Warengruppen der Welthandelsstatistik der Vereinten Nationen z.B. werden 139 von Ungarn importiert und 126 exportiert. Darunter bestand 1961 rund 75 Prozent der Gesamteinfuhr aus 29 und 83,5 Prozent der Gesamtausfuhr gleichfalls aus 29 Warengruppen.¹⁰⁵ Eine solche Streuung der Produktion ermöglicht einem kleinen Land keine Spezialisierung, die die Voraussetzung jeder Wirtschaftlichkeit ist.

Dieser breitgestreuten Sortimentproduktion liegt das Streben nach größerer Unabhängigkeit von den - dem Land aufgezwungenen - einseitigen Wirtschaftsbeziehungen zugrunde. Um eine größere Unabhängigkeit der Unternehmungen bei der Gestaltung der Produktion zu erreichen, wird verlangt, daß die internationale Arbeitsteilung zwischen den

¹⁰⁴ Siehe: Vajda, Imre: A szocialista országok gazdasági együttműködése. (Die wirtschaftliche Zusammenarbeit der sozialistischen Länder). In: TSz. 1963. Nr. 12. S. 20.

¹⁰⁵ Ebda. S. 23.

einzelnen Produktionsunternehmen und die Handelsbeziehungen zwischen den einzelnen Außenhandelsunternehmen erfolgen sollte. Bisher wurden noch keine konkreten Vereinbarungen über die Qualität und Lieferverpflichtungen, über die Entwicklungsprogramme sowie über die Preise, die den gegenseitigen Interessen entsprechen, getroffen.¹⁰⁶ Die internationale Wirtschaftsbeziehungen könnten aber nur auf Grund konkreter Vereinbarungen versachlicht (entideologisiert) und nach dem Prinzip der Gleichberechtigung gestaltet werden.

Vorher müßten aber - nach Meinung der ungarischen Nationalökonomien - viele Änderungen in der Methode der Planung, bei den Investitionen, bei der Ausübung der Verantwortung und last not least in der Frage der Souveränität, durchgeführt werden.¹⁰⁷

Die Wirtschaftlichkeit der Produktion ist auch vom Niveau der Unternehmungsleitung abhängig, das seinerseits vom Stand der Technik bestimmt wird, vorausgesetzt, daß eine vernünftige Wirtschaftspolitik getrieben wird. Wegen der importierten Wirtschaftspolitik der Nachkriegsjahre konnten die Voraussetzungen einer hohen technischen Kultur nicht gesichert werden. Somit besteht noch weiterhin Mangel an gutausgebildeten technischen Kadern und besonders an Spezialisten und Facharbeitern. Es fehlen die gutausgerüsteten Betriebslaboratorien und Forschungsstellen sowie die wichtigsten Kontroll- und Regelungseinrichtungen. Ohne diese Voraussetzungen kann die Wirtschaftlichkeit bei der Produktion nicht erreicht werden.¹⁰⁸

¹⁰⁶ Vajda, I.: A szocialista országok, a.a.O. S. 23.

¹⁰⁷ Ebda.

¹⁰⁸ Vgl. Hevesi, Gyula: A termelés gazdaságosságának feltételeiről. (Über die Voraussetzungen der Wirtschaftlichkeit der Produktion). In: KSz. 1955. Nr. 2. S. 197.

§ 7 Die Entscheidungsfunktion

Entscheidungen werden auf allen Stufen der Lenkungs-
hierarchie gefällt. Sie haben aber entsprechend der Instanzen-
höhe - unterschiedliches "Gewicht", wobei die Spitze
der Lenkungs-hierarchie die oberste Entscheidungsinstanz
darstellt. Die Entscheidungen werden durch ökonomische und
außerökonomische (politische, soziologische, psychologische
usw.) Motive bestimmt. ¹⁰⁹

Nach unseren bisherigen Überlegungen können die Ent-
scheidungen über Zielsetzung, Harmonisierung und Koordi-
nierung der Leitungsaufgaben als Lenkungsentscheidungen
betrachtet werden. Diese Entscheidungen, die das Maß, die
Richtung und das Tempo der volkswirtschaftlichen Entwick-
lung bestimmen, können nicht delegiert werden. Die einzel-
nen Stufen der Lenkungs-hierarchie verfügen über Informatio-
nen, die nach Inhalt und Umfang unterschiedlich sind. Dem-
entsprechend müssen auch ihre Entscheidungen von verschie-
dener Art sein. Die gesamtwirtschaftlichen Zusammenhänge,
die Marktverhältnisse (des In- und Auslandes) usw. können
nur von der obersten Lenkung übersehen werden. Demgegenüber
sind die Entscheidungen über Betriebsangelegenheiten der
operativen Unternehmungsleitung zu überlassen.

Es wurde jedoch noch nicht geklärt, welche Informatio-
nen die einzelnen Stufen der Lenkung, bzw. der Leitung zu
ihren Entscheidungen benötigen. Diese Unklarheit führte
dazu, daß die Unternehmungen mit Sammlung von Informatio-
nen belastet wurden, die von keinem Organ verwendet werden
konnten. ¹¹⁰ Oft wußten die Lenkungsorgane selbst nicht,

¹⁰⁹ Román, Zoltán: Gazdasági döntések - gazdaságossági számi-
tások. (Wirtschaftliche Entscheidungen - Wirtschaftlich-
keitsrechnungen). In: KSz. 1964. Nr. 12. S. 1397.

¹¹⁰ Szamel, Lajos: A vezetés elhatározásaihoz szükséges infor-
mációk megszerzése és elemzése az államigazgatásban. (Die
Sammlung und Auswertung der für die Leitungsentscheidung
der Staatsverwaltung notwendigen Informationen). In: JK.
1964. Nr. 1. S. 24.

wozu sie die angeforderten Informationen verwenden wollten. Diese Informationen erhielten zu viele Details, die die Beurteilung der jeweiligen Lage erschwerten. Bisher sind nur wenige Arbeiten von der modernen Organisationstheorie darüber in Angriff genommen, wie ein optimales Informationssystem für bestimmte Entscheidungen ermittelt werden kann.

Die Wahlmöglichkeit zwischen verschiedenen Varianten gibt noch keine Garantie für die Richtigkeit der Entscheidung. Eine gründliche Ausarbeitung der Alternativlösungen kann nur vor Fehlentscheidungen warnen. Der heutige Stand der Informationstechnik ermöglicht jedoch die Berechnung der möglichen Auswirkung der gegenwärtigen Entscheidungen. Durch diese Tatsache ist die oberste Leitung der Industrie in der Lage, aber auch gezwungen, sachlich begründete Entscheidungen zu treffen.

Von den neuen Hilfsmitteln der Entscheidung werden die makroökonomischen Modelle, die optimale Programmierung und die gesamtwirtschaftliche Bilanzanalyse angewandt. Sie können zweifelsohne wichtige Werkzeuge systematischer, logischer und mathematischer Analyse und Synthese sein. Damit wird die Tätigkeit der Leitung verwissenschaftlicht und gleichzeitig kontrolliert.

Um eine Überbewertung der neuen Hilfsmittel zu vermeiden, müssen ihre Grenzen erkannt werden. Die Hilfsmittel der Entscheidung (die mathematische Analyse, die symbolische Logik, die Informationstheorie, die Spieltheorie, die Wahrscheinlichkeitsrechnung usw.), die nach und nach angewandt werden, können z.B. keine Ziele setzen. Sie können nur bei der Analyse eines bestimmten Problems und bei der Ausarbeitung verschiedener Lösungsvariablen beachtliche Hilfe leisten.

§ 8 Die Instrumente und Methoden der Durchführung von Aufgaben

Nach der Entscheidung für eine bestimmte Planvariante muß man die zu ihrer Verwirklichung notwendigen Aufgaben und Kompetenzen aufgliedern, die horizontalen und vertikalen Bindungen regeln, die personellen und sachlichen Voraussetzungen sichern, sowie die gesamte Organisation in Bewegung setzen und sie durch Anordnungen in Bewegung halten; weiterhin muß für die Harmonie und für die Kontrolle gesorgt werden, sowohl während als auch nach der Durchführung, um deren Ergebnisse - im Verhältnis zum Geplanten - feststellen zu können. ¹¹¹

Die Durchführung dieser Aufgaben erfolgt im Rahmen einer Organisation mit Hilfe von rechtlichen und nichtrechtlichen Mitteln. In der Regel werden auch für die Durchführung neuer Aufgaben die alten Organisationen benutzt und nur selten neue Organisationen errichtet. ¹¹²

Der Unterschied von rechtlichen und nichtrechtlichen Mitteln darf jedoch nicht so aufgefaßt werden, als könnten die letzteren jeglicher Rechtsgrundlage entbehren. Zu den nichtrechtlichen Mitteln der Leitung gehören die Richtlinien, Instruktionen, Vorschläge, Rahmenbestimmungen, persönliche Überzeugung, materieller Anreiz, Erfahrungsaustausch usw. usf. Die Bestimmung und Spezifizierung der konkreten Aufgaben wird dabei den Unterinstanzen überlassen. Die Anwendung nichtrechtlicher Mittel kann auch mit rechtlichen Konsequenzen verbunden sein, wie es z.B. im Verhältnis von Zielaufgaben und Prämien der Fall ist. ¹¹³

Die rechtlichen Mittel der Durchführung sind die Rechtsnormen und die Rechtsanwendung. Die Lenkung der Produktion durch Rechtsanwendung erfolgt in Form rechtlich

¹¹¹ Szamel, L.: Az államigazgatás, a.a.O. S. 199f

¹¹² Ebda. S. 200.

¹¹³ Ebda, S. 246.

verbindlicher konkreter Anweisungen, Verboten, Beschlüssen und Verträgen.

Durch eine Kombination der rechtlichen und nichtrechtlichen Mittel der Leitung sollte der unversöhnliche Widerspruch zwischen dem verkündeten Demokratismus und dem auf Befehlsgewalt aufgebauten Leitungssystem der Staatsverwaltung gemildert werden.¹¹⁴

In den folgenden Ausführungen werden wir die Anweisungen (hauptsächlich die Plananweisungen) und die Verträge (Liefer-) von den rechtlichen Mitteln und die materiellen Anreize von den nichtrechtlichen Mitteln behandeln, da sie bei der Durchführung von Aufgaben eine entscheidende Rolle spielen. Die sonstigen Anweisungen (wie z.B. die zentrale Modellkonstruktion, die Planung von Mustern, Profilierung, Qualitätsnormen usw.) können hier nicht behandelt werden.

1. Die Anweisung

Das wichtigste Merkmal der Leitung besteht in ihrer Verfügungsgewalt, die hauptsächlich in Form von Anweisungen zum Ausdruck kommt.¹¹⁵ Das Anweisungsrecht ist also mit der Leitungsfunktion untrennbar verbunden. Jede Leitung muß in der Lage sein, den untergeordneten Instanzen und Personen Weisungen, Befehle usw. zu geben, wenn sie ihren Willen durchsetzen will.

Um die Einheitlichkeit der Leitung zu sichern, muß das Anweisungsrecht in einer Hand (einer Person oder Behörde) liegen. Die Koordinierung der Anweisungen bleibt aber schwierig und verlangt die Errichtung bestimmter Hilfsorganisationen (z.B. das Zentrale Planungsamt bei dem Ministerrat, die Planungsabteilungen der Unternehmungen usw.).¹¹⁶

¹¹⁴ Szamel, L.: Az államigazgatás, a.a.O. S. 246.

¹¹⁵ Ebda. S. 210.

¹¹⁶ Ebda. S. 286.

Die einzelnen Anweisungen haben unterschiedlichen Charakter. Um diese Unterschiede festzustellen, soll davon ausgegangen werden, daß ein Über- und Unterordnungsverhältnis besteht, ein Rechtsverhältnis also, dessen Hauptinhalt die Verfügungsgewalt und die Durchführungspflicht ist. Daraus folgt, daß eine Gruppe der konkreten Anweisungen verwaltungsrechtliches und die anderen arbeitsrechtliches Verhältnis zwischen den Anweisenden und Angewiesenen voraussetzt. ¹¹⁷

Ein Über- und Unterordnungsverhältnis kann entweder zwischen den verschiedenen Organen oder innerhalb eines Organs bestehen. Das Abhängigkeitsverhältnis zwischen den einzelnen Organen wird durch staats- und verwaltungsrechtliche Normen bestimmt. Der Verwaltungsakt, der das Organ ins Leben ruft, bestimmt gleichzeitig auch dessen Abhängigkeitsverhältnisse.

Weitere Unterschiede zwischen den Anweisungen bestehen darin, daß die konkreten Anweisungen zwischen den einzelnen Organen als Mittel der Lenkung dienen, während die Dienst-anweisungen innerhalb eines Organs nur Mittel der unmittelbaren operativen Leitung sind. Diese Unterscheidung ist von großer Wichtigkeit, da die Anweisungen zwischen den Organen die Kompetenzverhältnisse ständig berücksichtigen müssen. ¹¹⁸

Die Verfügungsgewalt ist nach oben und nach unten begrenzt. Sie findet ihre unterste Grenze dort, wo die Verfügungsgewalt (Anweisungsrecht) des anderen Lenkungsorgans bzw. der operativen Leitung beginnt. Nach dem Beschluß des Ministerrates von 1954 über die Rechte und Pflichten des Direktors der Industrieunternehmungen können dem Direktor Anweisungen nur sein unmittelbarer Vorgesetzter, also der Leiter und Chefsingenieur des Lenkungsorgans oder der zu-

¹¹⁷ Szamel, L.: Az államigazgatás, a.a.O. S. 300.

¹¹⁸ Ebda. S. 304.

ständige Minister und dessen Stellvertreter geben.¹¹⁹ Durch diese Regelung sollte die Verbreitung funktionaler Leitungskompetenzen verhindert werden.¹²⁰

Es können die Aufgaben innerhalb des Kompetenzbereiches eines untergeordneten Organs nicht durch konkrete Anweisungen der übergeordneten Organe reguliert werden, da die Kompetenzen durch Rechtsnormen vorgeschrieben sind. Die Kompetenzbereiche können auch nicht entzogen werden, weil das die Verordnung des Ministerrates über die Rechte und Pflichten des Unternehmensdirektors ausdrücklich verbietet. Dort heißt es: "In Angelegenheiten, die zum Tätigkeitsbereich des Direktors gehören, über die Art der Entscheidung können selbst die Leiter der Lenkungsorgane keine Anweisungen geben."¹²¹

Innerhalb eines Organs wird das Rechtsverhältnis durch die Arbeitsverträge begründet, die als rechtliche Grundlage der konkreten Dienstanweisungen dienen. Durch Arbeitsvertrag verpflichtet sich der Arbeiter, die vom Betriebsdirektor zugewiesenen Aufgaben zu erfüllen.¹²² Dieses Anweisungsrecht des Direktors wird jedoch durch das Gesetzbuch der Arbeit eingeschränkt.¹²³

Die innere Ordnung der Unternehmungen wird durch die Geschäftsordnung bestimmt, die auf Grund des Gesetzbuches der Arbeit nach einem Muster des Ministerrates oder des Industriezweiges ausgearbeitet wird.¹²³

¹¹⁹ Vgl. A Magyar Népköztársaság Ministertanácsának 1077/1954 (IX.21.) számú határozata az iparvállalatok igazgatóinak jogairól és kötelezettségeiről. (Der Beschluß Nr. 1077/1954 des Ministerrates der Ungarischen Volksrepublik über die Rechte und Pflichten der Direktoren von Industrieunternehmungen). In: MK. vom 21.9.1954. Nr. 70. S. 511.

¹²⁰ Vgl. Szamel, L.: Az államigazgatás, a.a.O. S. 285.

¹²¹ Die Verordnung Nr. 1077/1954 des Ministerrates, a.a.O. S. 511.

¹²² § 14. des Gesetzbuches der Arbeit. In: A munka törvénykönyve és végrehajtási rendelete. (Das Gesetzbuch der Arbeit und dessen Durchführungsverordnung). Budapest, 1961. S. 18.

¹²³ §§ 11-13 des Gesetzbuches der Arbeit, a.a.O. S. 17.

Die Rechtsvorschriften, die innerhalb der Unternehmungen die Aufgaben, die Rechte und Pflichten des Chefindgenieurs, des Hauptbuchhalters und des Werkmeisters regeln, tragen zur Abgrenzung der Anweisungsbefugnisse bei. ¹²⁴

Von den Anweisungen wird verlangt, daß sie zweckmäßig, erfolgreich und rechtmäßig sein sollten. Um ihre Rechtmäßigkeit zu garantieren, muß jede konkrete Anweisung Rechtsgrundlage in Form verkündeter Rechtsnormen haben. ¹²⁵

2. Die Plananweisungen und ihre Sanktionen

Die Plananweisungen sind diejenige Anweisungen der Lenkungsorgane, die die Aufgaben der Durchführung in Form von Plankennziffern bestimmen. ¹²⁶ Das System der Plananweisungen, das alle Pläne (vom Volkswirtschaftsplan bis zum Unternehmungsplan) beinhaltet, ist das wichtigste Mittel der Produktionslenkung.

¹²⁴ A Magyar Népköztársaság minisztertanácsának 123/1951. (VI.17.) M.T. számú rendelete a főmérnökökről. (Die Verordnung Nr. 123/1951 des Ministerrates der Ungarischen Volksrepublik über die Chefindgenieure). In: A Magyar Népköztársaság fontosabb törvényei és kormányhatározatai. (Die wichtigsten Gesetze und Regierungsbeschlüsse der Ungarischen Volksrepublik). Budapest, 1952. S. 89ff. --

A Magyar Népköztársaság minisztertanácsának 125/1951. (VI.17.) M.T. számú rendelete a vállalati főkönyvelőkről. (Die Verordnung Nr. 125/1951 des Ministerrates der Ungarischen Volksrepublik über die Hauptbuchhalter der Unternehmungen). In: Die wichtigsten Gesetze, a.a.O. S.92ff. --

A Magyar Népköztársaság minisztertanácsának 1023/1951. (VI.15.) számú határozata a művezetők kötelességéről és jogairól. (Der Beschluß Nr. 1023/1951 des Ministerrates der Ungarischen Volksrepublik über die Rechte und Pflichten der Werkmeister). In: Die wichtigsten Gesetze, a.a.O. S. 95ff.

¹²⁵ Vgl. Szamel, L.: Az államigazgatás, a.a.O. S. 304.

¹²⁶ Ebda. S. 317. und Kornai: A gazdasági vezetés, a.a.O.S.9.

Die Plananweisungen werden - entsprechend des Aufbaus der Lenkungshierarchie - nach dem folgenden Schema abgestuft: Der Volkswirtschaftsplan wird zunächst auf die einzelnen Ministerien aufgeschlüsselt; die Ministerien verteilen dann die Aufgaben zwischen ihren Industriedirektionen und die Industriedirektionen zwischen den einzelnen Unternehmungen. Die so aufgeschlüsselten Plankennziffern geben die unmittelbaren Lenkungsorgane ihren Unternehmungen als Anweisungen weiter. Diese Plananweisungen haben Normativcharakter und verlangen die unbedingte Erfüllung. ¹²⁷

Die Unternehmungen erhalten von ihren Industriedirektionen jährlich die einheitliche Plandokumentation, die aus verbindlichen Plankennziffern, Rechnungsmaterialien und Zielaufgaben der materiellen Anreize besteht.

Die verbindlichen Kennziffern (über die Produktion oder Verteilung; über das Arbeitswesen, d.h. den gesamten Lohnfonds und die Selbstkosten, bzw. die Kostensenkung) bestimmen die Planaufgaben der Wirtschaftseinheiten.

Die Rechnungsmaterialien (z.B. der Nettopreis der Produkte, vierteljährliche Gliederung des Verkaufs der wichtigsten Produktgruppen an den Binnenhandel; die Zahl der Arbeiter und Angestellten; Durchschnittslohn; der Produktionslohn pro Arbeiter; Warenezusammensetzung und die Summe der Ersatzinvestitionen) werden von Anfang an als Richtzahlen behandelt. Ihre Kennziffern bilden also keine verbindlichen Planaufgaben, sie dienen nur zur Berechnung der Zusammenhänge von einzelnen Aufgaben.

Zu den Zielaufgaben der materiellen Anreize gehören: Die Zielsetzungen und die wichtigsten Aufgaben; die bedeutendsten Prämienaufgaben und ihre Voraussetzungen; der Umfang des materiellen Anreizes; die Zielaufgaben der leitenden Personen und die Summe der Prämien. ¹²⁸ Diese Zielauf-

127 Vgl. Szamel, L.: Az államigazgatás, a.a.O. S. 318.

128 Ebda. S. 319.

gaben hängen eng mit den verbindlichen Plankennziffern zusammen und beeinflussen die Plandurchführung. Sie haben keinen Befehlscharakter und ihre Erfüllung, bzw. Nichterfüllung zieht keine rechtlichen Konsequenzen nach sich.

Um die Durchführung der Pläne zu gewährleisten, glaubt man die "Planwirtschaft" gesetzlich schützen zu müssen. Nach § 5. Abs. 1. Ziff. 2. des Gesetzes Nr. 4. des Präsidialrates der Ungarischen Volksrepublik von 1950 macht sich derjenige eines Vergehens schuldig, der ohne zwingenden Grund eine vom Teilplan wesentlich abweichende Tätigkeit ausübt und damit die Durchführung des Teilplanes gefährdet.¹²⁹

In den fünfziger Jahren wurde auch die geringste Abweichung von den Plankennziffern als strafbare Handlung (Verstoß gegen die Planwirtschaft, aktive oder passive Sabotage usw.) betrachtet und streng bestraft. Es wurden formelle "Planvergehen" konstruiert, wobei schon eine abstrakte Gefährdung der Pläne für die Bestrafung ausreichte.¹³⁰

Auf Grund des obengenannten Gesetzes wurden im Jahre 1952 innerhalb der Leichtindustrie 76 Betriebsdirektoren, 23 Chefingenieure, 45 Hauptbuchhalter und 36 weitere technische und administrative Beschäftigte bestraft.¹³¹ Die Gründe der Bestrafung waren: Unordnung im Lager, unzureichende Ausnutzung der Kapazitäten, Qualitätsminderung usw. Diese und ähnliche Mängel mußte die operative Leitung innerhalb eines gutorganisierten Wirtschaftsmechanismus aus eigenem Interesse - ohne Strafandrohung - beseitigen. Die fehlerhaften Organisationsformen und Leitungsmethoden können

¹²⁹ A Népköztársaság Elnöki Tanácsának 1950. évi (II.16) 4. számú törvényerejű rendelete a tervgazdálkodás büntetőjogi védelméről. (Verordnung mit Gesetzeskraft Nr. 4. des Jahres 1950 des Präsidialrates der Volksrepublik über den strafrechtlichen Schutz der Planwirtschaft). In: Die wichtigsten Gesetze, a.a.O. S. 61.

¹³⁰ Vgl. Szamel, L.: Az államigazgatás, a.a.O. S. 326.

¹³¹ Kornai, J.: A gazdasági vezetés, a.a.O. S. 99.

aber nicht durch Anweisung, Bestrafung, Disziplinarverfahren usw. verbessert werden.

Um der willkürlichen Bestrafung zu entgehen, schreckte man vor jeder Verantwortung zurück und versuchte sie weiterzuwälzen. Daraus entstand eine Flut von Anweisungen, Instruktionen usw., die jede vernünftige Wirtschaftsleitung verhinderte.

Zu der Ausarbeitung und Kontrolle der Anweisungen brauchte man spezielle Verwaltungsapparate auf allen Stufen der Lenkungshierarchie. Auch für die Lenkung der technischen Entwicklung wurde ein Riesenapparat aufgebaut: technische Abteilungen bei den Industriedirektionen, technische Hauptabteilungen in den Ministerien und im Zentralen Planungsamt. ¹³²

Auch für die übrigen Aufgaben (Arbeitskräftelenkung, Materialwirtschaft, Investitionen usw.) wurden eigene Verwaltungsapparate bei den Lenkungsorganen aufgebaut. Und das geschah nicht nur bei den Lenkungsorganen. Um die Durchführung ihrer Anweisungen zu sichern, haben die einzelnen "Funktionalorgane" ihre eigenen Verwaltungsapparate auch innerhalb der Unternehmungen errichtet. Auf diese Weise hat die Überzentralisation der Befugnisse von Tag zu Tag, von Stunde zu Stunde eine ungeheuere Bürokratisierung verursacht. ¹³³

Eine derartige Überwucherung der Anweisungen ist wirtschaftlich unzweckmäßig und soziologisch gefährlich. Die bis auf die Einzelheiten gehenden Anweisungen haben die Eigeninitiative der operativen Leitungen zurückgedrängt und dem Bürokratismus Tür und Tor geöffnet. Gleichzeitig entstand ein neuer Leitertyp: der Leiter, der keine Verantwortung übernimmt, nur die Anweisungen durchführt. ¹³⁴

¹³² Kornai, J.: A gazdasági vezetés, a.a.O. S. 179.

¹³³ Ebda. S. 180.

¹³⁴ Ebda. S. 172.

Es ist deshalb kein Wunder, wenn diese Entwicklung zu einer enormen Vergrößerung des Verwaltungsapparates führte. So erhöhte sich z.B. der Anteil der Angestellten in den Betrieben der Leichtindustrie seit 1938 von 14,7 auf 26,5 Prozent bis 1954. In der gleichen Zeit blieb der Anteil der technischen Intelligenz beinahe konstant. ¹³⁵

Um das Verantwortungsbewußtsein der operativen Leitung zu stärken, mußte man die veralteten Gesetze ändern. So versuchte das V. Gesetz des Jahres 1961 die strafbaren Handlungen nach deren Inhalt - und nicht wie bisher nach einer formellen "Planverschuldung" - zu ermitteln, um die notwendige Elastizität der wirtschaftlichen Tätigkeiten nicht unnötig zu beeinträchtigen. ¹³⁶

Durch diese Regelung konnte jedoch weder die Verantwortungsbewußtsein erhöht noch der Bürokratismus gemildert werden. Einige Statistiken mögen es beweisen: Es gab einen Industriezweig, dessen Betriebe 1963 durch mehr als 4500 gültige ministerielle Verordnungen und Anweisungen gelenkt waren. ¹³⁷

Auch die Bürokratisierungstendenzen scheinen unaufhaltsam zu sein. Es wird zugegeben, daß das sog. "Parkinsonsche Gesetz" (Vermehrung der Stellen der Verwaltung) seine Gültigkeit noch nicht verloren hat. Bei einer Unternehmung der staatlichen Bauindustrie wurde z.B. festgestellt, daß sie im Jahre 1963 rund 56.000 Geschäftstücke (Anordnungen, Anweisungen, Erlasse, Briefe usw.) erhielt. Davon entfielen 36.000 auf das Finanzwesen und 20.000 auf das

¹³⁵ Kornai, J.: A gazdasági vezetés, a.a.O. S. 178.

¹³⁶ 1961. évi V. törvény a Magyar Népköztársaság Bűntető Törvénykönyvéről. (Das Gesetz Nr. V. des Jahres 1961 über das Strafbuch der Ungarischen Volksrepublik). In: MK. vom 22.12.1961. Nr. 97. S. 964f.

¹³⁷ Horváth, Mihály: Gazdasági Kalendárium. (Wirtschaftskalender). In: Figyelő, vom 1.1.1964. S.12.

technische und materialwirtschaftliche Gebiet. Dazu kam noch die innere Administration. Hier war die Lohnabrechnung so kompliziert, daß ihre Kosten 8-8,5 Prozent der gesamten Lohnsumme ausmachten. ¹³⁸

Für die Sanktionen der Anweisungen stehen - außer den strafrechtlichen Verfahren - auch die Disziplinarverfahren zur Verfügung. So können Dienstvergehen, die nicht unter die Bestimmungen des Strafgesetzbuches fallen, durch Disziplinarstrafen geahndet werden. Nach § 112. Ziff. 3. des Gesetzbuches der Arbeit macht sich der Arbeiter eines Vergehens schuldig, wenn er gegen die Arbeitsdisziplin, Plan- disziplin oder gegen die Normen der "sozialistischen Arbeitsmoral" verstößt. ¹³⁹ Die Nichterfüllung der Plankenn- ziffern allein kann jedoch nicht ipso facto disziplina- rische Verantwortung verursachen. ¹⁴⁰

Seit 1957 wird die Durchführung der Pläne in erster Linie durch Anwendung materieller Anreize und durch bessere Organisation (besonders durch die Sicherung der Produk- tionsbedingungen) vorangetrieben. Es wurde erkannt, daß die Durchführung der Plananweisungen hauptsächlich von der Organisation der Produktion, von der Sicherung der perso- nellen und materiellen Voraussetzungen der Aufgaben, von der Einführung der modernsten Technik abhängt und weniger von der Anwendung von Strafmaßnahmen. Diese Erkenntnis führte dazu, daß seit 1957 wegen Nichterfüllung der Pläne weder strafrechtliche noch disziplinarische Verfahren ein- geleitet werden. ¹⁴¹

Es kann also festgestellt werden, daß die Plankenn- ziffern als Plananweisungen weder unmittelbare strafrecht-

¹³⁸ Siehe: Tudományos paródia-e. (Ist es eine wissenschaft- liche Parodie?) In: Figyelő vom 10.1.1964. S.1.

¹³⁹ A munka törvénykönyve, a.a.O. S.96.

¹⁴⁰ Szamel, L.: Az államigazgatás, a.a.O. S. 326.

¹⁴¹ Ebda. S. 327.

liche noch disziplinarische Sanktionen haben, da die Nichterfüllung dieser Anweisungen unbestrafbar ist, es sei denn, daß die Nichterfüllung durch Verschulden bestimmter Personen verursacht worden ist. Die wirkungsvollsten unmittelbaren Sanktionen der Plananweisungen sind die Lieferverträge und die mit ihnen verbundenen Vertragsstrafen sowie die Gewinnbeteiligung. Die sonstigen materiellen Anreize gehören zu den mittelbaren Sanktionen. ¹⁴²

3. Die Lieferverträge

Die Plananweisungen bestimmen den Umfang und die Qualität der herzustellenden Produkte. Die Verteilung dieser Produkte muß in Lieferverträgen ihren Ausdruck finden. Die Lieferverträge als spezielle Planverträge sind bürgerlich-rechtliche Institute. ¹⁴³ Sie ergänzen die Plananweisungen und dienen damit der Durchführung der Pläne.

Gemäß der Verordnung Nr. 50/1955 des Ministerrates muß der Inhalt des Liefervertrages nach den genehmigten Plänen der Unternehmungen bestimmt werden. ¹⁴⁴ Durch diese Verordnung wird der Lieferer dem Käufer gegenüber einseitig bevorzugt. Sie trug auch dazu bei, daß die tatsächlichen Bedürfnisse bei der Produktion nicht mehr berücksichtigt werden konnten. ¹⁴⁵ Es können nämlich nur Produkte hergestellt werden, deren Absatz vertraglich gesichert ist. Ohne

¹⁴² Szamel, L.: Az államigazgatás, a.a.O. S. 327.

¹⁴³ Das bürgerliche Gesetzbuch der Ungarischen Volksrepublik hat ein besonderes Kapitel für die Planverträge (§§ 397-409) gewidmet. Siehe: A Magyar Népköztársaság Polgári Törvénykönyve. Budapest, 1959.

¹⁴⁴ A Magyar Népköztársaság Minisztertanácsának 50/1955. (VIII.19.) M.T. számú rendelete a szállítási szerződésekről. (Die Verordnung Nr. 50/1955 des Ministerrates der Ungarischen Volksrepublik über die Lieferverträge). In: MK. vom 19.8.1955. Nr. 89. S. 565.

¹⁴⁵ Morva, Tamás: A terv és a szállítási szerződés. (Der Plan und der Liefervertrag). In: Figyelő vom 6.5.1964. S.3.

Liefervertrag kann nur mit Zustimmung des Lenkungsorgans produziert werden. Durch diese Regelung wollte man die Umlaufzeiten verkürzen und die Herstellung unabsetzbarer Produkte vermeiden.

Der Abschluß der Verträge mit dem Binnenhandel geht folgendermaßen vor sich: Die Industriedirektionen erhalten von den Handelsdirektionen Mitteilungen über Art und Umfang der (geplanten) Bedürfnisse des folgenden Vierteljahres. Daraufhin teilen die Industriedirektionen innerhalb von 8 Tagen die vierteljährlichen Produktionsprogramme ihrer Unternehmen den Handelsdirektionen mit. Die Handelsdirektionen entscheiden innerhalb von 3 Tagen darüber, auf welche Warengruppen und speziellen Produkte sie - für ihre Großhandelsunternehmen - Aufträge geben. Anschließend veranstalten die beiden Direktionen - gemeinsam mit ihren Unternehmen - die sog. Warenbörse, wo die Lieferverträge zwischen Lieferanten und Abnehmern für das nächste Vierteljahr abgeschlossen werden. ¹⁴⁶

Der Vertrag muß den Termin, den Umfang und die Qualität der Leistung beinhalten. Der Auftraggeber soll bis zum 25. jedes Monats Ort und Zeit der Abnahme bestimmen. Auf Grund der Bestellungen stellt die Produktionsunternehmung ihr Produktionsprogramm auf. Dieses Programm muß mit dem operativen Plan der Unternehmung übereinstimmen. ¹⁴⁷

Durch die Errichtung der Warenbörse sollte erreicht werden, daß die Bedürfnisse der Konsumenten bei der Produktion stärker berücksichtigt werden als bisher. Nach dem Kriege, als die Bedürfnisse angestaut waren, konnten alle Produkte abgesetzt werden. Nach der Qualität wurde zunächst kaum gefragt, da der Warenfonds wesentlich kleiner war als die Kaufkraft. Damit konnte der Produzent den Markt beherrschen und nur die mengenmäßige Produktion - ohne Rücksicht

¹⁴⁶ Vgl. Szamel, L.: Az államigazgatás, a.a.O. S. 321.

¹⁴⁷ Ebda.

auf Qualität - vorantreiben. Diese Produktion wurde aber bald durch Absatzschwierigkeiten gehemmt, durch Absatzschwierigkeiten, die nicht durch mangelnde Nachfrage verursacht wurde, sondern dadurch, daß die Qualität der Ware, das Sortiment und das technische Niveau der Produktion der Nachfrage nicht mehr entsprachen. ¹⁴⁸

Mit der Errichtung der Warenbörse wurde nur der erste Schritt auf dem Wege zu einer besseren Markterkundung getan. Es ist nicht mehr ungewöhnlich, daß der Handel Ware wegen ungenügender Qualität nicht abnimmt. Die Unternehmungen des Schuhgroßhandels wiesen schon 1955 auf der Warenbörse das Angebot einer Schuhfabrik mit der Begründung zurück, daß der Betrieb mit veralteten technischen Verfahren unschöne Waren herstellt. Um seine Produkte abzusetzen, war der Betrieb gezwungen, der Forderung des Handels dadurch nachzukommen, indem er neue Modelle mit moderner Technik herstellte. Dieses Beispiel steht nicht allein. Auch bestimmte Produkte der Textilindustrie wurden - wegen schlechter Qualität - nicht abgenommen. Der Handel kann einen solchen Druck auf die Produzenten nur ausüben, wenn er über genügende Reserven (oder Konkurrenz-Angebote) verfügt. ¹⁴⁹

Heute, wo ein bestimmter Sättigungsgrad schon erreicht ist, tritt die Nachfrage nach Qualität in Vordergrund. Auch die ständig wachsenden Exportverpflichtungen verlangen bessere Qualität. Die höheren Ansprüche können nur durch Modernisierung der Produktionsanlagen befriedigt werden. Somit erzwingen die höheren Ansprüche die Einführung der modernen Technik.

Um die Einhaltung der Verträge zu gewährleisten, wurde die Vertragsstrafe als Kontrollmittel eingesetzt. Für die

¹⁴⁸ Varga, György: A szükségletek és a termelés. (Die Bedürfnisse und die Produktion). In: Figyelő vom 10.4.63. S. 3.

¹⁴⁹ Vgl. Kornai, J.: A gazdasági vezetés, a.a.O. S. 131.

Vertragsstrafe war der unbedingte Geltendmachungszwang, die Unabhängigkeit vom Schadensersatz und die Zahlung ohne Rücksicht auf Verschulden charakteristisch. Es zeigte sich aber bald, daß eine, ohne Rücksicht auf Verschulden zu zahlende Vertragsstrafe zur Gleichgültigkeit gegenüber der Vertrags- und Plandisziplin führt. Deshalb wurde die Vertragsstrafe später vom Verschulden abhängig gemacht und mit normiertem Schadenersatz ausgestattet. Damit verschafft die Vertragsstrafe der berechtigten Unternehmung einen Ausgleich für die finanziellen Folgen der Vertragsverletzung.

Die Durchsetzung der Vertragsdisziplin hängt von der Klärung des Problems der materiellen Haftung, von der Klärung der Kreditfähigkeit der Unternehmung ab. Der § 171 in Verbindung mit § 31 BGB (ungarisches) gibt dem Gläubiger die Versicherung, daß im Falle des Verschuldens einer staatlichen Unternehmung der Staat selbst eintreten wird.¹⁵⁰

Neuerlich kann der Unternehmungsdirektor entscheiden, ob er Vertragsstrafe bei Spätlieferungen verlangt oder nicht. Zwischen den Unternehmungen gibt es aber eine stillschweigende Vereinbarung, wonach die guten Wirtschaftsbeziehungen nicht durch Bagatelprozesse verdorben werden durften. So bleibt die Vertragsstrafe bei kleineren Terminabweichungen gewöhnlich außer acht.

Wegen Nichterfüllung der Verträge treten oft ernsthafte Störungen bei den Kooperationsbeziehungen auf. Die unvorteilhafteren Verträge werden nicht gern erfüllt, ja sie bleiben sogar nicht selten unerfüllt, wenn die Unternehmung bessere (und "wichtigere") Aufträge erhält. Dies ist der Fall bei den meisten Ausfuhr-Aufträgen. Sie müssen nicht nur bevorzugt behandelt werden, sondern sie bringen der Unternehmung auch materielle Vorteile. Neben diesen Vorteilen ist die Summe der Vertragsstrafen meistens verschwindend gering.

¹⁵⁰ Das Bürgerliche Gesetzbuch, a.a.O. S. 131 und S. 47.

4. Die Leistungserstellung und ihre Antriebe

Die menschliche Arbeitsleistung ist von den Fähigkeiten und Antrieben der Menschen abhängig. Durch Anweisungen können zwar die grundlegenden Tätigkeiten der Wirtschaftseinheiten reguliert werden, die Durchführung von Aufgaben bedarf jedoch besondere Antriebe. Diese Antriebe können materieller und immaterieller Art sein.

Wir haben keine Maßstäbe, mit denen wir den Leistungsgrad der materiellen und immateriellen Antriebe messen könnten. Besonders schwer ist die Wirkung der immateriellen Antriebe zu erfassen. Wir können ja nicht einmal sagen, was darunter genau zu verstehen ist. Ist es die Zufriedenheit, die Furcht oder das Verantwortungsbewußtsein der Belegschaft eines Betriebes, was zur höheren Leistung anspornt? Wir wissen nur soviel, daß ohne Verantwortungsbewußtsein weder quantitative noch qualitative Höchstleistungen zu erzielen sind.

Das Verantwortungsbewußtsein läßt sich aber - wie die Erfahrung lehrt - weder durch "sozialistische Erziehung" mit ideologischen Phrasen, noch mit Geld erreichen. Antgelt und Leistungsprämien sind zwar wichtig, sie wirken jedoch in vielen Hinsicht leistungshemmend, da die prämierte Tätigkeiten bevorzugt ausgeübt werden. Selbst die bisherigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen waren - milde gesagt - nicht besonders ermutigend für die Übernahme von Verantwortung.

Da die ungarischen Gewerkschaften nur Werkzeuge staatlicher Machtbildung sind, sind die Arbeiter ihrer Interessenvertretung beraubt. Auf diese Weise wollte man den Betriebsfrieden sichern und überbetriebliche Auseinandersetzungen vermeiden.

Diese Bevormundung der Arbeiter führte zur Unzufriedenheit, die den Ausbruch der Revolution von 1956 mitverursacht hat. Schon während der Revolution errichteten die Arbeiter ihre Vertretungsorganisationen sowohl nach Innen

Um eine radikale Änderung zu vermeiden, versucht man seit 1957 die materiellen Antriebe im größeren Umfange anzuwenden. Die materielle Interessiertheit der Betriebsbelegschaft war früher - in erster Linie - mit der quantitativen Planerfüllung eng verbunden. Inzwischen wurde sie differenziert und somit stehen heute die folgenden Mittel der materiellen Antriebe zur Verfügung: Löhne und Gehälter, Prämien, Gewinnbeteiligung, Direktionsfonds, Preissystem, Entwicklungsfonds, Zins und die Vertragsstrafe.¹⁵⁹ Hier können wir uns nur mit den, gegenwärtig bedeutendsten Mitteln der Antriebe (die Löhne, Prämien, Gewinnbeteiligung und das Preissystem) kurz beschäftigen.

a) Das Lohnsystem

Das Arbeitsentgelt wird im allgemeinen als der wichtigste materielle Anreiz betrachtet. Aus diesem Grunde war die Streuung der Löhne in der Vorkriegszeit ungewöhnlich groß. Nach dem Kriege fand eine Nivellierung in dem Maße statt, daß Lohnunterschiede kaum mehr bestanden. In der Eisen- und Maschinenindustrie z.B. betrug 1947/1948 der Stundenlohn eines Facharbeiters zwischen 1,10 und 2,62 Forint, eines angelernten Arbeiters zwischen 0,95 und 1,65 Forint und eines Hilfsarbeiters zwischen 0,85 und 1,46 Forint.¹⁶⁰

Dieses Verhältnis kann als typisch auch für die anderen Industriezweige bezeichnet werden. Was die absolute Höhe der Löhne betrifft, bestand in den ersten Nachkriegsjahren zwischen den einzelnen Industriezweigen keine nennenswerte Unterschiede. Bei der Gestaltung des Arbeitsentgeltes hat man also zuerst an dessen Antriebseffekt nicht gedacht.

¹⁵⁹ László, Imre: A népgazdaság tervezése, a.a.O. S. 94.

¹⁶⁰ Siehe: Vas- és gépipari kollektiv szerződés. (Der Kollektivvertrag der Eisen- und Maschinenindustrie). In: MK. vom 12.11.1947. Nr. 257. S. 2.

Erst nach 1950, als die Schwerindustrie einseitig vorange-
trieben werden sollte, wurde eine stärkere Differenzierung
der Löhne zwischen den Industriezweigen vorgenommen.

Für das Lohnsystem dieser Jahre war eine detaillierte
zentrale Regelung charakteristisch. Es wurde zentral vorge-
schrieben, welche Lohnformen die Betriebe anwenden sollten.
Das Gesetzbuch der Arbeit kennt zwar zwei Formen der Ent-
lohnung: den Leistungslohn und den Zeitlohn.¹⁶¹ Trotzdem
wurde nur der einfache Stücklohn forciert. Es waren zentral
festgesetzten Tariflöhne und Lohngruppenkataloge in Kraft.
Selbst die Größe der Belegschaft und die des Lohnfonds des
Betriebes wurden genau festgelegt.¹⁶²

Nach 1956 wurden die staatlichen Direktiven etwas ela-
stischer. Es wurde das sog. "System der Durchschnittslohn-
kontrolle" eingeführt, wobei die einzelnen Betriebe den
durchschnittlichen Stundenlohn, die Lohnformen und die Ar-
beitsnormen bestimmen können. Da es keine einheitlichen Ta-
rife und Lohngruppenkataloge mehr gibt, versucht man eine
elastischere Ordnung zu schaffen, in die die Berufs- und
Lohngruppen nach Tätigkeitsmerkmalen eingestuft werden könn-
ten. Es werden jedoch die unteren und oberen Grenzen des
persönlichen Lohnes bzw. des Basisstundenlohnes weiterhin
von den Lenkungsorganen festgesetzt.¹⁶³

Diese Methode des Arbeitsentgeltes wird mit der tech-
nischen Entwicklung immer weniger vereinbar. Entsprechend
des bisherigen Standes der Technik herrschte in der unga-
rischen Industrie ein typischer Stoßbetrieb. Um den ständig
heraufgesetzten Anforderungen zu genügen, mußten alle mög-
lichen Leistungsanreize geschaffen werden. In den hochtech-
nisierten Produktionsbetrieben werden jedoch die Anforderun-
gen weniger an die Belegschaft, als vielmehr an die Werks-
anlagen gestellt.

¹⁶¹ § 60 des Gesetzbuches der Arbeit, a.a.O. S. 62.

¹⁶² Nagy-Ozswald: Veränderungen, a.a.O. S. 18.

¹⁶³ ebda. S. 29.

Mit dem Fortschreiten der Automation wird es immer deutlicher, daß die bisherigen Methoden der Leistungsanreize nicht mehr ausreichen. In dem automatisierten Betrieb verrichtet der Arbeiter nicht mehr solche Arbeiten, an denen sich die einzelnen Lohnanreizsysteme orientieren könnten. Auch die obere Grenze der Produktivität wird durch die Arbeitsgeschwindigkeit der Maschine bestimmt. Infolgedessen muß sich das Gewicht des Lohnanreizes von den unmittelbaren auf die mittelbaren Arbeitsvollzüge verlegt werden. Um dieser Entwicklung Rechnung zu tragen, führte man verschiedene Prämiensysteme und das System der Gewinnbeteiligung ein.

b) Das Prämiensystem

Die Prämierung qualitativ guter Arbeitsleistungen kann zur Steigerung der Arbeitsintensität beitragen. Das ungarische Prämiensystem stimulierte jedoch lange Jahre hindurch in erster Linie nur die quantitative Erfüllung und Übererfüllung des Warenproduktionsplanes. Es wurden hauptsächlich nur die Angestellten prämiert. Die Entscheidung darüber, wer Prämien erhalten konnte, wurde aber nicht im Betrieb gefällt. Ministerialverordnungen schrieben vor, welche Prozentsätze des Grundgehaltes bei der Erfüllung bzw. Übererfüllung der vorgeschriebenen Kennziffern ausbezahlt werden durften. Die Anordnungen der Lenkungsorgane bestimmten, an welche Kennziffern die Prämierung der einzelnen Angestelltengruppen gebunden war. ¹⁶⁴

Die Höhe der Prämie war im Verhältnis zum Grundgehalt außergewöhnlich groß. Im Falle der Erfüllung des Produktionsplanes erhielten z.B. die Leiter des Betriebes (Direktor, Chefingenieur, Hauptbuchhalter) 20-35 Prozent ihres Grundgehaltes. Die Prämien der Abteilungsleiter bewegten sich zwischen 15 und 30 Prozent, die der ihnen untergeordneten technischen Angestellten zwischen 10 und 25 Prozent ihres Grundgehaltes. Bei der Übererfüllung des Produktionsplanes

¹⁶⁴ Vgl. Nagy-Ozswald: Veränderungen, a.a.O. S. 42.

nahm dieses Verhältnis proportional zu und die Prämie durfte 75 Prozent des Grundgehaltes erreichen. Dies war in der Praxis keine Seltenheit. ¹⁶⁵

Die Angestellten nahmen deshalb jedes greifbare Mittel in Anspruch um die Pläne zu erfüllen. Sie waren vor allem daran interessiert, weiche Pläne auszuhandeln, deren Übererfüllung möglichst hohe Prämie sicherte. Die Prämierung der einzelnen Angestelltengruppen war oft von der Erfüllung verschiedener Kennziffern abhängig gemacht. So kam es nicht selten vor, daß die Wirkungen der einzelnen Anreizmittel sich gegenseitig annullierten. Auch durch die ständige Neugestaltung des Prämienystems konnte daran nichts geändert werden. Außerdem wurden die Angestellten nach Leistungen prämiert, worauf sie keinen Einfluß hatten. ¹⁶⁶

Im Jahre 1957 erfuhr das Prämienystem eine Änderung. Das Grundgehalt wurde im Durchschnitt 20-25 Prozent erhöht und der Anteil der Prämien am Gesamtverdienst gesenkt. So erreichen die Prämien heute durchschnittlich 7-10 Prozent des Grundgehaltes. Sie sind aber stärker differenziert als früher. Der höchste Prämienatz kann im Bereich des Ministeriums für Hütten- und Maschinenwesen erreicht werden (bis 35 Prozent vierteljährlich) und der niedrigste im Gebiet des Ministeriums für Leichtindustrie (bis 12 Prozent).¹⁶⁷

Heute entscheidet der Betriebsdirektor darüber, wer wofür eine Prämie erhalten kann und er setzt auch die Höhe der Prämien fest. Er bekommt jedoch von der Industriedirektion den sog. "Prämienrahmen", in dem die wichtigsten Aufgaben des Betriebes und die dafür zu zahlende Prämiensumme festgelegt sind. Zu diesen Aufgaben gehören: Senkung der Selbstkosten, Erfüllung des technischen Entwicklungsplanes,

¹⁶⁵ Nagy-Ozswald, Veränderungen, a.a.O. S.43.

¹⁶⁶ Vgl. Kornai, J.: A gazdasági vezetés, a.a.O. S. 71.

¹⁶⁷ Vgl. Nagy-Ozswald, Veränderungen, a.a.O. S. 47.

eventuell: Erfüllung des Exportplanes, Erhöhung der Arbeitsproduktivität, Materialeinsparungen, verringerte Lagerhaltung usw. 168

Durch diese Neugestaltung des Prämiensystems sollte erreicht werden, daß der Wirtschaftlichkeit bei der Produktion mehr Aufmerksamkeit geschenkt wird. Das gegenwärtige Prämiensystem zwingt jedoch die Betriebe zu einem kurzfristigen Denken, da die Prämien von der Erfüllung des Jahresplanes (früher des Vierteljahresplanes) abhängig ist. Infolgedessen werden die langfristigen Entwicklungsarbeiten vernachlässigt.

Aus diesem Grunde können die Prämiensysteme, die schon im Zeitalter der Mechanisierung nicht besonders erfolgreich waren, im automatisierten Betrieb kaum an Bedeutung gewinnen. Durch die zunehmende Integration der Arbeitsgänge und die Bestimmung der Arbeitsgeschwindigkeit durch die Maschine ist es schwer vorzustellen, wie der traditionelle Anreiz, die Produktion zu steigern, zum Zuge kommen könnte.

c) Die Gewinnbeteiligung

Die Erfahrungen der fünfziger Jahre haben gezeigt, daß die bisher angewandten Anreizmittel nicht ausreichen. Es genügt nicht, nur die Interessen der leitenden Angestellten für die Produktionsergebnisse zu erwecken, sondern es müssen auch die in der Arbeit unmittelbar Beteiligten stimuliert werden. Um die gesamte Belegschaft des Betriebes anzuspornen, führte man 1957 die sog. Gewinnbeteiligung ein.

Zur Durchführung der Gewinnbeteiligung dürfen die Unternehmungen einen Teil ihres Gewinnes - zum Zwecke der Verteilung - einbehalten, wenn ihre Rentabilitätsrate die sog. "Basisrentabilität" erreicht oder übertrifft. Die Basisrentabilität wird auf Grund der Rentabilitätsrate des vorangegangenen Jahres berechnet.

168 Nagy-Ozswald, Veränderungen, a.a.O. S. 45.

Um die Basisrentabilität zu erreichen, müssen alle wichtigen Kennziffern des Jahresplanes; die Produktionspläne ebenso wie die Absatzpläne, erfüllt sein. Eine eventuelle Qualitätsminderung, die die Unternehmungen im Interesse der Gewinnerhöhung durchführen, kann also dazu beitragen, daß die Absatzpläne nicht mehr als erfüllt gelten. Damit zwingt das System der Gewinnbeteiligung die Unternehmungen auch zur Verbesserung der Qualität ihrer Erzeugnisse.

Um wieviel auch immer die Basisrentabilität übertroffen wird, so kann doch nur 10 Prozent des Mehrgewinnes verteilt werden.¹⁶⁹ Außerdem darf die Gesamtsumme der Gewinnbeteiligung höchstens 8,5 Prozent des Grundgehaltes betragen. Aber nur wenige Unternehmungen erreichen dieses Maximum. Bisher wurde im Durchschnitt nur 4 Prozent des Grundgehaltes - entsprechend dem persönlichen Durchschnittsverdienste - unter der Belegschaft verteilt.¹⁷⁰

Durch die Einführung des Systems der Gewinnbeteiligung sollten die Wirtschaftlichkeitskriterien bei der Produktion in den Vordergrund gerückt werden. Mit der Sicherung der Betriebsrentabilität wäre dazu der erste Schritt getan. Die Betriebsrentabilität wurde bisher nur bei der wirtschaftlichen Rechnungsführung als Maßstab, bzw. Orientierungspunkt der qualitativen Betriebsleistung berücksichtigt. Deshalb brachte der Vorschlag Libermans, die Betriebsrentabilität zur entscheidenden Kennziffern der Beurteilung der Betriebsleistung zu machen, im Grunde genommen nichts Neues.¹⁷¹

Solange die Betriebe mehrere Produktionsaufgaben erhalten, kann die Rentabilität nicht die entscheidende Kennziffer der Leistungsbeurteilung der Betriebe und damit die

¹⁶⁹ Vgl. Szamel, L.: Az államigazgatás, a.a.O. S. 335.

¹⁷⁰ Ozswald, László: A nyereségrészesedési rendszer gyakorlati problémái. (Praktische Probleme des Systems der Gewinnbeteiligung). In: KSz. 1963. Nr. 3. S. 176.

¹⁷¹ Vgl. Liberman, J.: Plan, pribyl, premija. (Plan, Gewinn, Prämie). In: Pravda vom 9.9.1962. S. 3. (Moskva).

Grundlage der Gewinnbeteiligung sein. In demselben Betrieb können Produkte hergestellt werden, die - wegen der staatlichen Preispolitik - unterschiedliche Gewinnintensität aufweisen. Aus diesem Grunde sind die Betriebe bestrebt, Erzeugnisse herzustellen, die ihre Rentabilität verbessern und die Gewinne erhöhen.

Im Interesse der Gewinnmanipulierung werden in den Betrieben die folgenden Methoden angewandt : Forderung von Preisunterstützungen (Subvention), versteckte Preiserhöhung, Qualitätsminderung, stille Reserven, Vernachlässigung der planmäßigen Präventivpflege der Anlagen, unrichtige Feststellung der Basisrentabilität, Verwendung teureren heimischen Materials anstelle billigen Importmaterials, ¹⁷² Erzielung behördlicher Preissenkung bei der Anschaffung von Materialien usw. ¹⁷³

Außerdem bieten sich noch weitere Möglichkeiten an, wie die Rentabilität und der Gewinn des Betriebes durch Vernachlässigung der Entwicklungsaufgaben kurzfristig gesteigert werden kann.

Die Lenkungsorgane (besonders das Finanzministerium, die Fachministerien und die Industriedirektionen) sind aber jederzeit in der Lage, durch spezielle Anweisungen (wie z.B. durch Bestimmung des Lohnmultiplikators) die Summe des verteilbaren Gewinnes so zu gestalten, daß keine nennenswerte Unterschiede zwischen den einzelnen Unternehmungen entstehen können. ¹⁷⁴ So wurde im Jahre 1958 die Berechnungsgrundlage der Gewinnbeteiligung (wegen angeblicher Anwendung unerlaubten Methoden bei der Gewinnermittlung) um 1,1 Milliarden Forint gekürzt. ¹⁷⁵

¹⁷² Da die Preise des Materials bei der Preisfestsetzung der Fertigprodukte berücksichtigt werden, können durch Verwendung teureren Materials höhere Preise und dementsprechend höhere Gewinne erzielt werden.

¹⁷³ Vgl. Kardos, Géza: A nyereségrészesedési rendszerről. (Über das System der Gewinnbeteiligung). In: TSz. 1958. Nr. 9. S. 9.

¹⁷⁴ Ozswald, L.: A nyereségrészesedési rendszer, a.a.O. S.177.

¹⁷⁵ Kardos, G.: A nyereségrészesedési rendszerről, a.a.O.S.90.

5. Das Preissystem

Da die Rentabilität und die verteilbaren Gewinne der Unternehmungen entscheidend durch behördliche Preisgestaltung beeinflußt werden, gehört das Preissystem zu den Antriebsmitteln, die zur Durchführung von Aufgaben dienen. Das Preissystem kann in den Dienst bestimmter wirtschaftspolitischen Zielsetzungen nur dann gestellt werden, wenn es gewissen Forderungen genügt.¹⁷⁶ Mit Hilfe des Preissystems will man erreichen, daß die Unternehmungsrentabilität und die (volkswirtschaftliche) Wirtschaftlichkeit übereinstimmen und die Kostenrechnung auf allen Stufen der Lenkung (Ministerien, Industriedirektionen, Unternehmungen) zu dem selben Ergebnis führt.¹⁷⁷ Daß man über ein solches Preissystem nicht verfügt, wird offen zugegeben.

Das gegenwärtige Preissystem wurde im Jahre 1950 auf dem Kostenprinzip aufgebaut.¹⁷⁸ Die festgesetzten Preise sollten "aus plantechnischen Gründen" als unveränderlich betrachtet werden. Trotzdem kam es schon im nächsten Jahr zu einer größeren Preisänderung. Sie wurde - in erster Linie - durch die veränderten Produktionsbedingungen verursacht. Der angelaufene erste Fünfjahresplan und dessen widersinnige Erhöhung verlangte eine mehr als hundertprozentige Steigerung der jährlichen Kohlenproduktion, ungeachtet der enormen Produktionskosten, die dadurch verursacht wurden, daß auch unwirtschaftliche Kohlenvorkommen ausgebeutet werden mußten.¹⁷⁹

¹⁷⁶ Gutmann spricht von einem System gleichgewichtiger Preise, wenn die Preise ihre Grundfunktion, die Bewertungen der Güter ausdrücken, erfüllten. Siehe: Gutmann, Gernot: Theorie und Praxis der monetären Planung in der Zentralverwaltungswirtschaft. Stuttgart, 1965. S. 36.

¹⁷⁷ Csikós-Nagy, Béla: Az új árvida első tanulságai. (Die erste Lehre der neuen Preisdiskussion). In: PéSz. 1962. Nr. 3. S. 121.

¹⁷⁸ Die Kosten werden hier im Sinne vom Aufwand verstanden. Zu den verschiedenen Kostenbegriffen siehe: Hensel, K.P.: Einführung, a.a.O. S. 7ff.

¹⁷⁹ Csikós-Nagy, Béla: Az ipari termelői árak újjárendezése. (Die neugestaltung der Produzentenpreise der Industrie). In: KSz. 1957. Nr. 8-9. S. 817.

Auch die Herstellungskosten in der Eisen- und Stahlindustrie wuchsen infolge der erhöhten Preise (und schlechter Qualität) des aus der Sowjetunion importierten Eisenerzes ständig. Die Preise dieser Eisenerze lagen weit höher als die der teuersten Inlandsproduktion.¹⁸⁰ Aus diesem Grunde betrugen die Materialkosten in der gesamten Staatsindustrie (nach dem Jahresplan für 1962) 62 Prozent des Nettoproduktionswertes. Ihr Anteil an den Selbstkosten lag noch höher.¹⁸¹ Demnach muß die ungarische Industrie mit außergewöhnlich hohen Materialkosten arbeiten. Die folgende Tabelle zeigt die Kostenstruktur der Industrie:^{182, 183}

Kostenarten	1949 %	1954 %	1958 %
Materialkosten	63,4	71,2	67,1
Arbeitslohn und seine Nebenkosten (Lohnsteuer, Sozialversicherung usw.)	28,6	19,9	23,7
Amortisation	2,8	4,4	5,0

Durch die Reform von 1951 wurde aber keine Angleichung der Preise an die Herstellungskosten erreicht. Es ist also kein Wunder, wenn die festgesetzten Preise den naturalen Knappheitsverhältnissen nicht entsprechen konnten.¹⁸⁴ Es wurde die Einheitlichkeit des Preisniveaus geopfert und unterschiedliche Methoden der Preisermittlung für Produktionsmittel und Konsumgüter angewandt. Um die ungewöhnlich

¹⁸⁰ Csikós-Nagy, B.: Az ipari termelői árak, a.a.O. S. 825.

¹⁸¹ Nagy, Tamás-Esze, Zsuzsa: A "többcatornás" ipari termelői ártípus. (Das Mehrkanalsystem des Produktionspreistyp der Industrie). In: KSz. 1963. Nr.1. S. 18.

¹⁸² Siehe: Kónya, Lajos: Az önköltség tervezése. (Die Planung der Selbstkosten). In: Nép gazdasági tervezés, a.a.O. Bd. 2. S. 195.

¹⁸³ Der Anteil der Materialkosten der Produktion in der ungarischen Industrie ist also doppelt so hoch, als auf Grund der Weltmarktpreise sein dürfte.

¹⁸⁴ Siehe hierzu: Hensel, Einführung, a.a.O. S. 187.

hohen Bezugskosten der importierten Rohstoffen zu verschleiern, baute man neue Preise, die wesentlich unter den tatsächlichen Herstellungskosten lagen, in das Preissystem ein. Die somit entstandenen Preisverluste hat der Staat durch Steuerbefreiung und Subventionierung der Produktionsmittelindustrie ausgeglichen. Die Mittel dazu hat der Staat durch die Umsatzsteuer aufgebracht, mit der die Konsumgüter enorm belastet wurden. Dadurch entstanden Konsumgüterpreise, die in Grenzfällen 500-mal höher lagen, als die entsprechenden Weltmarktpreise. ¹⁸⁵

Diese Maßnahmen waren weniger finanzpolitisch, als vielmehr preispolitisch gefährlich. Die defizitären Material- und Energiepreise haben die Preisrelationen der Halbfabrikate und Fertigprodukte verzerrt, da der Anteil der einzelnen Produkte an diesen Faktoren sehr unterschiedlich ist.

Um die betrieblichen Selbstkosten in der Produktionsmittelindustrie zu senken, gestaltete man das gesamte Rechnungswesen und die Preiskalkulation um. Die Zahlung von Zinsen wurde eingestellt; der Staat stellte die notwendigen Umlaufmittel den Unternehmungen zinslos zur Verfügung. Die Verluste wurden aus der Staatskasse ausgeglichen. Die anrechenbaren Sonderkosten der Produktion, die zur Forschung, Entwicklung und Modernisierung dienten, wurden stark eingeschränkt. Die Leitung der Forschungsabteilungen und Laboratorien wurden den Unternehmungen entzogen und jede mit der technischen Entwicklung zusammenhängende Aufgabe auf die Behörde übertragen. ¹⁸⁶

¹⁸⁵ Liska, Tibor: Kritika és koncepció. (Kritik und Konzeption). In: KSz. 1963. Nr. 9. S. 1073.

¹⁸⁶ Csikós-Nagy: Az ipari termelői árak, a.a.O. S. 819.

Die Preiskalkulation erfolgt nach dem folgenden Schema:

Produktionskosten
+ kalkulierter Gewinn
 = Nettoproduktionspreis
+ Steuer (hauptsächlich Umsatzsteuer)
 = Bruttoproduktionspreis
+ Handelsspanne ¹⁸⁷
 = Konsumentenpreis.

Bei der Ermittlung der Produktionskosten wurden mehrere Kostenfaktoren (wie z.B. die Amortisationskosten) außer acht gelassen oder zu niedrig bewertet. ¹⁸⁸ Infolgedessen konnte der Kostenaufwand für die einzelnen Produkte im Rahmen der betrieblichen Selbstkostenrechnung nicht ermittelt werden. Es wurde der Anschein erweckt, als hätten die einzelnen Unternehmungen annähernd über die gleiche technische Ausrüstung verfügt. In Wirklichkeit bestanden jedoch große Unterschiede in der technischen Ausrüstung, die die Gestaltung der Selbstkosten stark beeinflussten.

So betrug der Unterschied zwischen den höchsten und niedrigsten unternehmerischen Selbstkosten in der Kohlenindustrie 123 Prozent, in der Ölindustrie 16 Prozent, in der Eisenhüttenindustrie 25, in der Werkzeugmaschinenindustrie 21, in der Maschinenindustrie 20 Prozent und in einigen Zweigen der Bauindustrie (wie Ziegeleien, Kalk- und Zementindustrie) 60-70 Prozent. ¹⁸⁹

¹⁸⁷ Die Handelsspanne (Vertriebskosten + Handelsgewinn) betrug 5-15 Prozent des Verkaufspreises. Siehe: Szikszai, Béla: Az árak tervezése. (Die Planung der Preise). In: Népgazdasági tervezés, a.a.O. S. 253. Bd. 2.

¹⁸⁸ Csikós-Nagy, Béla: Az új ipari termelői árrendszer jelentősége népgazdaságunkban. (Die Bedeutung des neuen Produktions-Preissystems der Industrie in unserer Volkswirtschaft). In: TSz. 1958. Nr. 12. S. 54.

¹⁸⁹ Ebda. S. 57.

Um die "gesellschaftlichen und unternehmerischen Interessen" zu wahren, arbeitete man in den Kohlen- und Baustoff-Industrie mit zwei verschiedenen Preisen. Für den Außenverkehr wurden einheitliche Preise festgesetzt und im Binnenverkehr die sog. Verrechnungspreise angewandt. Die Verrechnungspreise entstanden dadurch, daß den anerkannten betrieblichen Selbstkosten die durchschnittliche Gewinnquote des Industriezweiges hinzuaddiert wurde. Die differenzierten Verrechnungspreise sollten die unterschiedlichen Betriebsrentabilitäten nach Möglichkeit ausgleichen. Beide Industriezweige errichteten "Preisausgleichskassen", die die Verluste der mit schlechteren Bedingungen arbeitenden Unternehmungen aus den Gewinnen der mit besseren Bedingungen (modernere technische Ausrüstung usw.) arbeitenden Unternehmungen finanzierten.¹⁹⁰

Bei den übrigen Industriezweigen mußten jährlich partielle Freiskorrekturen durchgeführt werden, um die zusätzlichen, nicht kalkulierten Gewinne (wenn sie 2 Prozent überschritten) durch Senkung des Lettoproduktionspreises und durch Erhöhung der Umsatzsteuer zu entziehen, bzw. die unverschuldeten Verluste durch Erhöhung des Lettoproduktionspreises und durch Senkung der Umsatzsteuer auszugleichen.¹⁹¹ Die dadurch entstandenen durchschnittlichen Produktionspreise der Industriezweige haben die eigentliche Kostenstruktur der Unternehmungen verdeckt. Wenn wir den Reingewinn der Gesamtindustrie für das Jahr 1961 gleich 100 setzen, dann betrug der (echte) Unternehmenserfolg (Saldo des Gewinnes und Verlustes in der Gesamtindustrie) 56, die Umsatzsteuer (nach Abzug des Preisausgleiches) 31 und Sonstiges 13.¹⁹² Gerade an diesem Punkt setzte die Kritik ein.

¹⁹⁰ Csikós-Nagy, Az új ipari, a.a.O. S. 63.

¹⁹¹ Erdei, József: A termelői árrendezés és a fogyasztói árak. (Die Korrektur der Produktionspreise und die Konsumentenpreise). In: PésZ. 1958. Nr. 1. S. 6.

¹⁹² Gadó, O.: Gazdaságosság, a.a.O. S. 125.

a) Die Preisdiskussionen

Um die Mitte der fünfziger Jahre hat das auf den manipulierten Selbstkosten aufgebaute Preissystem heftige Diskussionen ausgelöst, die noch nicht abgeklungen sind. Die wichtigsten Einwände gegen dieses System sind:

1. Die Methode der gegenwärtigen Preisbildung hindere die technische Entwicklung, da sie den technischen Rückstand (durch Zuschüsse) honoriere. Die Produzenten erhielten die Herstellungskosten, gleichgültig wie hoch sie seien. Die mit veralteten Technik arbeitenden Branchen könnten damit hohe Abgabepreise erhalten, die mit modernen Produktionsverfahren arbeitenden nur niedrige Preise erzielen.

2. Das heimische Kosten-Preissystem sporne zur Autarkie an. Die Unternehmungen seien materiell daran interessiert, weiterhin bei den alten Produktionsverfahren zu bleiben, weil damit die Selbstkosten leichter zu senken seien. Durch Kostensenkung könnten die Unternehmungen ihre Rentabilität verbessern und einen größeren Gewinn erzielen.

3. Mit Hilfe dieses Preissystems könne die Wirtschaftlichkeit der einzelnen Produktionsphasen, die die Grundlage jeder Arbeitsteilung und Spezialisierung ist, nicht ermittelt werden. Selbst die Wertziffern der Statistik und des Rechnungswesens seien widersinnig und die verschiedenen Wirtschaftlichkeitsrechnungen (für Investitionen, Außenhandel usw.) unzuverlässig. Es bestehe ein widersinniger Dualismus: Im Zentralen Planungsamt und bei den Lenkungsorganen erfolgen die wichtigsten volkswirtschaftlichen Berechnungen (für Investitionsprogramm, mathematische Programmierung, Wirtschaftlichkeitsrechnungen usw.) in Weltmarktpreisen. Gleichzeitig wird eine Riesenarmee im Rechnungswesen für statistische und Planungsarbeiten mit einem Preissystem beschäftigt, welches außerstande ist, brauchbare volkswirtschaftliche Erkenntnisse zu vermitteln. ¹⁹³

¹⁹³ Liska, T.: Kritika és koncepció, a.a.O. S. 1060.

4. Das System der unveränderlichen Preise steht im Widerspruch zum Prinzip der wirtschaftlichen Rechnungsführung, da mit Hilfe dieser Preise nur der Produktionswert, aber weder die Materialkosten, noch die Selbstkosten noch die Gewinne ermittelt werden können. ¹⁹⁴

5. Die autarkische Preisbildung hat Interessengegensätze zwischen der Volkswirtschaft und den Unternehmungen einerseits und zwischen Unternehmung und Belegschaft andererseits, geschaffen.

6. Da die nachträgliche Marktkontrolle fehle, könne die Notwendigkeit und Wirtschaftlichkeit der Produktion nicht festgestellt werden. Die Zirkulationsstörungen (unverkäufliche und Mangelwaren) können nicht als nachträgliche Kontrolle betrachtet werden. Die Marktkontrolle des Preismechanismus stünde nicht im Widerspruch zu einer richtigen Planung; sie sei sogar die Voraussetzung dazu. ¹⁹⁵

7. Das System der getrennten Preise (Produktions- und Konsumtionspreise) verhindere die Bedürfnisbefriedigung.

8. Ein gutfunktionierendes Preissystem könne nicht durch Kennziffern, Verordnungen, Anweisungen usw. ersetzt werden. ¹⁹⁶

Die Beseitigung dieser Mängel erwartet man von einer Preisbildung, die dem Marktmechanismus (Angebot und Nachfrage) untergeordnet ist. Zur Grundlage dieses Marktmechanismus sollten die Weltmarktpreise dienen, da ein einheitlicher Weltmarkt - früher oder später - unvermeidlich entstehen muß. ¹⁹⁷ Korrekturen an den Weltmarktpreisen dürften nur den inländischen Angebot-Nachfrage-Relationen entsprechend vorgenommen werden. Nur auf diese Weise könnten die Knappheiten der Güter sichtbar gemacht werden.

¹⁹⁴ Gadó, O.: Gazdaságosság, a.a.O. S. 129.

¹⁹⁵ Liska, T.: Kritika és koncepció, a.a.O. S. 1060.

¹⁹⁶ Ebda. S. 1060ff.

¹⁹⁷ Ebda. S. 1067.

In der Arzneiindustrie z.B., die zu den rentabelsten Exportindustriezweigen des Landes gehört, sind die Preise den Weltmarktpreisen weitgehend angeglichen. Die Marktverflechtung zwingt also zur elastischeren Preisbildung. Und wenn mehr als ein Drittel der Industrieprodukte in 80 verschiedene Länder exportiert wird, so ist es verständlich, daß die Weltmarktpreise bei der inländischen Preisbildung nicht ignoriert werden kann.

Selbst die Rentabilität kann nur bei einem realen Preissystem zum brauchbaren volkswirtschaftlichen Instrument werden. Ein Maximum an volkswirtschaftlicher Rentabilität könnte nur erreicht werden, wenn sich die Unternehmungen für eine auf realer Berechnung beruhenden optimalen Planvariante zu entscheiden in der Lage wären. Nur in diesem Fall könnte ein einheitliches Bilanzsystem auf die Betriebsbilanzen aufgebaut werden, welches die realen volkswirtschaftlichen Zusammenhänge darstellen und die Wirtschaftlichkeitsrechnungen ermöglichen würde.¹⁹⁸

Um die Vorteile des Wettbewerbes auszunutzen, sollten zunächst die sog. "Planmärkte" errichtet werden, wo die Unternehmungen um die besseren Planaufträge ringen würden.¹⁹⁹ Dieser Vorschlag scheint von dem jugoslawischen Beispiel inspiriert zu sein. Auch Nemčinov schlug neulich vor, daß man die Planaufgaben durch Planbestellungen ersetzen sollte, um dadurch eine bessere Orientierung an der Leistungsfähigkeit der Produktion ermöglichen und die bürokratischen Arbeitsmethoden bei der Planung und Leitung liquidieren zu können.²⁰⁰ Diese Vorschläge könnten aber nur durch Anwendung realer Preise verwirklicht werden.

¹⁹⁸ Liska, T.: Kritika és koncepció, á.a.O. S. 1074.

¹⁹⁹ Ebda. S. 1074.

²⁰⁰ Nemčinov, V.: Socialističeskoe chozjaĭstvovanie i planirovanie proizvodstva. (Die sozialistische Wirtschaft und die Planung der Produktion). In: Kommunist, Moskva, 1964. Nr. 5. S. 84.

In einer Zeit also, als es schon offensichtlich wurde, daß die bisher angewandten Methoden der Preisgestaltung das größte Hindernis der weiteren Wirtschaftsentwicklung und einer realen Bewertung der Außenhandelsbeziehungen darstellten, wurden auch in der Sowjetunion Stimmen laut, die eine Überprüfung des gegenwärtigen Preissystems forderten.

Die Zahl derjenigen russischen Nationalökonomien jedoch, die auf die Unhaltbarkeit des alten Preissystems hingewiesen haben, ist sehr gering. Auch sie haben die Rolle dieses Preissystems bei der Industrialisierung der Sowjetunion weit übertrieben, aber gleichzeitig betont, daß es die volkswirtschaftliche Planung und die Sicherung der notwendigen volkswirtschaftlichen Proportionen erschwerte. Deshalb sei eine Überprüfung des gegenwärtigen Systems der Preisbildung - so führte Kac aus - kein ersonnener Vorschlag, sondern sie sei von dem praktischen Leben diktiert. ²⁰¹

Die sowjetrussische Industrialisierung wurde auf Kosten der Konsumenten und besonders die der Randgebiete der Sowjetunion vorangetrieben. ²⁰² Die Rolle dieser Randgebiete haben nach 1945 die europäische "Brüderländer" teilweise übernommen. Deshalb mußten auch sie das gleiche Preissystem einführen.

So ist es kein Wunder, wenn sich die Reformer in der Sowjetunion nicht durchsetzen konnten. Eine starke konservative Opposition hat sich gegen jede Reform zur Wehr gesetzt. Sie glaubte, die alten Ausbeutungsmethoden der Sowjetunion weiterhin verteidigen zu müssen. ²⁰³ Sollte sich

²⁰¹ Obsuždenie voprosa o zakone stoimosti i cenoobrazovanii v SSSR v institute ékonomiki akademii nauk SSSR. (Diskussion über das Wertgesetz und die Preisbildung im Ökonomischen Institut der sowjetischen Akademie der Wissenschaften). In: Voprosy ékonomiki. (Die Fragen der Volkswirtschaft). Moskva, 1957. Nr. 2. S. 76.

²⁰² Vgl. Szikszai, Béla: Az árak tervezése. (Die Planung der Preise). In: Népgazdasági tervezés, a.a.O. Bd. 2. S. 231.

²⁰³ Siehe: Obsuždenie voprosa, a.a.O. S. 71ff.

nämlich die Sowjetunion zu einer Reform des Preissystems entschließen, dann könnte sie die gleichen Reformen in den Satellitenländern heute nicht mehr verhindern, ohne ihr Gesicht zu verlieren. Eine realistischere Preisgestaltung in diesen Ländern würde aber die unehrlichen und ungleichmäßigen Wirtschaftsbeziehungen der Sowjetunion zu diesen Ländern bloßlegen. Aus diesem Grunde wurde die Reform des sowjetischen Preissystems zuerst fallengelassen. Ob damit der sowjetrussischen Wirtschaft gedient worden ist, muß bezweifelt werden.

Durch die Diskussion in der Sowjetunion waren die ungarischen Preisdiskussionen stark gehemmt. Das sowjetische Vorbild muß noch immen befolgt werden. So blieb die "große" Preisreform von 1959 - trotz heftiger Auseinandersetzungen und vernünftiger Vorschläge - nur ein Torso.

b) Die Preisreform von 1959

Durch die Preisreform vom 1. Januar 1959 sollte erreicht werden, daß bei der Festsetzung der Produktionspreise die Herstellungskosten stärker berücksichtigt werden. Aus diesem Grunde wurden die Abgabepreise für Industrieprodukte - bei unveränderten Verbraucherpreisen - wesentlich erhöht. Diese Preiserhöhung betrug in der gesamten Industrie (im Durchschnitt) rund 54 Prozent. Um die Preissubventionen abzuschaffen, kam es besonders in der Grundstoffindustrie und Energieerzeugung zur erheblichen Preiserhöhungen. Sie betrugen im Bergbau 170, in der Energieerzeugung 93, in der Hüttenindustrie 200 und in der Baustoffindustrie 190 Prozent. ²⁰⁴

Die neuen Abgabepreise sollten die betrieblichen Selbstkosten decken und einen Gewinn ermöglichen. Somit stieg der Gewinn der Industrie von 3 Millionen (!) im Jahre 1958 auf 18 Milliarden Forint im Jahre 1959. ²⁰⁵

²⁰⁴ Nagy-Ozswald: Veränderungen, a.a.O. S. 67.

²⁰⁵ Ebda. S. 68.

Nach der Preisreform wurde die in den Produktionspreisen realisierbare durchschnittliche Gewinnquote von 0,5 auf 5,6 Prozent erhöht. Damit konnten die meisten Unternehmungen Gewinne erzielen. Verluste entstanden nur bei diejenigen, die unter ganz schlechten Bedingungen arbeiten mußten. Die folgende Tabelle zeigt die realisierte Gewinnquote in den einzelnen Industriezweigen: ²⁰⁶

Industriezweig	im alten	im neuen
	% Preissystem	%
Bergbau	-43,6	2,6
Elektroenergie	18,6	5,8
Chemische Industrie	8,5	4,7
Hüttenindustrie	-11,6	4,1
Maschinenindustrie	11,7	5,5
Baustoffindustrie	1,0	8,2
Leichtindustrie	6,2	9,3
Lebensmittelindustrie	5,1	5,0
Gesamtindustrie	0,5	5,6

Gleichzeitig wurden die in den Kleinhandelspreisen enthaltene Umsatzsteuer bei einigen Warengruppen stark gesenkt (wie z.B. bei technischen Geräten von 40,5 auf 7,4 und bei Baumaterialien von 62,3 auf 19,7 Prozent). ²⁰⁷ Damit wurde aber das Einkommen des Staates nicht verringert. Es stammt beinahe zu neun Zehnteln (in Form von Gewinnen, Umsatzsteuern, Lohnsteuern usw.) von staatlichen Unternehmungen. ²⁰⁸

Bei der Durchführung der Preisreform mußten außer dem Preisniveau auch die Preisrelationen zwischen den einzelnen Produkten geändert werden. Aus diesem Grunde wurden in die Selbstkosten auch "Mehrwerths"- Bestandteile (wie die Bei-

²⁰⁶ Csikós-Nagy: Az új ipari, a.a.O. S.63.

²⁰⁷ Nagy-Ozswald: Veränderungen, a.a.O. S. 68.

²⁰⁸ Siehe: Az 1962. évi állami költségvetés. (Das Budget des Jahres 1962). In: PêSz. 1962. Nr. 3. S. 82.

träge für die Sozialversicherung, Zinsen für die Umlaufmittel und seit 1. Januar 1964 auch für die Anlagen, eine 15-prozentige Lohnsteuer und der sog. Zuschlag für den technischen Entwicklungsfonds von 0,3-9 Prozent) eingebaut. Sie bilden die Reserve für eventuelle spätere Lohnerhöhungen, bzw. für die Kosten der betrieblichen Forschung und Entwicklung. 209

Die Ermittlung der "gesellschaftlich notwendigen Selbstkosten" bleibt aber weiterhin problematisch. Bisher wurden die durchschnittlichen Selbstkosten eines Industriezweiges irrtümlicherweise mit den gesellschaftlich notwendigen Selbstkosten gleichgesetzt.

Das Zentrale Planungsamt setzt die Preise auf Grund der gewichteten Durchschnittskosten des Industriezweiges fest. Abweichungen von diesem Preiszentrum können durch die unterschiedliche Höhe des Lohnes, der Rohstoffpreise usw. verursacht werden. Neuerdings wird auch die Nutzbarkeit der Produkte berücksichtigt. Die Forderung, daß auch die nützlichen Eigenschaften der Produkte bei der Preisbildung berücksichtigt werden sollten, bedeutet eine gewisse Abkehr von der objektiven Preistheorie oder zumindest eine stärkere Berücksichtigung der subjektiven Faktoren. 210

Durch die Preisreform von 1959 wurde aber die Starrheit des Preissystems nicht beseitigt. Sie ist mit den veralteten und widersinnigen Lenkungs- und Planungsmethoden eng verbunden. Ein weiterer Fortschritt wurde deshalb von der Modernisierung der Organisationsformen und der Wirtschaftslenkung erwartet. Zuerst wurde mit der Reform der Organisationsformen begonnen, da hier der Zwang der tech-

209 Vgl. Nagy-Ozswald: Veränderungen, a.a.O. S. 69.

210 Vgl. Nikléczy, György: Vegyük figyelembe az árnegállapításkor a termékek hasznos tulajdonságait is. (Berücksichtigen wir bei der Preisfestsetzung auch die nützlichen Eigenschaften der Produkte). In: PÉSz. 1962. Nr.1. S. 1ff.

nischen Entwicklung am stärksten zu spüren war. So kam es zur Gründungen von Industriekonzernen. Darauf kommen wir noch (im § 10) zu sprechen. Zunächst aber wollen wir auf die Funktion der Kontrolle eingehen.

§ 9 Die Kontrolle

Die Kontrolle muß sich auf laufende betriebsinterne und -externe Information stützen. Die Kontrolle als Leitungsfunktion soll mit Beginn der Durchführung von Anweisungen eingesetzt werden um die Ergebnisse ständig überwachen zu können. Erst die Rückinformation aus der Ebene des Vollzugs ermöglichen den Leitungsorganen einen Vergleich der tatsächlichen mit den geplanten Ergebnissen, auf Grund dessen die notwendigen Korrekturen der Planung und Entscheidung vorgenommen werden können. Diese Rückkoppelung ist die elementarste Voraussetzung jeder Leitungstätigkeit.²¹¹

Daraus folgt, daß die Kontrolle nicht nur die Richtigkeit des Vollzuges, sondern auch die Richtigkeit der Entscheidung, ja sogar die der Zielsetzung überprüfen muß. In der früheren ungarischen Kontrollpraxis durfte weder die Richtigkeit der Zielsetzung noch die der Entscheidung in Zweifel gezogen werden. Fehler durften nur bei der Durchführung entstanden sein. Aus diesem Grunde mußten die verschiedenen Kontrollorganisationen versagen. Neuerdings darf schon über die Richtigkeit der Entscheidungen diskutiert werden; die Zielsetzung der obersten Lenkungsbehörden bleibt aber weiterhin unantastbar.

Unter diesen Umständen konnte die Kontrolle ihre wichtigste Funktion nicht erfüllen, da die Rückinformationen oft weniger den Tatsachen als den Wünschen der Lenkungsbehörden entsprachen. Wenn die Tatsachen trotzdem realistisch ermittelt worden waren, konnten Änderungen an der Zielsetzung oder Entscheidung - wegen des Büroktatismus -

²¹¹ Vgl. Pöhlmann, Gerhard: Der Prozess der Unternehmensführung. Berlin, 1964. S. 110.

nicht rechtzeitig vorgenommen werden. "Es liegt auf der Hand, daß man nutzlose Arbeit geleistet hat, wenn aus einer noch so gut durchgeführten Kontrolle die Schlußfolgerungen so spät gezogen werden, daß es nicht mehr möglich ist, sie noch nutzbar zu machen." ²¹²

Die rechtliche Stellung der Kontrolle (als Leitungsfunktion) ist noch immer ungeklärt. Die Rechtslehre und die Rechtsprechung sind uneinig darin, ob die Kontrolle nur eine Funktion der Lenkung sei oder das Lenkungs- und Kontrollrecht aus dem Aufsichtsrecht abzuleiten ist. Nach Szamel soll das Lenkungsrecht auch das Aufsichts- und Kontrollrecht beinhalten, da keine Lenkungstätigkeit ohne Kontrolltätigkeit möglich sei. ²¹³ Diese Auffassung scheint auch von der gegenwärtigen Praxis bestätigt zu werden.

Von der rechtlichen Stellung der Ausführungsorgane her betrachtet, können folgende Arten der Kontrolle voneinander unterschieden werden:

a) Die Kontrolle durch die Aufsichtsbehörden, die aber kein Anweisungsrecht haben (wie z.B. die staatliche Handelsaufsicht, die allgemeine Gesundheitsaufsicht, Aufsicht für Arbeitsschutz usw.);

b) Die Kontrolle durch die Lenkungsorgane mit Anweisungsrecht;

c) Zwischen diesen beiden Kontrollarten liegt die Kontrolle durch die sog. Fachaufsicht. Die Fachaufsichtsbehörde üben schon Lenkungsfunktionen aus, sie dürfen aber keine direkten Anweisungen geben (nur durch das zuständige Ministerium). ²¹⁴

Die gegenwärtigen Kontrolltätigkeiten können (morphologisch) in drei Gruppen eingeteilt werden: in die zentrale Staatskontrolle, die hierarchische Kontrolle der Lenkungsorgane und die interne Kontrolle der Unternehmungen.

²¹² Fayol, Henri: Allgemeine und industrielle Verwaltung. München, 1929. S. 83.

²¹³ Szamel, L.: Az államigazgatás, a.a.O. S. 162.

²¹⁴ Ebda.

1. Aufbau des staatlichen Kontrollapparates

Als Grundsatz wird im allgemeinen angenommen, daß die Formen und Methoden der Kontrolle den jeweiligen Organisationsformen und Leitungsmethoden angepaßt werden müssen. Entsprechend diesem Grundsatz hatten die Unternehmungen in der Vorkriegszeit starke innerbetrieblichen Kontrollorgane. Außerdem wurden die Betriebe jährlich - gewöhnlich nach der Aufstellung der Jahresbilanzen - durch die Eigentümer überprüft. Diese Prüfung erstreckte sich auf den Stand der Anlagen und auf die Richtigkeit des Unternehmenserfolges und wurde durch fachkundige Revisoren der Banken durchgeführt, da die Banken entweder als Eigentümer oder als Kreditoren dazu berechtigt waren. 215

Gleich nach dem Kriege hat man den Industrieminister ermächtigt, staatliche Kontrolleure zu allen Unternehmungen zu entsenden, die an Reparationslieferungen arbeiteten. Diese Kontrolleure sollten sich darüber vergewissern, ob die Unternehmungsleitungen den Reparationsverpflichtungen nachkommen. 216

Die zentrale Staatskontrolle wurde zunächst durch die alten Kontrollorganen (durch den Obersten Staatlichen Rechnungshof und durch den Rechnungshof der Hauptstadt) ausgeübt. Gleichzeitig übernahmen auch mehrere neugegründeten Organisationen (wie das Reparationsamt, das Preis- und Materialamt, das Zentrale Geldinstitut, die Betriebskomitees, der Hauptwirtschaftsrat usw.) Kontrollfunktionen. 217

-
- 215 Kiss, Andre: A vállalati belső ellenőrzésről. (Über die innerbetriebliche Kontrolle). In: Pénz. 1958.Nr.10.S.368.
- 216 4.660/1946. M.E. számú rendelet egyes ipari és kereskedelmi vállalatok ellenőrzése tárgyában. (Die Verordnung Nr. 4.660/1946 des Ministerrates über die Kontrolle einzelner Industrie- und Handelsunternehmungen). In: Két év hatályos jogszabályai, a.a.O. S. 45.
- 217 Török, Lajos: Törvény az állami ellenőrzés új rendszeréről. (Gesetz über das neue System der Staatskontrolle). In: JK. 1958. Nr. 6. S. 230.

Die Unternehmungen waren von unten durch die Betriebskomitees und von oben durch den Hauptwirtschaftsrat kontrolliert. Die Arbeitgeber waren verpflichtet, über die Wirtschaftslage der Unternehmung, den Stand der Produktion usw. den Betriebskomitees vierteljährlich Rechenschaft abzugeben. Der Hauptwirtschaftsrat wurde ermächtigt, Verordnungen über Preis, Kredit, Investition usw. zu entlassen und ihre Durchführung direkt zu kontrollieren. 218

Der erste Schritt zum Aufbau eines neuen Kontrollapparates der Regierung wurde mit der Errichtung des Öffentlichen Kontrollregisters getan. Dieses Register sollte die Kontrolltätigkeiten der verschiedenen Organe (außer die der Ungarischen Nationalbank, des Zentralen Geldinstitutes und des Zentralen Planungsamtes) koordinieren und die Kontrollergebnisse registrieren. 219

Das Öffentliche Kontrollregister wurde bald aufgelöst und an seine Stelle die Zentrale der Staatskontrolle errichtet. 220 Sie war befugt, die gesamte Tätigkeit der Unternehmungen und Institute zu kontrollieren und gleichzeitig verpflichtet, jährlich mindestens einmal bei allen Unternehmungen allgemeine Prüfungen abzuhalten. Über die Ergebnisse dieser Prüfungen sollte sie dem zuständigen Minister, dem Finanzminister, dem Generalsekretär des Hauptwirtschaftsrates sowie dem Zentralen Planungsamt Berichte erstatten. Diese Berichte sollten über die gesamte Tätigkeit, den Stand

218 Die Verordnung Nr. 12.090/1945 der Nationalregierung über den Hauptwirtschaftsrat, a.a.O. S. 2.

219 1.620/1948. Korm. számú rendelet a Közérdekű Vizsgálatok Nyilvántartójának szervezése tárgyában. (Die Verordnung Nr. 1.620/1948 der Regierung über die Errichtung des Öffentlichen Kontrollregisters). In: 1948. év hatályos jogszabályai. Budapest, 1949. S. 532.

220 4.870/1948. Korm. számú rendelet... (Die Verordnung Nr. 4.870/1948 der Regierung...). In: 1948. év hatályos jogszabályai, a.a.O. S. 533.

des Vermögens und die Rentabilität der einzelnen Unternehmungen Auskunft geben. ²²¹

Somit entstanden zwei verschiedene Organe der Staatskontrolle: der Oberste Staatliche Rechnungshof kontrollierte die Verwaltungsorgane und die Zentrale der Staatskontrolle die Unternehmungen. Um diese Parallelität zu beseitigen, löste der Ministerrat Ende 1949 den Obersten Staatlichen Rechnungshof auf und übertrug seine Aufgabe auf die Zentrale der Staatskontrolle. ²²²

Die Zentrale der Staatskontrolle sollte bei den Ministerien und Unternehmungen jährlich einmal eine allgemeine Kontrolle abhalten und prüfen, wie diese Organe die Beschlüsse der obersten Lenkungsorgane durchführten und wie weit sie sich bei ihren Arbeiten von der Planmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit leiten ließen. ²²³

Diesen Anforderungen war aber die Zentrale der Staatskontrolle nicht gewachsen. Außerdem war die Trennung zwischen Lenkungs- und Kontrollfunktionen (die Lenkung wurde durch die Industriedirektionen und die Kontrolle durch die Zentrale der Staatskontrolle ausgeübt) mit dem anerkannten Grundsatz, daß die Kontrolle mit der Lenkung untrennbar verbunden sein soll, nicht vereinbar. Um die Einheitlichkeit der Leitungsfunktionen herzustellen, hat man 1952 die Lenkungsorgane mit Kontrollrecht ausgestattet. ²²⁴

²²¹ 7.410/1948. Korm. számú rendelet az állami és állami érdekeltségű vállalatok ellenőrzése tárgyában. (Die Verordnung Nr. 7.410/1948 der Regierung über die Kontrolle der staatlichen und staatsbeteiligten Unternehmungen). In: 1948. év hatályos jogszabályai, a.a.O. S. 533ff.

²²² A Magyar Népköztársaság Minisztertanácsának 393/1949 (251) számú minisztertanácsi határozata az állami központi ellenőrzés szervezetének és rendszerének kialakításáról. (Der Ministerratsbeschuß Nr. 393/1949 des Ministerrates der Ungarischen Volksrepublik über die Gestaltung des Organs und des Systems der zentralen Staatskontrolle). In: MK. vom 3.12.1949. Nr. 251. S. 1.

²²³ Ebda. S. 2.

²²⁴ Vgl. Kiss, Endre: A vállalati belső, a.a.O. 3. 369.

Von nun an sollte die staatliche Kontrolle, die seit Ende 1955 durch das (anstelle der Zentrale der Staatskontrolle errichtete) Ministerium für Staatskontrolle ausgeübt wurde, die hierarchische Kontrolle der Lenkungsorgane ergänzen und nur eingesetzt werden, wenn es das Interesse der Volkswirtschaft verlangte.²²⁵ Das Ministerium für Staatskontrolle war aber nicht der ausschließliche Kontrollapparat des Ministerrates; es war auch dem Parlament und dem Präsidialrat untergeordnet.²²⁶

Das Ministerium für Staatskontrolle nahm bald eine Sonderstellung ein, da es über direktes Anweisungsrecht verfügte und damit praktisch die Funktion eines kleinen Ministerrates ausübte.²²⁷ Damit gehörte es zu den unpopulärsten Einrichtungen des Landes und es wurde ihm bei seiner Tätigkeit von Seiten der kontrollierten Organisationen jede Hilfe verweigert.²²⁸ Nach der Oktoberrevolution von 1956 wurde das Ministerium für Staatskontrolle aufgelöst²²⁹ und ein Jahr später die sog. Volkskontrolle eingeführt.²³⁰

-
- 225 A Népköztársaság Elnöki Tanácsának 1955. évi 27. számú törvényerejű rendelete az Állami Ellenőrzés Minisztériumának felállításáról. (Die Verordnung mit Gesetzeskraft Nr. 27. des Jahres 1955 des Präsidialrates der Volksrepublik über die Errichtung des Ministeriums für Staatskontrolle). In: MK. vom 16.8.1955. Nr. 87. S. 358.
- 226 Vgl. Török, L.: Törvény az állami, a.a.O. S. 234.
- 227 Siehe: A Népköztársaság Elnöki Tanácsának 1955. évi 28. számú törvényerejű rendelete az Állami Ellenőrzés Minisztériumának hatásköréről. (Die Verordnung mit Gesetzeskraft Nr. 28. des Jahres 1955 des Präsidialrates der Volksrepublik über die Befugnisse des Ministeriums für Staatskontrolle). In: MK. vom 16.8.1955. Nr. 87. S. 559.
- 228 Huszár, István: A népi ellenőrzésről. (Über die Volkskontrolle). In: TSz. 1958. Nr. 3. S. 48.
- 229 A Népköztársaság Elnöki Tanácsának 1956. évi 33. számú törvényerejű rendelete egyes minisztériumok összevonásáról és megszüntetéséről. (Die Verordnung mit Gesetzeskraft Nr. 33. des Jahres 1956 des Präsidialrates der Volksrepublik über die Zusammenlegung und Auflösung einzelner Ministerien). In: MK. vom 19.12.1956. Nr. 106. S. 613.
- 230 1957. évi VII. törvény a népi ellenőrzésről. (Das Gesetz Nr. VII. des Jahres 1957 über die Volkskontrolle). In: MK. vom 30.12.1957. Nr. 137. S. 927ff.

In der Begründung des Gesetzes über die Volkskontrolle wurde darauf hingewiesen, daß die Aufgabe der Volkskontrolle ebenso vielseitig sei, wie das Leben selbst, da die Kontrolle sich beinahe auf alle Erscheinungen des staatlichen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens erstreckt. Sie solle die Durchführung von Verordnungen und Anweisungen prüfen und feststellen, wie die Bevölkerung auf die politischen und wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Regierung reagiert um dadurch die Richtigkeit der Beschlüsse kontrollieren zu können. ²³¹

Das oberste Organ der Volkskontrolle ist das "Zentralkomitee der Volkskontrolle", das direkt dem Ministerrat untergeordnet ist. Die Komitees der Volkskontrolle" (230 im Lande) werden von den zuständigen Organen der Regierung gewählt. ²³² Sie üben ihre Tätigkeit unabhängig von der Staatsverwaltung aus, können aber keine Anweisungen geben. Um die Sachlichkeit der Kontrolle zu sichern, sollen von Fall zu Fall Spezialisten als "Volkskontrolleure" der Arbeit herangezogen werden. ²³³ Mit der Einführung der Volkskontrolle wurden die sonstigen Kontrolltätigkeiten nicht berührt. ²³⁴

2. Die hierarchische Kontrolle der Lenkungsorgane

Die hierarchische Kontrolle wurde im Jahre 1952 in der Hoffnung eingeführt, daß sie das Problem der Unternehmenskontrolle lösen würde. Die Revisionen ²³⁵ bei den Unternehmen sollten von nun an durch die zuständigen Lenkungsorgane durchgeführt werden. Im Mittelpunkt der hierarchischen

²³¹ Vgl. Huszár, I.: A népi ellenőrzésről, a.a.O. S. 48.

²³² Varró, Tibor: Hogyan fog működni a népi ellenőrzés szervezete. (Wie wird die Organisation der Volkskontrolle funktionieren?). In: PêSz. 1958. Nr. 2. S. 45.

²³³ 1957. évi VII. törvény, a.a.O. S. 927.

²³⁴ Ebda.

²³⁵ Die Revision wird in der ungarischen Literatur als eine Form der Kontrolle betrachtet.

Kontrolle stand anfangs die Ordnungsmäßigkeit der Rechnungsführung und die Belegs- und Finanzdisziplin.²³⁶ An die Kontrolle der Wirtschaftlichkeit wurde vorerst nicht gedacht.

Die hierarchische Kontrolle wurde 1955 durch ein Gesetz neu geregelt.²³⁷ Dieses Gesetz verlangte von den Revisoren der Lenkungsorgane eine allgemeine dokumentarische Kontrolle, die jährlich durchgeführt und auf die Gesamttätigkeit der Unternehmungen erstrecken mußte. Die Lenkungsorgane konnten aber diese Kontrolle wegen Mangel an Fachkräften nicht durchführen. Allein die gesetzlich vorgeschriebene Bilanzkontrolle, die nach Einführung der Gewinnbeteiligung jährlich unbedingt durchgeführt werden mußte, nimmt ein Drittel der Revisoren der Ministerien voll in Anspruch.²³⁸ So kam es vor, daß bei wichtigen Unternehmungen jahrelang keine allgemeine Kontrolle der Lenkungsorgane stattfinden konnte.²³⁹

Gleichzeitig wurden die Unternehmungen von einer Reihe staatlicher Funktionalorgane, die keine direkten Lenkungsorgane waren (also nicht zur Lenkungshierarchie gehörten, wie z.B. das Zentrale Planungsamt, das Preisamt, das Statistische Zentralamt, die Banken, die Gewerkschaften, das

²³⁶ Tolnai, Károly: Az irányítószervi ellenőrzés aktuális szervezési kérdései. (Die aktuellen organisatorischen Fragen der Kontrolle der Lenkungsorgane). In: PêSz. 1963. Nr. 3. S. 101.

²³⁷ A Népköztársaság Elnöki Tanácsának 1955. évi 29. számú törvényerejű rendelete az állami szervek és szövetkezetek gazdálkodásának évi rendszeres ellenőrzéséről és a bankellenőrzésről. (Die Verordnung mit Gesetzeskraft Nr. 29. des Jahres 1955 des Präsidialrates der Volksrepublik über die jährliche regelmäßige Kontrolle der Wirtschaftstätigkeit der Staatsorgane und der Gesellschaften und über die Bankkontrolle). In: MK. vom 14.9.1955. Nr.99. S.667ff.

²³⁸ Zsednai, Pál: A gazdasági ellenőrzés korszerűsítése az iparirányítás továbbfejlesztésének egyik tényezője. (Die Modernisierung der Wirtschaftskontrolle als ein Faktor der Weiterentwicklung der Industrielenkung). In: PêSz. 1963. Nr. 3. S. 107.

²³⁹ Kiss, Andre: A vállalati belső, a.a.O. S. 369.

Zentrale Steueramt usw.), unregelmäßig und unplanmäßig kontrolliert.²⁴⁰ Ihre Kontrolltätigkeit erfolgte oft kampagnemäßig (im Zusammenhang mit bestimmten politischen Parolen) und wurden aufeinander nicht abgestimmt. Auf diese Weise konnte nicht vermieden werden, daß manche Fragen von mehreren Organen geprüft wurden, während man andere nicht weniger wichtige Fragen vollkommen vernachlässigte.²⁴¹

Diese Unkoordiniertheit der Kontrolltätigkeiten führte nicht nur zu einem Übermaß von Prüfungen und Kontrollen, sie hat auch die Produktionstätigkeit der Unternehmungen stark beeinträchtigt.

Eine allgemeine dokumentarische Kontrolle kann für die Wirtschaftslenkung nur wenig Hilfe leisten. Die Praxis der Lenkungsorgane bedarf nicht nur der Ergebnisse der Bilanzkontrolle, sondern auch der einer gründlichen betriebs- und volkswirtschaftlichen Analyse und Vorschläge von den Kontrollorganen für die Verbesserung der Organisationsformen und Leitungsmethoden. Es versteht von sich selbst, daß diese unterschiedlichen Aufgaben auch unterschiedliche Fachkenntnisse und Prüfungsmethoden verlangen.²⁴² Um diesen Mangel, der durch anachronistische Gesetzesbestimmungen verursacht wurde, zu beseitigen, führten die Lenkungsorgane die innerbetriebliche Kontrolle wieder ein.²⁴³

²⁴⁰ Fekete Györ, László - Fogaras, István: Az irányító szervek ellenőrzési kérdései. (Die Fragen der Kontrolle der Lenkungsorgane). In: PésZ. 1961. Nr. 7. S. 241.

²⁴¹ Vgl. Fekete Györ, László: Az ellenőrzési szervek munkájának összehangolásáról. (Über die Koordinierung der Arbeit der Kontrollorgane). In: PésZ. 1963. Nr. 2. S. 43.

²⁴² Vgl. A Közgazdasági Társaság pénzügyi szakosztálya vitája az irányítószervek ellenőrzési munkájáról. (Die Diskussion der Finanzabteilung der Volkswirtschaftlichen Gesellschaft über die Kontrolltätigkeit der Lenkungsorgane). In: PésZ. 1961. Nr. 8. S. 284.

²⁴³ Vgl. Kiss, Endre: A vállalati belső, a.a.O. S. 369.

3. Die interne Kontrolle der Unternehmungen

Die interne Kontrolle der Unternehmungen wurde vor und nach dem Kriege durch eigene Kontrollabteilungen und -gruppen durchgeführt. Ihre Aufgaben wurden 1951 durch eine Verordnung des Ministerrates neu geregelt.²⁴⁴ Nach dieser Verordnung sollten die internen Kontrollorgane (als Hilfsorgane der Betriebsleitung) die Durchführung der Pläne, Verordnungen und Anweisungen kontrollieren. Sie durften aber keine Anweisungen geben.²⁴⁵ Die internen Kontrollorgane wurden aber bald durch einen Beschluß des damaligen Volkswirtschaftsrates aufgelöst und ihre Funktionen auf die später eingeführte hierarchische Kontrolle der Lenkungsorgane übertragen.²⁴⁶

Die Erfahrungen der darauf folgenden Jahre haben bewiesen, daß die Lenkungsorgane nicht in der Lage waren, die Aufgaben der internen Kontrolle der Unternehmungen zu erfüllen. Um die Unternehmensleitung die notwendigen Informationen über ihre eigenen Betriebe zu erhalten, wurde 1958 die interne Kontrolle durch Anweisungen der einzelnen Industrieministerien wieder eingeführt.²⁴⁷ Seitdem haben sich drei Formen der internen Kontrolle bei den Unternehmungen herausgebildet:

²⁴⁴ A Magyar Népköztársaság Minisztertanácsának 75/1951. (III. 17.) M.T. számú rendelete a belső ellenőrzésről. (Die Verordnung Nr. 75/1951 des Ministerrates der Ungarischen Volksrepublik über die interne Kontrolle). In: MK. vom 17.3.1951. Nr. 47. S. 187ff.

²⁴⁵ Ebda. S. 188.

²⁴⁶ Nagy, Gábor: Függetlenített belső revizorok a Kohó- és Gépipari Minisztérium vállalatainál. (Selbständige Innenrevisoren bei den Unternehmungen des Ministeriums für Hütten- und Maschinenwesen). In: PéSz. 1958. Nr. 12. S. 553.

²⁴⁷ Vgl. Budinszky, Andor: A belső ellenőrzés időszerű kérdése. (Die aktuellen Fragen der internen Kontrolle). In: PéSz. 1963. Nr. 5-6. S. 208.

a) Die Kontrolle, die mit der Leitungstätigkeit verbunden ist. Dazu gehören die Kontrollaufgaben des Unternehmensdirektors, des Chefindingenieurs und des Hauptbuchhalters, weiterhin die der Leiter der Funktionalorgane (Stäbe) der Unternehmung und die der Leiter der Betriebe und Werkstätten. Ihre Kontrollaufgaben werden durch die Satzung und die Geschäftsordnung der Unternehmung bestimmt. Die leitenden Mitarbeiter führen die Kontrolle entweder persönlich durch oder sie verlangen von den Leitern der Funktionalorgane Berichterstattung. Um die kontinuierliche Produktion zu sichern, müssen auch die Abteilungsleiter (für die Beschaffung, Produktion, technische Entwicklung, Investition usw.) ständig Kontrollen durchführen. Hierher gehört auch die Kontrolle der Planung und des Arbeits-, Finanz- und Rechnungswesens.²⁴⁸

b) Die Kontrolle durch die Organe der Innenrevision. Die Revisoren werden gewöhnlich vom Unternehmensdirektor ernannt und ihm direkt unterstellt. Die Zahl der Revisoren variiert entsprechend der Größe der Unternehmung. Zu den Aufgaben der Revisoren gehören: die Kontrolle der Durchführung von Verordnungen und Anweisungen; die Prüfung der Plan- und Belegdisziplin; die Ermittlung von Faktoren, die die Rentabilität der Unternehmung beeinträchtigen; und der Schutz des "gesellschaftlichen" Vermögens. Im Interesse der Beseitigung des aufgedeckten Mangels kann die Innenrevision für die zu treffenden Maßnahmen der Unternehmensleitung Vorschläge machen.²⁴⁹ Bei größeren Unternehmungen wird die Revisionsabteilung (wenn sie nicht direkt vom Direktor geleitet werden kann) dem Wirtschaftsdirektor oder dem Hauptbuchhalter untergeordnet.²⁵⁰

c) Sonstige Kontrolltätigkeiten. Hierher gehören die spezielle technische und wirtschaftliche Kontrolle, die im

²⁴⁸ Budinszky, Andor: A belső ellenőrzés, a.a.O. S. 208.

²⁴⁹ A Közgazdasági Társaság pénzügyi, a.a.O. S. 283.

²⁵⁰ Vgl. Budinszky, A.: A belső ellenőrzés, a.a.O. S. 209.

Aufträge des Unternehmensdirektors durchgeführt werden, und die sog. "gesellschaftliche Kontrolle". Die Befugnisse der "gesellschaftlichen Kontrolleure" erstrecken sich auf die folgenden Fragen: Organisation der Produktion, Materialersparnis, Arbeits- und Lohndisziplin, Arbeitsverhältnisse, Versorgung mit Arbeitskleidung usw.²⁵¹ Für die technische Kontrolle wurde eine spezielle Organisation, die sog. Technische Kontrollabteilung (MEO), errichtet.

Dritter Teil: Reformbestrebungen und Perspektiven der möglichen Entwicklung.

§ 10 Die Errichtung von Großunternehmen

Die im Jahre 1956 ins Leben gerufenen Sachverständigen-Komitees²⁵² erhielten die Aufgabe, die Prinzipien einer zukünftigen Wirtschaftspolitik auszuarbeiten und der Regierung Vorschläge zu machen.²⁵³ Die meisten Vorschläge gruppierten sich um zwei Hauptfragen: erstens um die Frage der Möglichkeit einer wirtschaftlicheren Gestaltung der Produktion und zweitens um die Frage der Wirtschaftslenkung.

1. Das Problem der optimalen Gestaltung der Produktion

Die ungarische Industrieproduktion war zwischen den Weltkriegen stark zersplittert. Größere Konzerne gab es nur in den Eisen-, Maschinen- und Elektroindustrien. Sie wurden nach dem Kriege zerschlagen. Aber selbst die neugegründeten Betriebe hatten im Durchschnitt nur 500 Beschäftigte, eine Belegschaftszahl also, die den Konzentrationsbedürfnissen der modernen Produktionsverfahren nicht mehr entspricht.

²⁵¹ Budinszky, A.: A belső ellenőrzés, a.a.O. S. 210.

²⁵² für Industrie, industrielle Organisation, Landwirtschaft, Binnenhandel, Außenhandel, Verkehrswesen, Arbeitswesen, Preispolitik, Materialwirtschaft, Finanzwesen, Ökonomie.

²⁵³ Siehe: Varga, István: A Közgazdasági Szakértő Bizottság elgondolásai. (Die Vorstellungen des Ökonomischen Sachverständigen-Komitees). In: KSz. 1957. Nr. 10. S. 999.

Der Zersplitterungsprozess schritt nach dem zweiten Weltkrieg noch weiter fort. So betrug die Zahl der Produktionsstätte im Jahre 1962 noch rund 6700, von denen 4000 weniger als 20 Arbeiter beschäftigten. ²⁵⁴

Die organisatorischen Maßnahmen erfolgten in den fünfziger Jahren nach dem sog. Produktions-Territorialprinzip, d.h., daß jede Betriebseinheit als selbständige Unternehmung betrachtet wurde. Es vollzog sich sogar eine scharfe Trennung auch zwischen Produktions- und Handelsunternehmungen.

Die rasche technische Entwicklung hat aber immer dringender eine Konzentration der Produktionsfaktoren verlangt. Trotzdem geschah auf diesem Gebiet vorerst nichts. Selbst nach 1956 wurden nur zögernd und nur versuchsweise einige Unternehmungen, die die gleiche Produkte herstellten, oder mit ähnlichen Produktionsverfahren arbeiteten, zusammengelegt. Die prozentuale Verteilung der Industrieunternehmungen (nach der Zahl der Beschäftigten) zeigt die folgende Tabelle:

Zahl der Beschäftigten	1951	1954	1956	1961	
1 - 100	50,1	33,4	28,6	15,4	
101 - 1000	41,6	58,2	62,1	67,7	
über 1001	8,3	8,4	9,3	16,7	
	100,0	100,0	100,0	100,0	

Die Zahl der staatlichen Industrieunternehmungen betrug 1951: 1450, 1953: 1574, 1956: 1434, 1961: 1309. Die Zahl der Produktionsstätte je Unternehmung hat sich im Durchschnitt von 4,54 im Jahre 1956 auf 4,94 im Jahre 1961 (also nur unwesentlich) vergrößert. ²⁵⁵

²⁵⁴ Nyers, Rezső: Kongresszusi irányelvek - gazdasági, pénzügyi feladatok. (Richtlinien des Kongresses - wirtschaftliche und finanzielle Aufgaben. In: PésZ. 1962. Nr. 10. S. 365.

²⁵⁵ Gadó, Ottó: Az iparvállalatok összevonása és a vállalati önálló elszámolás. (Die Zusammenlegung der Industrieunternehmungen und die selbständige unternehmerische Rechnungsführung. In: KSz. 1963. Nr. 2. S. 157.

Durch die Zusammenlegung hat sich ein Teil der zwischenbetrieblichen Beziehungen in innerbetriebliche verwandelt. Die vertikale Zusammenfassung der Unternehmungen ermöglichte es, daß die Engpässe in den einzelnen Betrieben beseitigt, die Produktion rationeller organisiert und spezialisiert werden konnten. Durch horizontale Zusammenfassung konnte man die Produktion - im Interesse einer optimalen Serienproduktion - spezialisieren. Im Falle der Zusammenlegung moderner und zurückgebliebener Unternehmungen konnte sich der Modernisierungsprozess wesentlich beschleunigt werden.

Die ersten Erfahrungen des Experimentes haben die Richtigkeit der Berechnungen, die mit Hilfe von Wirtschaftsmodellen durchgeführt wurden, bewiesen. Durch bessere Organisation der Produktion innerhalb der Großunternehmung konnten - ohne zusätzliche Investition - die Produktivität erhöht und die Selbstkosten gesenkt werden.²⁵⁶ Daraufhin hat man sich für Zusammenlegungen im größeren Umfange entschlossen. So wurden im Bereich der fünf Industrieministerien im Jahre 1963 516 Unternehmungen zusammengelegt und an ihre Stellen 131 Großunternehmungen errichtet.²⁵⁷

Die Präambel der Regierungsverordnung über die Zusammenlegung weist darauf hin, daß die Entwicklung der Volkswirtschaft eine Konzentration und rationelle Ausnutzung der Produktionsmittel notwendig macht.²⁵⁸ Um eine optimale Ge-

²⁵⁶ Vgl. Népszabadság vom 20.12.1962. S. 3. und vom 8.12.1962. S. 6.

²⁵⁷ Fock, Jenő: A gazdasági építés tapasztalatai a népi Magyarországon. (Die Erfahrungen des Wirtschaftsaufbaus in Volksungarn). In: Népszabadság vom 29.3.1964. S. 3. und Nyárádi, Ferenc: Iparvállalatok az átszervezés után. (Industrieunternehmen nach der Umorganisation). In: Figyelő vom 22.1.1964. S.3.

²⁵⁸ A Magyar Forradalmi Munkás-Paraszt Kormány 2/1963 (I.29.) számú rendelete az állami iparvállalatok és iparirányító szervek egyes szervezeti kérdéseiről. (Die Verordnung Nr. 2/1963 der Ungarischen Revolutionären Arbeiter- und Bauernregierung über einzelne organisatorischen Fragen der staatlichen Industrieunternehmen und industriellen Lenkungsorganen). In: MK. vom 29.1.1963. Nr. 5. S. 26.

staltung der Produktion zu ermöglichen, verlangten die Lenkungsorgane, daß vor der Zusammenlegung Wirtschaftlichkeitsrechnungen über die Entwicklungsperspektiven der neuen Großunternehmungen durchgeführt werden müssen.²⁵⁹

Durch die Zusammenlegungen entstanden Großunternehmungen, die die gesamte Herstellung einzelner Produkte oder Produktgruppen bei sich konzentriert und damit eine Monopolstellung auf diesem Gebiet errungen haben. Solche Monopolstellungen haben ihre Vor- und Nachteile. Die Vorteile bestehen darin, daß die Unternehmungen die Nachfrage nach ihren Erzeugnissen (die Nachfrage der Bevölkerung, der Investoren und die des Exportes) übersehen können. Gleichzeitig sollte durch wirtschaftspolitische Maßnahmen verhindert werden, daß diese Monopolstellung auf Kosten der Konsumenten ausgenutzt wird.

Eine Konzentration der Produktion bietet zahlreiche Möglichkeiten zur Verbesserung der Struktur der Industrie, zu besserer Ausnutzung der Produktionskapazitäten, Steigerung der Produktivität, Senkung der Selbstkosten, konzentrierter Verwendung der vorhandenen Investitionsmittel, Konzentrierung der Forschung, der Ein- und Verkauf, und nicht zuletzt zu Vereinfachung und Verbesserung des Lenkungsmechanismus.

2. Das Streben nach einer rationellen Industrielenkung

Ungarische Nationalökonomien nehmen an, daß die Verbesserung der Industrielenkung eine Schlüsselfrage des weiteren Fortschrittes darstellt, da die bisherigen Methoden der Wirtschaftslenkung weit hinter der technischen Entwicklung zurückgeblieben sind.²⁶⁰ Den Rückstand will man durch Anwen-

²⁵⁹ Dániel, Tamás: Az iparirányítás átszervezésével kapcsolatos első tapasztalatok. (Die ersten Erfahrungen bei der Umgestaltung der Industrielenkung). In: KSz. 1963. Nr. 6. S. 639.

²⁶⁰ A szocializmus teljes felépítésének programja. (Das Programm des vollständigen Aufbaus des Sozialismus). In: KSz. 1963. Nr. 1. S. 4.

derung wissenschaftlicher Methoden und vor allem durch die Anwendung der Kybernetik und elektronischen Rechenmaschinen aufholen. ²⁶¹

Um eine direkte und wirkungsvolle Lenkung zu ermöglichen, hat man mit der Zusammenfassung der Unternehmungen nicht nur die Konzentration der Produktionskräfte zum Ziel gesetzt, sondern auch die Verringerung der Stufen der Lenkungshierarchie.

Während die technische Durchführung der Zusammenlegung der Unternehmungen hauptsächlich politisch-soziologische Probleme aufwarf (in erster Linie die Frage, wie man die unfähigen Parteifunktionäre aus den Leitungspositionen zurückdrängen kann), bedurfte die Verbesserung der Leitungsmethoden die Auseinandersetzung mit ideologischen Fragen, da sich die Ideologie nicht immer ignorieren ließ. Es wurde auf eine in Vergessenheit geratene These von Karl Marx zurückgegriffen, wonach nur die "aktive" Umgebung und nicht die Ideologie das Bewußtsein der Menschen bestimmen kann. Infolgedessen könnten hauptsächlich nur die unmittelbaren materiellen Interessen (wie z.B. ein höheres Lebensniveau, bessere Versorgung usw.) zu höherer Leistung anspornen.

Für die Wirtschaftslenkung müßten die Fachkenntnisse, die freie Meinungsäußerung, die Betriebsdemokratie, gerechte Entlohnung usw. maßgebend sein. ²⁶² Viele von diesen Forderungen sind bisher nur ungenügend erfüllt worden.

Zuerst wurde mit der Verbesserung der Fachkenntnisse bei den Leitungsorganisationen angefangen. Anlässlich der Zusammenlegungen wurden die wichtigsten Stellen nach Möglichkeit durch Sachverständige besetzt. Dadurch blieben viele Abteilungsleiter ohne Abteilung und mußten sich mit untergeordneten Aufgaben begnügen. ²⁶³ Dieser Selektions-

²⁶¹ Vgl. Tudományos ülészak a Közgazdasági Egyetemen. (Wissenschaftliche Tagung an der Ökonomischen Universität). In: Figyelő vom 4.12.1963. S. 3.

²⁶² A szocializmus teljes felépítésének, a.a.O. S. 3.

²⁶³ Népszabadság vom 8.12.1962. S. 6.

prozess soll nun von unten nach oben auf allen Stufen der Lenkungshierarchie durchgeführt werden.

Parallel mit der Zusammenlegung sollten die Mittelinstanzen der Lenkungshierarchie beseitigt und die sog. einstufige Lenkung (Ministerium - Unternehmung) verwirklicht werden. Die Regierungsverordnung über die Zusammenfassung der Unternehmungen löste die Wirtschaftsvereine auf und leitete die Auflösung der Industriedirektionen ein.²⁶⁴ Ein Teil der Aufgaben der aufgelösten Industriedirektionen wurde hinfällig; die übriggebliebenen Aufgaben nahmen die neugegründeten Großunternehmungen bzw. Trusts wahr.²⁶⁵

Die Trusts wurden dort errichtet, wo die Voraussetzungen zur Gründung von Großunternehmungen nicht vorhanden waren. Nach einer Übergangszeit sollen sie aufgelöst und an ihre Stelle Großunternehmungen errichtet werden.

Die Großunternehmungen und Trusts übernahmen alle sog. behördlichen Aufgaben, außer die die "im Interesse einer einheitlicher Lenkung der Volkswirtschaft" den Ministerien vorbehalten werden sollten.²⁶⁶ Gemäß § 3 (2) der Regierungsverordnung über die Zusammenfassung der Unternehmungen durften die Ministerien die folgenden Aufgaben nicht delegieren:

1. Die Bestimmung des Produktionsbereiches und der Planaufgaben;
2. Die Genehmigung der Investitionsprogramme, die in Kompetenzbereich des Ministers gehören;
3. Die Aufgaben, die mit der "sozialistischen" internationalen Arbeitsteilung zusammenhängen;
4. Preisbehördliche Rechte;
5. Festlegung der Methoden der Rechnungsführung;
6. Die Kontrolle der Wirtschaftstätigkeit;

²⁶⁴ Die Verordnung Nr. 2/1963 der Regierung, a.a.O. S. 26.

²⁶⁵ Ebda.

²⁶⁶ Beér, János: Az iparátszervezés jogász szemmel. (Juristische Betrachtung der Umorganisierung der Industrie). In: Figyelő vom 11.9.1963. S. 3.

7. Bilanzkontrolle; und

8. Die Bestimmung des Systems der materiellen Interressiertheit bei den Unternehmungen und Trusts. ²⁶⁷

Eine der wichtigsten behördlichen Aufgaben, die von den Unternehmungen wahrgenommen wurde, ist die sog. Fachaufsicht. ²⁶⁸ Der eigentliche Inhalt und Charakter der Fachaufsicht wurde bisher weder von der Rechtslehre noch der Rechtssprechung befriedigend geklärt.

Nach der Delegierung der Fachaufsichtskompetenzen an die Unternehmungen kann die Grenze zwischen Produktions- und Lenkungsorgane nicht mehr eindeutig gezogen werden, da die Unternehmungen auch Verwaltungs- und Lenkungsfunktionen ausüben. ²⁶⁹

Nach der Auflösung der Industriedirektionen haben die Industrieministerien die unmittelbare Lenkung der Unternehmungen übernommen. Um diese neuen Aufgaben erfüllen zu können, müssen organisatorische Änderungen bei ihnen durchgeführt werden. Es etzt sich immer mehr die Gedanke einer funktionalen Aufgabenteilung durch, wonach die einzelnen Funktionalorgane der Ministerien (Hauptabteilungen für die Planung, Produktion, Investition, technische Entwicklung, Verwaltung, Personalfragen usw.) die entsprechenden Organe (Abteilungen) der Unternehmungen unmittelbar lenken sollten. Dadurch hofft man die Reibungen, die durch ungeklärte Kompetenzverhältnisse entstehen, in der Zukunft vermeiden zu können. ²⁷⁰

Diese organisatorischen Maßnahmen könnten zu einer starken Zentralisation der Industrielenkung führen, wenn die rechtliche Stellung und die Funktionen der Großunternehmungen ungenügend geklärt bleiben. Es steht außer Zweifel,

²⁶⁷ Die Verordnung Nr. 2/1963 der Regierung, a.a.O. S. 26.

²⁶⁸ Ihre Aufgabe ist die Ausarbeitung einheitlicher Vorschriften für die Herstellung und Kontrolle bestimmter Produkte.

²⁶⁹ Beér, J.: Az iparátszervezés, a.a.O. S. 3.

²⁷⁰ Dániel, T.: Az iparirányítás, a.a.O. S. 639f.

daß allein die Existenz von Großunternehmen eine Garantie für größere unternehmerische Selbständigkeit bietet. Die Leiter dieser Unternehmen verfügen über bessere Informationen, die es ihnen die Beurteilung der Produktions- und Verkaufsmöglichkeiten erleichtern. Dadurch wird ihre Entscheidungskompetenz erweitert und ihr Gewicht, besonders den zentralen Lenkungsorganen gegenüber, wesentlich erhöht. Dieser Status kann zwar einer de facto Selbständigkeit nicht gleichgesetzt werden, ²⁷¹ er kann jedoch in vieler Hinsicht den Unternehmen mehr Gewicht verleihen, als manche formaljuristische Selbständigkeit. ²⁷²

Durch die Errichtung der Großunternehmen ist eine Änderung der früheren Lenkungsverfahren notwendig geworden. Viele Verordnungen über Handel, Kredit- und Arbeitswesen sowie über die Kontrolle müssen überprüft und geändert werden. Allein auf dem Gebiet der Leichtindustrie wurden etwa 900 Rechtsnormen hinfällig. Selbst die Verordnungen über Planung, Produktion und materielle Interessiertheit mußten neu formuliert werden. ²⁷³

Bei der Zusammenlegung wurde keine bestimmte Organisationsform für die Unternehmen vorgeschrieben. Die einzelnen Branchen konnten sich für diejenige Organisationsform selbständig entscheiden, die für ihre Verhältnisse am besten geeignet erschien. Meistens wurden die Prinzipien der funktionalen- und Stabsorganisationen angewandt. ²⁷⁴

Die Umgestaltung der Leitung bei den Ministerien und Unternehmen hat die Notwendigkeit einer neuen Synthese

²⁷¹ Die Unternehmen sind nach wie vor "selbständige" juristische Personen.

²⁷² Fáth, János: Über die ersten Erfahrungen mit der Umgestaltung der Industrielenkung. In: KSz.1963. Nr.7.S.857.

²⁷³ Vgl. Egylépcsős irányítás a könnyűiparban. (Einstufige Lenkung in der Leichtindustrie). In: Figyelő vom 9.10. 1963. S. 5.

²⁷⁴ Nyárádi, F.: Iparvállalatok, a.a.O. S. 3.

zwischen der Einzelleitung und persönlicher Verantwortung (Produktions-territoriales Prinzip) einerseits und der funktionalen Leitung andererseits, deutlich zum Ausdruck gebracht. Eine scharfe Trennung zwischen diesen beiden Prinzipien konnten bisher nur in den Lehrbüchern, aber nicht in der Praxis durchgeführt werden. ²⁷⁵

Eine Synthese zwischen diesen beiden Prinzipien soll den Direktor und den Chefingenieur dadurch entlasten, daß man die Zahl der ihnen untergeordneten Leiter verringert. Die Verwirklichung dieses Zieles erfordert weitere Trennungen und Zusammenlegungen in den Leitungsorganisationen. Gleichzeitig müssen auch die vertikalen Beziehungen zwischen den Funktionalorganen der Unternehmungen - im Interesse eines höheren Leitungsniveaus - wesentlich verstärkt werden. ²⁷⁶

Die Regierungsverordnung über die Zusammenfassung der Unternehmungen schreibt vor, daß neben dem Generaldirektor (des Großunternehmens, bzw. Trusts) ein ratgebendes Organ, der sog. Direktorialrat gebildet werden muß. Der Direktorialrat sollte aus Sachverständigen der Unternehmung, aus den Vertretern der Partei- und Gewerkschaftsorganisationen sowie aus den Vertretern von Organisationen, die mit der Unternehmung engere Beziehungen haben (z.B. Außenhandelsunternehmungen, Forschungsinstitute usw.) gebildet werden. ²⁷⁷ Die Entscheidungsbefugnisse des Generaldirektors werden aber damit nicht beeinträchtigt.

Trotz dieser "kollektiven Leitungsform" ist die Stellung des Generaldirektors wesentlich gestärkt worden. Seine Kompetenzen können von politischen (Partei- Gewerkschafts- usw.) Organisationen nicht mehr beeinträchtigt werden. Weder sie noch die Betriebsräte verfügen über eigene Dachorganisationen in der Zentrale der Großunternehmungen und Trusts, da sie weiterhin nach dem Territorialprinzip organisiert sind.

²⁷⁵ Fáth, J.: Über die ersten Erfahrungen, a.a.O. S. 858.

²⁷⁶ Ebda.

²⁷⁷ Die Verordnung Nr. 2/1963 der Regierung, a.a.O. S. 27.

Die Neufassung des gemeinsamen Beschlusses der Regierung und der Gewerkschaften von 1963 ²⁷⁸ verbietet ausdrücklich die Gründung von Betriebsräte bei den mittleren Lenkungsorgane (Trusts) sowie bei den Zentralen der GroßUnternehmungen. Die von den politischen Instanzen eingesetzten Betriebsräte bleiben also weiterhin (ohne eigene Dachorganisationen) unter der Vormundschaft der Gewerkschaften. Damit bleibt jedes Wort über Betriebsdemokratie nur Lippenbekenntnis.

§ 11 Der Gärungsprozess

Wie wir oben gesehen haben, sind die Experimente mit den verschiedenen Organisationsformen und Leitungsmethoden nicht aus ideologischen, sondern hauptsächlich aus bestimmten wirtschaftspolitischen Überlegungen durchgeführt worden. Die katastrophalen wirtschaftlichen und sozialen Folgen dieser Wirtschaftspolitik wurden durch die Revolution von 1956 zum Tage gefördert. Die Kurzsichtigkeit und Unhaltbarkeit dieser Wirtschaftspolitik wird von Tag zu Tag immer deutlicher. Besonders zwei Komponente treten dabei in Erscheinung:

1. Die Auswirkungen des technischen Fortschrittes auf die industriellen Organisationsformen und Leitungsmethoden. wie wir bereits oben gesehen haben, ²⁷⁹ zwingt die technische Entwicklung zur Anwendung von Organisationsformen, die nicht mit Hilfe von Plandaten gesteuert werden können. Die bisherigen Lenkungenfunktionen der Plandaten müssen deshalb durch ein modernes Kommunikationssystem ersetzt werden. Die Notwendigkeit eines solchen Kommunikationssystems wird auch von vielen russischen Nationalökonomern anerkannt; ²⁸⁰ man schreckt jedoch von den möglichen Konsequenzen zurück.

²⁷⁸ Der Beschluß Nr. 1.011/1963, a.a.O. S. 233ff.

²⁷⁹ Siehe § 10.

²⁸⁰ Obsuždenija, a.a.O. S. 76ff.

Die Modernisierung des Informationsflusses ist aber kein spezielles östliches Problem. Im Zeitalter der Automation kann die Markttransparenz nur durch ein Kommunikationssystem gesichert werden, welches dem Stand des technischen Fortschrittes entspricht. ²⁸¹

2. Neue Perspektiven in der Nationalökonomie. Die Nationalökonomie als Wissenschaft war nach der Besetzung des Landes verbannt. Es durfte keine selbständige ökonomische Zeitschrift im Lande erscheinen. Jahrelang erschien nur die "Sowjet-Magyar Közgazdasági Szemle" (Sowjetisch-Ungarische Volkswirtschaftsrundschau), die die Ergebnisse der "fortschrittlichsten Sowjetwirtschaft" glorifizierte. Von 1954 an durfte endlich die "Közgazdasági Szemle" (Volkswirtschaftliche Rundschau) als Organ des Volkswirtschaftlichen Institutes der Ungarischen Akademie der Wissenschaften erscheinen. Die "Közgazdasági Szemle" wurde bald zu dem wichtigsten Sprachrohr der verschiedenen theoretischen Auffassungen. Sie erreichte bald ein sehr hohes Niveau. Im Mittelpunkt der meisten theoretischen Untersuchungen standen die Planungs- und Preissysteme.

Die fähigsten Nationalökonomten versuchten die Richtigkeit ihrer theoretischen Vorstellungen durch Anwendung der mathematischen Ökonomie exakt zu beweisen. Sie haben die Methoden der Operationenforschung und die ökonomische Kybernetik angewandt. Die ersten konkreten Ergebnisse dieser Experimente waren so überzeugend, daß seitdem von einer qualifizierten Opposition gegen die Anwendung mathematischer Methoden in der Volkswirtschaft keine Rede mehr sein kann.

Durch die Anwendung der mathematischen Programmierungsverfahren und der ökonomischen Kybernetik verfügen die Nationalökonomten über Instrumente, mit deren Hilfe die Volkswirtschaft optimal gestaltet werden kann, vorausgesetzt, daß ein freier Informationsfluß gesichert ist. Das ist jedoch nicht der Fall. Den politischen Machthabern scheint sehr

²⁸¹ Buckingham, Walter: Automation. Its Impact in Business and People. New York, 1961. S. 6.

darán zu legen, daß den ungarischen Nationalökonomén wichtige Informationen über die ungarische Volkswirtschaft vor-
 enthalten bleiben. Ohne diese Informationen können die Wahr-
 heit und Klarheit in der Volkswirtschaftsbilanz nicht ge-
 sichert werden. Die notwendigen technischen Voraussetzungen
 zur Verarbeitung von Informationen (Elektronenrechner) sind
 schon seit einigen Jahren vorhanden.

Die mathematischen Programmierungsverfahren wurden
 zuerst auf Betriebs- und Industriezweig-Ebene mit Erfolg
 angewandt. Die aus ideologischen Motiven stark beeinflussten
 wirtschaftspolitischen Entscheidungen hatten die Anwendung
 dieses Verfahrens auf volkswirtschaftliche Ebene bisher ver-
 hindert. Da das mathematische Programmierungsverfahren und
 die ökonomische Kybernetik weder einer Ideologie hörig sind
 noch einer Ideologie widersprechen, sind sie für die Macht-
 haber sehr unangenehm. Die Nationalökonomén sind nun in der
 Lage, den hinter der ideologischen Fassade verborgenen ein-
 seitigen wirtschaftlichen Interessen exakte Zahlen gegen-
 überzustellen.

Durch die Anwendung der mathematischen Programmierungs-
 verfahren und der ökonomischen Kybernetik wurde also eine
 Sprache gefunden, die keine politisch-ideologische Grenze
 kennt. Damit eröffnen sich neue Perspektiven für die wissen-
 schaftliche Zusammenarbeit im Interesse einer ideologie-
 freien Nationalökonomie. Schon die Ökonometriker-Konferenz
 über die "Activity Analysis", die im Sommer 1963 in Cam-
 bridge stattfand, zeigte deutlich, daß die gleiche oder
 ähnliche Probleme sowohl in der westlichen Marktwirtschaft
 als auch in der östlichen Staatswirtschaft die gleiche oder
 ähnliche Lösung (unabhängig von den angewandten Verfahren)
 verlangen. 282

282 Vgl. Kornai, János: Matematikai közgazdászok konferen-
 ciája Cambridgeben. (Ökonometriker-Konferenz in Cam-
 bridge). In: Figyelő, 1963, 18. September, S. 6.

§ 12 Die "Modell"-Diskussionen

Wie aus unseren bisherigen Darstellungen deutlich hervorgeht, war Ungarn nach dem zweiten Weltkrieg gezwungen, die russischen Organisationsformen und Leitungsmethoden zu übernehmen. Die zentral vorgeschriebenen und detaillierten Plananweisungen sollten die maximale Ausbeutung der Produktionsfaktoren sichern. Aus diesem Grunde mußten die quantitativen Pläne mit Gesetzeskraft versehen und unbedingt erfüllt werden. Diese Raubwirtschaft führte in den Jahren 1953/1954 unvermeidlich zur allgemeinen Wirtschaftskrise. Von nun an sollte man neben den Mengenplan auch den Kostenplan bei der Produktion berücksichtigen, also die gleichen Quantitäten möglichst billig herstellen.

Eine weitere Kostensenkung war aber nicht mehr möglich. Für Neuinvestitionen stand kein Mittel zur Verfügung; selbst die notwendigsten Reparaturen konnten nicht durchgeführt werden. Die Rohstoffpreise stiegen - infolge willkürlicher Preiserhöhungen und Qualitätsverschlechterungen durch die russischen Lieferanten - ständig. Die Arbeitslöhne standen schon weit unter dem Existenzminimum und die Versorgung der Bevölkerung konnte nicht weiter reduziert werden.

Nach der Oktoberrevolution von 1956 wurden die Löhne und Gehälter mit 20-22 Prozent angehoben, die diktatorischen und Terrormaßnahmen bei der Lenkung und Verwaltung gemildert und die Normtreiberei in den Betrieben vorübergehend nachgelassen. Diese kleinen Zugeständnisse an die Bevölkerung sollte jedoch durch erhöhte Produktion wettgemacht werden.

Die notwendig gewordene Mehrproduktion sollte vor allem durch organisatorische Maßnahmen aufgebracht werden. Es wurden deshalb "Wirtschaftskomitees" gegründet, die prüfen sollten, wie die Produktion erhöht werden könnte. Wegen der heterogenen Zusammensetzung dieser Komitees (neben National-Ökonomen und Techniker gehörten auch Planungsbürokraten und Parteifunktionäre den Komitees an) konnte man sich auf ge-

meinsame Gutachten nicht einigen. Einige Nationalökonomien forderten eine vollkommene Abkehr von der früheren Lenkungspraxis und die Einführung des Marktmechanismus.²⁸³ Diese Forderung alarmierte die gesamte Planungsbürokratie, die sich für die Verteidigung der "sozialistischen Errungenschaften" zur Wehr setzte.²⁸⁴ So geschah, von einigen kleineren Reformen abgesehen, vorerst nichts.

Die fähigsten Nationalökonomien - nachdem sie sich mit ihren Vorschlägen nicht durchsetzen konnten - haben sich der Analyse von Wirtschaftsmodellen zugewandt, um die Richtigkeit ihrer Vorstellungen mit exakten wissenschaftlichen Methoden zu beweisen. Gleichzeitig entfaltete sich die sog. Modelldiskussion mit dem Ziel, die herrschenden Verhältnisse zu ändern. Es wurden vor allem die Dezentralisierung der Leitungsfunktionen, mehr Eigeninitiative, die Sicherung der Waren- und Geldbeziehungen und die Ersetzung der Plananweisungen durch planmäßige Beeinflussung der Wirtschaftstätigkeiten gefordert.²⁸⁵

Trotz heftiger Auseinandersetzung ist es bisher noch nicht gelungen, zu einer einheitlichen Deutung des Inhaltes und der Rolle der Modellkategorie in der wissenschaftlichen Erkenntnis zu gelangen. Im allgemeinen wird angenommen, daß die Modellbildung eine mittelbare Untersuchungsmethode der verschiedenen Phänomene darstellt und ermöglicht bestimmte Folgerungen zu ziehen, ohne die eigentlichen Phänomene prüfen zu müssen. Die Voraussetzung ist dafür, daß eine Analogie zwischen Modell und Objekt besteht.

²⁸³ Vgl. Liska, T.: Kritika és koncepció, a.a.O. S. 1058.

²⁸⁴ Vgl. Csikós-Nagy, Béla: Kritikai megjegyzések a világpiacon árbázisú árrendszerhez. (Kritische Bemerkungen zu dem Weltmarktpreissystem). In: KSz. 1963.Nr.9.S. 1077ff.

²⁸⁵ Vgl. Csikós-Nagy, Béla: A szocialista gazdaság "két modell" elmélete. (Die "Zwei-Modell"-Theorie der sozialistischen Wirtschaft). In: KSz. 1964. Nr. 9. S. 1097.

Die Anwendung der Modelle bei den Wirtschaftswissenschaften wird in der Regel mit der Anwendung mathematischer Methoden gleichgesetzt. Die sog. logisch-mathematischen Modelle können aber die quantitativen (und die damit oft untrennbar verbundenen qualitativen) Zusammenhänge der Wirklichkeit nur in vereinfachter Form darstellen. Die Brauchbarkeit solcher Modelle hängt davon ab, ob der wissenschaftliche Abstraktionsgrad den wirklichen Zusammenhängen entspricht. 286

Diesen Anforderungen kann aber weder das Zentralisierungsmodell (das System der zentralen Anweisungen) noch das Marktmodell genügen. 287 Eine Wahl zwischen diesen beiden Modellen ist deshalb eine falsche Alternative, selbst auf der Ebene der abstrakten Theorie. Beide Modelle bilden in sich - formal-logisch - eine vollkommene Harmonie. Diese "Harmonie" wird im ersten Fall durch die allseitigen zentralen Anweisungen gesichert, im zweiten Fall durch den, innerhalb eines organisierten Marktes wirkenden, Marktmechanismus, der auf der Hypothese beruht, daß sich die Vektoren der Einzelinteressen notwendigerweise in gesellschaftlichen Interessen vereinigen. 288

Die Aufgabe des Modells ist aber nicht die "theoretische" Beseitigung der objektiven Widersprüche, sondern deren wissenschaftliche Darstellung. "Es klingt vielleicht paradox, doch es drückt einen wirklichen Widerspruch aus, wenn wir sagen: je komplizierter eine Wirtschaft ist, umso notwendiger die zentrale Lenkung und gleichzeitig umso weniger möglich ist, über alles durch zentrale Anweisungen zu entscheiden." 289

286 Vgl. Ripp, Géza: A szocialista gazdasági rendszer modelljeiről. (Über die Modelle des sozialistischen Wirtschaftssystems). In: KSz. 1964. Nr. 7-8. S. 914.

287 Ebda. S. 917.

288 Ebda.

289 Ebda. S. 918.

Die wachsende Bedeutung der Waren- und Geldbeziehungen brauchten ebensowenig zur Annahme des Marktmechanismus zu führen, wie die wachsende zentrale Lenkung zur Annahme des zentralisierten Modells. Die Folgerung aus der wissenschaftlichen Analyse des Wirtschaftssystems könne nur sein: *tertium datur*.²⁹⁰ Dieser Auffassung von Géza Ripp konnten nur einige ideologischen Phrasen entgegengehalten werden;²⁹¹ eine nennenswerte sachliche Kritik blieb bisher aus.

§ 13 Die Anwendung mathematischer Methoden bei der Wirtschaftsleitung

Anlässlich der sog. Modelldiskussionen konnte nur im allgemeinen über Vor- und Nachteile der einzelnen Wirtschaftsmodelle gestritten werden, da für eine exakte Überprüfung der verschiedenen Argumente weder geeignete Methoden noch zuverlässige Instrumente zur Verfügung standen. Um diese Schwierigkeit zu überwinden, wandte man sich der Mathematik zu in der Hoffnung, daß durch die Übersetzung der wissenschaftlichen Begriffe in die strenge Sprache der Mathematik die einzelnen Vorstellungen präzisiert und die wissenschaftlichen Disziplinen verbessert werden könnten. Es bildete sich eine kleine begeisterte Gruppe aus Nationalökonomern und Mathematikern, die von der Anwendung mathematischer Methoden bei der Wirtschaftsleitung revolutionäre Änderungen erwartete.

Diese kleine Gruppe hatte mit Elan und Phantasie innerhalb von wenigen Jahren eine enorme Leistung hervorgebracht. Sie mußte sich nicht nur gegen althergebrachte konservativen Vorstellungen durchsetzen, sondern auch gegen Vorstellungen, hinter denen wirkliche oder vermeintliche Interessen verborgen waren. Viele Hindernisse konnten bis heute noch nicht beseitigt werden; es wurde aber erreicht, daß die Notwen-

²⁹⁰ Ripp, Géza: A szocialista gazdasági, a.a.O. S. 918.

²⁹¹ Csikós-Nagy: A szocialista gazdaság, a.a.O. S. 1095.

digkeit der Anwendung mathematischer Methoden bei der Wirtschaftsleitung nicht mehr in Zweifel gezogen wird. Es wurde erkannt, daß die Mittel der verbalen Logik zu einer wissenschaftlichen Analyse der vielseitigen Zusammenhänge der Volkswirtschaft nicht ausreicht.

Es wird nicht ohne Berechtigung darauf hingewiesen, daß die verbale Darstellung eines Problems und seiner Lösung zu vielen Mißverständnissen Anlaß geben kann. Vor allem die bestehenden Unklarheiten über den Inhalt der verschiedenen Begriffe können die Ursache solcher Mißverständnisse sein. Von der Anwendung mathematischer Methoden wird eine vollständige, exakte und vor allem unmißverständliche Formulierung einer Problemstellung und die Möglichkeit ihrer mechanischen (tautologischen) Umformung für Zwecke der wirtschaftlichen Analyse erwartet. ²⁹²

Die Anwendung mathematischer Symbole bedeutet einen Einbruch der naturwissenschaftlich-technischen Denkweise in die bisher im wesentlichen von der Ideologie beherrschten Praxis der Wirtschaftslenkung. Das wesentliche ist dabei nicht etwa die Anwendung spezieller mathematischer oder mathematisch-statistischen Techniken, sondern die Anwendung experimenteller Methoden der angewandten Wissenschaften schlechthin. ²⁹³

Die ersten, mit mathematischen Methoden erzielten Ergebnisse trugen dazu bei, daß die Mathematik bald bei der Lösung der wichtigsten Leitungsaufgaben der ungarischen Industrie im größeren Umfange zur Anwendung kam. Den größten Erfolg erwartete man vor allem von der Verbesserung der Plan-techniken, da auf diesem Gebiet die meisten Willkür und

²⁹² Vgl. Böhm, Hans-Hermann: Operationenforschung. Moderne Vorbereitung unternehmerischer Entscheidungen. Berlin, 1961. S. 38. (Schriftenreihe Wirtschaft und Technik. Bd. 2.)

²⁹³ Ebda, S. 16.

Spontaneität (von Seiten der Lenkungsorgane) herrschte. Hier wurde also das Experiment angesetzt.²⁹⁴

Zuerst sollte aber die Frage geklärt werden, ob durch die Anwendung neuer Methoden die bisherige Planungspraxis abgelöst wird, oder vorübergehend eine Art von Kompromiß zwischen den alten und neuen Methoden zustande kommen kann. Für die erste Lösung spricht die Tatsache, daß die innere Logik und Technik der heute bekannten mathematischen Programmierungsverfahren wesentlich von den bisherigen Planungsmethoden abweicht. Ja sie widersprechen sogar der heutigen Planungspraxis.

Da einer grundsätzlichen Änderung die Machthaber nicht zustimmen konnten, waren die Wissenschaftler gezwungen, neue Methode zu finden, durch die die alte Planungspraxis verbessert werden konnte. Dabei traten zwei Probleme in den Vordergrund: die Verbesserung des Bilanzsystems durch Aufstellung von Verflechtungsbilanzen und die Berechnung des ökonomischen Effektes wirtschaftspolitischer Entscheidungen (Ermittlung optimaler Planvarianten).

1. Die Anwendung der Verflechtungsbilanzen (Input-Output-Analyse)

Die Verflechtungsbilanzen sind in den letzten Jahren unentbehrliche Hilfsmittel bei der Ausarbeitung von Jahres- und Perspektivplänen geworden.²⁹⁵ Ihre wichtigsten Anwendungsbereiche sind: eine tiefere Untersuchung der Wechselbeziehungen der Wirtschaftszweige; die Sicherung des volks-

294 Vgl. A matematikai modellek a szocialista közgazdasági irodalomban és alkalmazásuk a tervezésben. (Die Mathematischen Modelle in der sozialistischen Wirtschaftsliteratur und ihre Anwendung bei der Wirtschaftsplanung). In: Statisztikai Szemle (Statistische Rundschau). 1964. Nr. 7. S. 767.

295 Seit 1959 stehen für jedes Jahr Verflechtungsbilanzen, in Form von Bericht- und Planbilanzen, der praktischen Anwendung zur Verfügung. Siehe: Figyelő vom 22.4.1964.S.4.

wirtschaftlichen Gleichgewichtes; die Ermittlung optimaler Planvarianten usw. Es werden regelmäßig zwei Bilanzen parallel zueinander aufgestellt: die eigentlichen Verflechtungsbilanzen, die vom Statistischen Zentralamt nach Sachgebieten ausgearbeitet werden und die verwaltungsmäßig (nach Ministerien, Industriedirektionen, Trusts, Unternehmungen usw.) gegliederten Planbilanzen des Zentralen Planungsamtes. ²⁹⁶

Die Verwendungsmöglichkeiten solcher Bilanzen sind vielfältig. Sie ermöglichen die Zusammenstellung statistischer Daten sowohl nach dem Aufkommen (Einsatz) als auch nach der Verwendung (Ausstoß) und damit erleichtern sie die gegenseitige Kontrolle. An Hand der Verflechtungsbilanzen (als mathematische Modelle) können technische Koeffizienten berechnet und eine Matrix aufgestellt werden. Durch Invertierung der Matrix kann die notwendige Gesamtproduktion der einzelnen Wirtschaftszweige ermittelt werden, wenn der Endverbrauch (Konsumtion + Investition + Export + Lagerbestände) bekannt ist. Es kann aber auch umgekehrt den möglichen Endverbrauch aus der Gesamtproduktion berechnet werden. ²⁹⁷ Die Invers-Matrix gibt nämlich die gesamten (unmittelbaren und mittelbaren) volkswirtschaftlichen Zusammenhänge der Wirtschaftszweige wieder. ²⁹⁸

Außerdem werden die Verflechtungsbilanzen bei der Ermittlung optimaler Planvarianten und bei Preisregelungen angewandt. Die bisherigen Erfahrungen werden positiv beurteilt.

²⁹⁶ Ajtai, Miklós: Felszólalás a statisztikai tudományos konferencia megnyitó ülésén. (Bericht auf der Eröffnungssitzung der statistischen wissenschaftlichen Konferenz). In: StSz. 1961. Nr. 8-9. S. 818.

²⁹⁷ Vgl. Cukor, György: Ungarische Erfahrungen mit Verflechtungsbilanzen. In: Wirtschaftswissenschaft. 1961. Nr. 9. S. 1372.

²⁹⁸ Román, Zoltán: Az ágazati kapcsolati mérlegek felhasználása gazdaságossági számításokhoz. (Die Verwendung der Verflechtungsbilanzen zur Wirtschaftlichkeitsrechnungen). In: StSz. 1961. Nr. 8-9. S. 837.

Mit ihrer Hilfe konnten nicht nur die traditionellen Planungsarbeiten verbessert, sondern auch Aufgaben gelöst werden, die bisher als unlösbar galten (z.B. die genaue Ermittlung der technologischen Koeffizienten, des Importgehaltes der Produkte, des Mittelaufwandes usw.). 299

2. Das Problem der optimalen Programmierung

Die mathematischen Programmierungsmethoden gehören - im Grunde genommen - zum Bereich der Wirtschaftlichkeitsrechnungen. Der Unterschied besteht darin, daß während sich bei den "gewöhnlichen" Wirtschaftlichkeitsrechnungen um eine Wahl zwischen den, im voraus bestimmten Alternativen handelt, kann die Programmierung durch Anwendung mathematischer Algorithmen zu neuen und besseren (optimalen) Alternativen führen. 300

Die Methoden der optimalen Programmierung wurden zuerst bei der Lösung betriebswirtschaftlicher Probleme angewandt. Von ihrer Anwendung auf volkswirtschaftliche Probleme wird aber wesentlich größerer Nutzen erwartet. 301 Die hierfür notwendigen Erfahrungen liegen zwar noch nicht vor. Die bisherigen Experimente lassen jedoch erkennen, daß die Aneignung und Anwendung dieser Methoden einen gewaltigen technischen Umschwung gleichkommen kann. 302

299 Rácz, Albert: Az ágazati kapcsolatok 1961. évi mérlege. (Die Verflechtungsbilanzen des Jahres 1961). In: StSz. 1961. Nr. 6. S. 571.

300 Román, Zoltán: Gazdasági döntések - gazdaságossági számítások. (Wirtschaftliche Entscheidungen - Wirtschaftlichkeitsrechnungen). In: KSz. 1964. Nr. 12. S. 1399.

301 Diekmann ist der Meinung, daß mit Hilfe der Linearplanung sich prinzipiell die gesamtwirtschaftlichen Knappheiten durch Preise ausdrücken lassen und daß gleichzeitig unter den möglichen Produktionsmethoden die optimalen ausgewählt werden können. Siehe: Diekmann, Klaus: Wirtschaftsrechnung, Investitionen und Wachstum in einer Zentralverwaltungswirtschaft. Berlin, 1960. S. 96. (Wirtschaftswissenschaftliche Veröffentlichungen des Osteuropa-Institutes an der Freien Universität Berlin. Bd. 11.)

302 Führende Mitglieder der Akademie der Wissenschaften der UdSSR behaupten, daß man durch Anwendung mathematischer

Die Programmierungstätigkeit selbst soll mit der Bestimmung des "Endzieles" (in mathematischer Ausdrucksweise: der "Zielfunktion") beginnen. Da zwischen den verschiedenen Wirtschaftsentscheidungen eine Hierarchie besteht, müssen bei der Bestimmung des "Endzieles" auch die entfernten Ziele berücksichtigt werden. Somit gehört die Festsetzung des "Endzieles" zu den schwersten und verantwortungsvollsten Aufgaben. Es wird sogar vermutet, daß eine einzige Zielfunktion nur zu unbefriedigenden, wenn nicht zu unbrauchbaren Ergebnissen führen kann. Für die Bestimmung des Optimums ist deshalb erforderlich, ein ganzes System von Zielfunktionen in Betracht zu ziehen.

Das "Endziel" jeder Wirtschaftstätigkeit wird in der maximalen Befriedigung der Bedürfnisse gesehen, die durch eine rationelle Ausnutzung des zur Verfügung stehenden Wirtschaftspotenzials zu erreichen ist.³⁰³ Es versteht sich von selbst, daß die Koeffizienten dieser Zielfunktion nicht durch ein einziges Optimalitätskriterium bestimmt werden können. Um das Gesamtoptimum zu bestimmen, müssen hier die verschiedenen Kriterien (ein Maximum an Sozialprodukt, maximale Rentabilitätsrate, maximale Arbeitsproduktivität, minimale Selbstkosten usw. usf.) zu einer einzelnen Zielfunktion gekoppelt werden.

Die konkreten wirtschaftspolitischen Ziele werden gegenwärtig durch die Volkswirtschaftspläne bestimmt. Die für die Durchführung der Pläne verantwortlichen Organe (z.B. die Unternehmungen) können nur mit gegebenen Preisen, Löhnen,

Methoden - ohne zusätzlichen Arbeitsaufwand - das Entwicklungstempo der sowjetischen Industrie mindestens verdoppeln könnte. Siehe: Dorodnizin, A. - Olejnik, J.: Magistral progressa. Kibernetiku v narodnoe hozjajstvo. (Die Magistrale des Fortschritts. Kybernetik in der Volkswirtschaft). In: Izvestija sovetov deputatov trudjaščiksja SSSR. (Mitteilung der Ratdelegierten der Werktätigen der UdSSR) vom 15.5.1963. S. 3.

³⁰³ Román, Z.: Gazdasági döntések, a.a.O. S. 1400.

Investitionsnormen usw., kurz: mit gegebenen wirtschaftspolitischen Parametern rechnen und mit deren Hilfe das betriebswirtschaftliche Optimum ermitteln. Ein volkswirtschaftliches Optimum könnte auf diesem Wege nur erzielt werden, wenn man die wirtschaftspolitischen Parameter ³⁰⁴ durch Programmierung ermitteln könnte. Das ist bisher noch nicht der Fall. Bei der Ermittlung solcher Parameter und besonders bei der Festsetzung der Zielfunktion herrscht noch viel Willkür.

Die eigentlichen Ziele werden oft durch die Besatzungsmacht, ohne Rücksicht auf die realen Möglichkeiten, direkt oder indirekt diktiert. Um die Programmierungsaufgaben durchführen zu können, möchten die ungarischen Nationalökonomten gerne wissen, in welchem Maße das Land Entscheidungsfreiheit über die Gestaltung des Fünfjahresplanes und der Perspektivplänen hat. ³⁰⁵

Das Wesen der volkswirtschaftlichen Planung besteht nämlich darin, daß man das "Endziel" konkretisiert und den zu ihm führenden besten Weg durch Programmierung aussucht. Die Anwendung der Programmierung bei der Planaufstellung ist aber ein ungelöstes Problem. Die Berechnungen können nur in der Phase der Durchführung angesetzt werden, wenn die Entscheidungen über die wichtigsten Fragen bereits gefällt worden sind. Außerdem behalten die Lenkungsorgane noch mehr Kompetenzen für sich, als sie durchzuführen in der Lage wären. Da nur wenig dem Mechanismus und Routineentscheidungen überlassen wird, muß über viele Einzelheiten durch konkrete Analysen und Berechnungen entschieden werden. Infolgedessen sind die zentralen Planungsapparate mit Aufgaben belastet, die von untergeordneten Organen besser durchgeführt werden könnten. Somit besteht das wichtigste Problem

³⁰⁴ Die wirtschaftspolitischen Parameter könnten das Prinzip des Ausgleichs der Grenznutzen beinhalten. Dieses Prinzip wird verwirklicht, wenn die einzelnen Güter auf ihre verschiedenen Verwendungen so verteilt werden, daß die Nutzen der insgesamt verfügbaren wirtschaftlichen Güter maximiert werden. Siehe: Hensel, K. Paul: Einführung, a.a.O. S. 12.

³⁰⁵ Román, Z.: Gazdasági döntések, a.a.O. S. 1410.

darin, wie die Entscheidungen der verschiedenen Instanzen optimal koordiniert werden könnten. ³⁰⁶

Da zwischen den tatsächlichen und den, aus ideologisch-propagandistischen Gründen verkündeten wirtschaftspolitischen Zielen eine Diskrepanz besteht, sind die Nationalökonomten außerstande, das volkswirtschaftliche Optimum zu ermitteln.

Für die Ermittlung der optimalen Planvariante ist es unbedingt notwendig, daß man Wahlmöglichkeit zwischen verschiedenen Alternativen hat und über genügenden Informationen verfügt. Die notwendigen Informationen sind aber - wegen der Geheimtuerie und der veralteten statistischen Ermittlungsverfahren - gegenwärtig noch nicht verfügbar. ³⁰⁷ Die ersten Experimente mußten deshalb auf Industriezweig-bene durchgeführt werden, wo genügend Spezialisten für die Aufstellung der ökonomischen Modelle und für die Benutzung elektronischer Rechenmaschinen zur Verfügung standen.

So wurde zuerst ein optimales Produktionsprogramm für die Baumwollindustrie mit den durch den Volkswirtschaftsplan vorgeschriebenen Parametern ermittelt. Es stellte sich heraus, daß bei dem Investitionsplan mindestens 15 Prozent Ersparung erreichbar ist und unter den gegebenen Verhältnissen eine Modernisierung der Produktionsanlagen rentabler wäre, als der Aufbau neuer Betriebe. Die bestehenden hohen Zinssätze lassen die Initiative "einfrieren" und verhindern damit den technischen Fortschritt. Somit haben die elektronischen Rechenmaschinen auch in wirtschaftspolitischen Fragen ihre "Stellung bezogen". ³⁰⁸

³⁰⁶ Román, Z.: Gazdasági döntések, a.a.O. S. 1410.

³⁰⁷ Vgl. Simon, György: Kvantifikációs módszerek szerepe az optimális gazdasági döntésekben. (Die Rolle der quantitativen Methoden bei den optimalen Wirtschaftsentscheidungen). In: KSz. 1964. Nr. 6. S. 723.

³⁰⁸ Vgl. Magyar, Fál: Munkában az elektronikus számológép. (Die elektronische Rechenmaschine ist bei Arbeit). In: Népszabadság vom 9.10.1962. S. 9.

Im Laufe des Experimentes wurden die "unveränderlichen" wirtschaftspolitischen Parameter als veränderlich betrachtet. So stellte sich heraus, daß eine Erhöhung der Löhne die Einführung des technischen Fortschrittes begünstigen würde, da bei höheren Löhnen die Automatisierung wirtschaftlicher wird. 309

Der größte Vorteil der Programmierung, genauer: der mit veränderten Voraussetzungen durchgeführten Programmierungsserien, besteht darin, daß sie die Konsequenzen der einzelnen wirtschaftspolitischen Entscheidungen aufzeigen. 310 Die oberste Wirtschaftsleitung muß diese Konsequenzen bei ihrer Entscheidungen berücksichtigen.

Auf diese Weise hofft man, die Zahl der aus nichtwirtschaftlichen Motiven zu treffenden wirtschaftspolitischen Entscheidungen reduzieren zu können. Die Ermittlung optimaler Planvarianten bedeuten eine Schmälerung der Entscheidungsbefugnisse der obersten Lenkung. Gleichzeitig wird der Spielraum für ideologisch-politische Eifer eingeengt und die Zahl wissenschaftlich begründeter Entscheidungen zunehmen.

Optimale Programmberechnungen werden heute schon auf allen Stufen der Lenkungshierarchie regelmäßig und mit Erfolg durchgeführt. Die dabei erzielten Ersparnisse lagen zwischen 10 und 35 Prozent. Die Koordinierung dieser Arbeiten - im Interesse eines volkswirtschaftlichen Gesamtoptimums - wurde aber bisher noch nicht erreicht.

309 Kornai, János: A műszaki fejlesztés és a beruházások gazdaságosságának számítása. (Die technische Entwicklung und die Berechnung der Wirtschaftlichkeit von Investitionen). In: KSz. 1960. Nr. 6. S. 680.

310 Kornai, János: Egy iparág optimális beruházási tervének meghatározása lineáris programozással. A pamutszövő iparágban végzett számítások tapasztalatai. (Die Bestimmung des optimalen Investitionsplanes einer Industriezweig mit Hilfe linearer Programmierung. Die Erfahrungen der in der Baumwollindustrie durchgeführten Berechnungen). In: KSz. 1961. Nr. 5. S. 579.

Bisher sind zwei Methoden für die makroökonomische Optimierung ausgearbeitet worden. Beide wurden auf der Ökonometriker-Konferenz im Sommer 1963 in Cambridge vorgetragen. Die Konferenzteilnehmer sahen sich zur Suche nach besseren Methoden durch die Erkenntnis veranlaßt, daß mit Hilfe der gegenwärtig zur Verfügung stehenden Methoden - wegen der Unvollkommenheit des Marktmechanismus und der östlichen Planungspraxis - ein volkswirtschaftliches Optimum nicht zu erreichen ist. ³¹¹

Eine Methode wurde von Malinvaud im Auftrage der französischen Regierung ausgearbeitet. Nach dem Vorschlag Malinvauds sollte das zentrale Planungsorgan vor allem durch die Bestimmung der Preise der Ressourcen Einfluß auf die Betriebe ausüben. Auf Grund dieser Preise könnten die Unternehmungen ihre Produktion, bzw. Produktionstechnik - entsprechend dem Prinzip der Gewinnmaximierung - optimal gestalten. Daraufhin würde die Zentrale mit Hilfe des sog. Dantzig-Wolfsche Dekompositionsverfahren durch ständige Änderung der Preise versuchen, das volkswirtschaftliche Optimum zu erreichen. ³¹²

Der zweite Vorschlag wurde von János Kornai und Tamás Lipták im Auftrage des Ungarischen Zentralen Planungsamtes ausgearbeitet. Ihre "Zwei-Stufen" - Planungsmethode soll hier kurz und vereinfacht dargestellt werden.

3. Die "Zwei-Stufen"- Planung ³¹³

a) Die ökonomischen Grundgedanken des Modells

Durch das Modell der "Zwei-Stufen"- Planung wird der gewöhnliche Verlauf der Planung imitiert. Das Zentrale Planungsamt arbeitet - auf Grund der wirtschaftspolitischen

³¹¹ Vgl. Nagy, András: Nemzetközi matematikai-közgazdasági konferenciák. (Internationale mathematisch-ökonomischen Konferenzen). In: KSz. 1963. Nr. 11. S. 1367.

³¹² Ebda.

³¹³ Die folgende Darstellung folgt weitgehend den Aufsatz "Kétszintű tervezés" von János Kornai. Siehe: KSz. 1962. Nr. 12. S. 1929ff. Die Verwirklichung dieses Vorschlages würde eine konsequente Weiterführung des bisherigen Experimentes bedeuten.

Ziele und der tatsächlichen Gegebenheiten - Planvorschläge aus, die globale Voranschläge und "Rahmenzahlen" für die Industriezweige beinhalten. Die Industriezweige sollten diese zentralen Voranschläge konkretisieren und auf Grund ausführlicher Berechnungen die vorgegebenen Rahmen "ausfüllen" und dem Zentralen Planungsamt Änderungen vorschlagen. Daraufhin ändert das Planungsamt seine Vorschläge. Dieser Prozess wird fortgesetzt, solange man nicht zu einem, von allen Seiten akzeptablen Ergebnis kommt. Durch Verbesserung des Informationsflusses kann die notwendige Zeit für diesen Prozess auf ein Minimum reduziert werden.

Die Industriezweige sollen ihre Vorschläge mit Wirtschaftlichkeitskennziffern, die nach zentralen Direktiven ausgearbeitet werden, begründen. Auch die bisherigen Ergebnisse der mathematischen Programmierung können für die Verbesserung der Voranschläge und Rahmenzahlen verwendet und damit die Volkswirtschaftspläne korrigiert werden.

Zum Ausgangspunkt dient ein konventioneller Volkswirtschaftsplan, dessen Voranschläge als Konstanten (wirtschaftspolitische Vorschriften genannt) ins Modell übernommen werden. (Die Richtigkeit dieser Konstanten könnten natürlich überprüft werden).

Es wird darauf hingewiesen, daß ein volkswirtschaftliches Optimum auf diese Weise nur annähernd ermittelt werden kann, da die Richtigkeit der verwendeten Daten zweifelhaft ist: die Größe der, aus dem ursprünglichen Plan als konstant übernommenen wirtschaftspolitischen Vorschriften ist oft unbestimmt. Außerdem werden von Anfang an vereinfachte Voraussetzungen gemacht, die das Endergebnis beeinflussen könnten.

Die optimalen Faktor- und Produktionskombinationen werden durch Berechnung der Grenzproduktivität ermittelt. Diese Berechnungen erfolgen aber nur auf Grund eines zentralen Volkswirtschaftsplanes.

b) Die Veränderlichen und die Bedingungen des Zentralprogrammes

Die Planung wird durch die Zentrale (in der Praxis: Regierung, Zentrales Planungsamt) gelenkt. Ein Teil der Planungsaufgaben werden durch die der Zentrale untergeordneten Sektoren durchgeführt. Es gibt n Sektoren, von denen jeder für eine bestimmte Produktgruppe (weiterhin Produkt genannt) verantwortlich ist.

Die Planperiode (des Perspektivplanes) besteht aus T Zeiteinheiten. Zwischen dem Zentralprogramm und den Sektorprogrammen bestehen bestimmte Zusammenhänge. Wir betrachten zuerst das Zentralprogramm. Die Zentrale gibt den Sektoren drei verschiedenen Vorschriften:

1. Die Zentrale stellt dem i -ten Sektor die Aufgabe, daß er in der Zeitperiode t bestimmte Produktmenge dem Inlandsverbrauch zuführen muß.³¹⁴ Diese "Versorgungsaufgabe" bezeichnen wir mit z_{it} , ($i=1, \dots, n$; $t=1, \dots, T$). Ob die gewünschte Produktmenge durch Inlandsproduktion oder durch Import aufgebracht wird, bleibt dem Sektorprogramm überlassen. Gleichfalls im Sektorprogramm wird vorgeschrieben, wieviel exportiert wird.

2. Die Zentrale stellt dem i -ten Sektor für die Zeit t eine bestimmte Menge von der j -ten Produkt (z.B. Elektrizität) zur Verfügung. Diesen "Materialrahmen" bezeichnen wir mit z_{jit} , ($i=1, \dots, n$; $j=1, \dots, n$; $t=1, \dots, T$). Der Materialrahmen beinhaltet sowohl die Inlandsproduktion als auch den Import von dem i -ten Material.

³¹⁴ Die Produktmenge wird in Geldeinheiten ausgedrückt, da die Produktion eines Sektors zu heterogen ist, um die Naturaleinheiten verwenden zu können. Durch starke Gliederung des Modells werden Sektoren entstehen, bei denen auch naturale Maßeinheiten (wie kWh Strom, paar Schuhe usw.) angewandt werden können.

3. Die Zentrale stellt dem i -ten Sektor für die Zeit t eine bestimmte Menge von Arbeitskräften zur Verfügung. Diese "Arbeitskräftezahl" bezeichnen wir mit w_{it} .³¹⁵

Diese drei zentralen Vorschriften (z_{it} , z_{jit} , und w_{it}) sind die Veränderlichen des Zentralprogramms; ihre Größe soll durch Berechnungen bestimmt werden. Dabei muß das Zentralprogramm die folgenden einschränkenden Bedingungen berücksichtigen:

$$(1) \quad z_{it} = \sum_{\substack{j=1 \\ j \neq i}}^n z_{jit} + Q_{it} \quad (i=1, \dots, n; t=1, \dots, T),$$

wobei Q_t den von dem i -ten Produkt in der Zeitperiode t notwendigen, externen Verbrauch darstellt und wird als konstant (wirtschaftspolitische Vorschrift) behandelt.

Das (1) Bedingungssystem stellt soviel Verflechtungsbilanzen mit n Sektoren dar, wie viele Zeitperioden wir haben.

Die nächste Bedingung:

$$(2) \quad \sum_{i=1}^n w_{it} = W_t \quad (t=1, \dots, T),$$

wobei W_t die Arbeitskräftezahl der Volkswirtschaft in der Zeitperiode t darstellt. Auch sie wird als konstant betrachtet. Die (2) Bedingung stellt die aus der Planungspraxis bekannte Arbeitskräftebilanz dar.

Da die Veränderlichen des Zentralprogrammes nicht negativ sein dürfen, müssen die folgenden Ungleichungen bestehen:

$$(3) \quad z_{it} \geq 0 \quad (i=1, \dots, n;$$

$$(4) \quad z_{jit} \geq 0 \quad j=1, \dots, n;$$

$$(5) \quad w_{it} \geq 0 \quad t=1, \dots, T).$$

Das Zentralprogramm ist zulässig, wenn die (1) - (5) Bedingungen erfüllt sind.

³¹⁵ In diesem dynamischen Volkswirtschaftsmodell wird der Arbeitskraft als der einzige Produktionsfaktor betrachtet, über den die Zentrale wirklich verfügen kann.

c) Die Veränderlichen und Bedingungen der Sektorenprogramme

Die Tätigkeiten (Veränderlichen) innerhalb des Modells des i -ten Sektors können nach ökonomischen Merkmalen in verschiedene Gruppen eingeteilt werden (z.B. Reproduktions-, Investitions-, Export- und Importtätigkeiten). Dementsprechend führen wir die folgenden Bezeichnungen ein:

x_{ikt} ($k=\text{repr.}, t=1, \dots, T$) ³¹⁶ für das Volumen der k -ten Reproduktionstätigkeit in der Zeitperiode t ;

x_{ik} ($k=\text{inv.}$) für das Volumen der k -ten Investitionstätigkeit;

x_{ikt} ($k=\text{exp.}, t=1, \dots, T$) für das Volumen des k -ten Exportes von dem i -ten Produkt in der Zeitperiode t .

x_{ikt} ($k=\text{imp.}, t=1, \dots, T$) für das Volumen des k -ten Importes von dem i -ten Produkt in der Zeitperiode t .

Die Sektorenmodelle sind lineare Programmierungsmodelle. Es müssen deshalb die aus ihrer Anwendung resultierenden Ungenauigkeiten in Kauf genommen werden.

Die Bedingungen der Sektorenprogramme können wir in zwei Kategorien (in allgemeine, d.h. vorgeschriebene und spezielle) einteilen. Die zentral vorgeschriebene Versorgungsaufgabe muß - ohne Überschreitung der vorgeschriebenen Materialrahmen und Arbeitskräftezahl - vom Sektor erfüllt werden. Betrachten wir das Problem etwas genauer.

$$(6) \quad \sum_{k=\text{repr, exp, imp.}} f_{ikt} x_{ikt} + \sum_{k=\text{inv}} f_{ikt} x_{ik} \geq z_{it} \quad (t=1, \dots, T),$$

wobei f_{ikt} die durch die k -ten Tätigkeit des i -ten Sektors in der Zeitperiode t fertiggestellte Produktmenge darstellt.

³¹⁶ Bei den Sektorveränderlichen wird auf den Charakter der Tätigkeit nur durch Abkürzungen hingewiesen, ohne die Zahl der Veränderlichen anzugeben.

Die Größe der Koeffizienten bei den verschiedenen Tätigkeiten sind:

bei den Reproduktionstätigkeiten $f_{ikt}=1$ ($k=\text{repr.}$,
 $t=1,\dots,T$);

bei den Investitionstätigkeiten $f_{ikt}\geq 0$, jedoch in einer Zeitperiode t muß $f_{ikt}=1$ sein. ($k=\text{inv}$, $t=1,\dots,T$);

bei den Exporttätigkeiten $f_{ikt} = -1$ ($k=\text{exp}$) und

bei den Importtätigkeiten $f_{ikt} = 1$ ($k=\text{imp}$).

Nun können wir die Bedingung (6) wie folgt formulieren: Die Inlandsproduktion (durch Ausnutzung der alten und erweiterten Kapazitäten) + Import - Export muß die inländische Versorgungsaufgabe erfüllen.

Die nächste zentral vorgeschriebene Bedingungs-Serie lautet:

$$(7) \quad \sum_{k=\text{repr,exp,imp}} g_{ijkt} x_{ikt} + \sum_{k=\text{inv}} g_{ijkt} x_{ik} \leq z_{ijt} \quad \begin{matrix} (j=1,\dots,i-1; \\ i=1,\dots,n; \\ t=1,\dots,T), \end{matrix}$$

wobei g_{ijkt} die Menge des j -ten Materials bezeichnet, die durch eine Einheit der k -ten Tätigkeit des i -ten Sektors in der Zeitperiode t benötigt wird. Die Größe der Materialkoeffizienten bei den verschiedenen Tätigkeitsgruppen sind:

$$g_{ijkt} \geq 0 \quad (k=\text{repr});$$

$$g_{ijkt} \geq 0 \quad (k=\text{inv.});$$

$$g_{ijkt} = 0 \quad (k=\text{exp,imp}).$$

Die letzte zentral vorgeschriebene Bedingung:

$$(8) \quad \sum_{k=\text{repr,exp,imp}} h_{ikt} x_{ikt} + \sum_{k=\text{inv}} h_{ikt} x_{ik} \leq w_{it} \quad (t=1,\dots,T),$$

wobei h_{ikt} die Arbeitskräftezahl bezeichnet, die durch eine Einheit der k -ten Tätigkeit des i -ten Sektors in der Zeitperiode t benötigt wird. Bei den verschiedenen Kategorien:

$$h_{ikt} > 0 \quad (k=\text{repr}); \quad 317$$

$$h_{ikt} \geq 0 \quad (k=\text{inv.});$$

$$h_{ikt} = 0 \quad (k=\text{exp, imp}).$$

Außer den zentral vorgeschriebenen Bedingungen müssen auch die speziellen Bedingungen der Sektoren berücksichtigt werden. Ihre Zahl ist m_i . Die speziellen Bedingungen können wir folgendermaßen darstellen:

$$(9) \quad \sum_{t=1}^T \sum_{k=\text{repr, exp, imp}} a_{ijkt} x_{ikt} + \sum_{k=\text{inv}} a_{ijk}^{\text{inv}} x_{ik} \leq b_{ij} \quad (j=1, \dots, m_i),$$

wobei b_{ij} die Einschränkung der j -ten speziellen Bedingung bezeichnet (z.B. begrenzte Kapazität, Bodenschätze, Export-Import). Sie ist nicht negativ: $b_{ij} \geq 0 \quad (j=1, \dots, m_i)$;

a_{ijkt} den Koeffizient der k -ten Nichtinvestitionstätigkeit in der j -ten speziellen Bedingung in der Zeitperiode t , und

a_{ijk}^{inv} den Koeffizient der k -ten Investitionstätigkeit in der j -ten speziellen Bedingung darstellt.

Die Veränderlichen der Sektorenprogramme dürfen nicht negativ sein:

$$(10) \quad x_{ikt} \geq 0 \quad (k=\text{repr, exp, imp}; \quad t=1, \dots, T),$$

$$x_{ik} \geq 0 \quad (k=\text{inv.}).$$

Die Programme der Sektoren sind zulässig, wenn sie die Bedingungen (6) - (10) erfüllen.

Durch die Bestimmung der Sektorenprogramme werden also die folgenden Entscheidungen gefällt: über die in der verschiedenen Perioden des Planes herzustellende Produktmenge; über die Art und Zeit der Investitionen und über das Volumen, die Zeit und die Richtung des Exportes und des Importes.

317 Positiv, da ohne Arbeitskraft keine Produktion möglich ist.

Somit beinhalten die Programme die komplexen Produktions-, Investitions-, (technische) Entwicklungs-, Export- und Importpläne der Sektoren.

d) Die Zielfunktion

Optimal ist das zulässige Programm, dessen Ertrag maximal ist.³¹⁸ Auf Sektorenebene, bei einem Zentralprogramm z_{it} , z_{ijt} , w_{it} ist diejenige Kombination der x_{ikt} (z_{it} , z_{ijt} , w_{it}), x_{ik} (z_{it} , z_{ijt} , w_{it}) von der x_{ikt} , x_{ik} Veränderlichen des i -ten Sektors optimal, bei denen der Gesamtertrag des Sektors den maximalen C_i (z_{it} , z_{ijt} , w_{it}) Wert annimmt.

$$(11) C_i(z_{it}, z_{ijt}, w_{it}) = \sum_{t=1}^T \sum_{k=\text{repr, exp, imp.}} c_{ikt} x_{ikt}$$

$$(z_{it}, z_{ijt}, w_{it}) + \sum_{k=\text{inv}} c_{ik} x_{ik}(z_{it}, z_{ijt}, w_{it}) =$$

$$= \max_{x_{ikt}, x_{ik}} \sum_{t=1}^T \sum_{k=\text{repr, exp, imp.}} c_{ikt} x_{ikt} + \sum_{k=\text{inv}} c_{ik} x_{ik},$$

wobei c_{ikt} den Ertrag der k -ten Nichtinvestitionstätigkeit und c_{ik} den Ertrag der k -ten Investitionstätigkeit in der Zeitperiode t bezeichnet.

Neben den Zielfunktionen der Sektoren muß auch die Zielfunktion der Volkswirtschaft bestimmt werden. Optimal ist das Zentralprogramm, bei dem der Gesamtwert der maximalen Zielfunktionen der Sektoren maximal ist. Anders ausgedrückt: optimal ist diejenige Kombination der zentralen Veränderlichen z_{it} , z_{ijt} , w_{it} , bei der der Gesamtwert der maximalen Zielfunktionen der Sektorenprogramme maximal ist:

³¹⁸ Auf eine Definition des "Ertrags"-Begriffes, also auf die Bestimmung des ökonomischen Inhaltes der Zielfunktion, müssen wir hier verzichten. Später kommen wir noch (unter § 13,4) auf diese Frage zurück.

$$\begin{aligned}
 (12) \quad & \sum_{i=1}^n C_i (z_{it}, z_{ijt}, w_{it}) = \\
 & = \max_{z_{it}, z_{ijt}, w_{it}} \sum_{i=1}^n C_i (z_{it}, z_{ijt}, w_{it}).
 \end{aligned}$$

e) Der Verlauf der Programmierung

Die Programmierung beginnt damit, daß die Zentrale die Versorgungsaufgabe, den Materialrahmen und die Arbeitskräftezah! den Sektoren vorschreibt. Im Rahmen dieser Vorschriften bestimmen die Sektoren ihre Optimalprogramme. Dies ist eine übliche Aufgabe der linearen Programmierung und kann mit den bekannten Methoden (z.B. Simplex-Verfahren) ³¹⁹ gelöst werden.

Wenn sich die zentralen Vorschriften als die zweckmäßigsten erweisen, dann ist die Programmierung schon beendet. Das ist aber sehr unwahrscheinlich. Um die Richtigkeit ihrer Vorschriften festzustellen, verlangt die Zentrale von den Sektoren Berichte über den Nutzeffekt des vorgeschriebenen Materials, der Arbeitskräftezah! und der Versorgungsaufgabe. Diese Rückmeldungen müssen die sog. Schattenpreise ³²⁰ der zentralen Vorschriften enthalten.

Der Schattenpreis der Versorgungsaufgabe bedeutet: um wieviel würde sich der Ertrag des i-ten Sektors in der Zeitperiode t erhöhen, wenn sich die Versorgungsaufgabe des Sek-

³¹⁹ Durch den Simplex-Verfahren kann ein bestimmtes Wirtschaftsprogramm unter Berücksichtigung der gegebenen Knappheitsverhältnisse, Produktions- und Nutzenfunktionen dargestellt werden, wobei auch der Nutzenentgang durch Nichtverwendung möglicher Prozesse in die Darstellung eingeht. Vgl. hierzu: Diekmann, K.: Wirtschaftsrechnung, a.a.O. S. 90. und Hensel, K.P.: Einführung, a.a.O. S.9.

³²⁰ Diese Schatten- oder Verrechnungspreise können als Knappheitsausdruck und Wertmaßstab betrachtet werden.

tors um eine Einheit verringern würde, während die übrigen einschränkenden Bedingungen des Sektormodells unverändert blieben?

Die Schattenpreise des Materialrahmens und der Arbeitskräftezahl bedeuten: um wieviel würde sich der Devisenertrag des i -ten Sektors in der Zeitperiode t erhöhen, wenn wir das j -te Material von dem Materialrahmen des Sektors, bzw. die Arbeitskräftezahl des Sektors um eine Einheit erhöhen würden, während die übrigen einschränkenden Bedingungen unverändert ließen?

Es müssen auch noch die Schattenpreise der Schranken der speziellen Bedingungen sowie die der oberen Schranken der Versorgungsaufgaben bestimmt werden. Die Schattenpreise der Schranken des Sektormodells können durch die Lösung der sog. dualen Aufgabe der ursprünglich angegebenen primalen Programmierungsaufgabe ermittelt werden. In dieser Aufgabe werden die Veränderlichen zu Schattenpreisen der Schranken, die Koeffizienten der Veränderlichen in der Zielfunktion zu Schranken der ursprünglichen primalen Programmierungsaufgaben.

Die duale Programmierung ist eine Minimierungsaufgabe. Die Zielfunktion wird durch die Summe der Produkte aus den Multiplikationen der einschränkenden Bedingungen mit den entsprechenden Schattenpreisen bestimmt. Dieses Verfahren kann als eine kalkulatorische "Bewertung" der Schranken mit Schattenpreisen betrachtet werden. Das Minimum dieser Bewertung ist in unserem Falle gleich mit dem Maximum des Ertrages der Tätigkeiten.

Im weiteren Verlauf der Programmierung erhält die Zentrale die Rückmeldungen von den Sektoren in Form von Schattenpreisen der ursprünglichen zentralen Vorschriften. Sie bilden (gemeinsam) ein Spiegelbild des ursprünglichen Zentralprogrammes. Auf Grund der Rückmeldungen wird ein neues Zentralprogramm ausgearbeitet und neue zentralen Vorschriften den Sektoren mitgeteilt. Die Sektoren ermitteln wiederum die

Schattenpreise der neuen zentralen Vorschriften. Daraufhin wird das Zentralprogramm wieder korrigiert und neue zentralen Vorschriften den Sektoren gegeben, und so weiter. Das Verfahren besteht also aus mehreren Schritten und jeder Schritt bedeutet eine Korrektur des Zentralprogrammes bzw. eine duale Programmierung. ³²¹

Während dieser Iterationsverfahren strömen die Informationen aus zwei Richtungen: von der Zentrale zu den Sektoren in Form von zentralen Vorschriften und von den Sektoren in die Zentrale in Form von Schattenpreisen. Dementsprechend wird das Verfahren als "Zwei-Stufen"-Planung genannt. Dieses Modell repräsentiert also - in der Sprache der Kybernetik ausgedrückt - ein Regelungssystem, welches mit "negative Rückkopplung" arbeitet. Hier übernimmt das Schattenpreissystem die Rolle der Rückkopplung, die eine regelmäßige Korrektur der zentralen Anweisungen sichert.

Zur Grundlage dieses Verfahrens dient die spieltheoretische Interpretation der Aufgabe. Die Situation zeigt nämlich eine Analogie zu den sog. Strategie-Spielen. Beide "Spieler" (die Zentrale und die Gesamtheit der Sektoren) haben zwar bestimmte Informationen, kann jedoch keine von ihnen allein die richtige Entscheidung fällen, da sie über die genauen Informationen des "Gegenspielers" nicht verfügen. Die Zentrale hat eine große Übersicht, verfügt aber über keine, oder zumindest unzureichende Kenntnisse von der speziellen Probleme der Sektoren (wie z.B. von technischen, ökonomischen Daten usw.) und umgekehrt: verfügen die Sektoren über viele Detailkenntnisse, haben aber keinen Überblick über die großen, gesamtwirtschaftlichen Zusammenhänge. ³²² Analog zu den Strategie-Spielen wissen beide

³²¹ Der Vorschlag schreibt genaue Verfahrensregeln für die Korrekturen am Zentralprogramm vor.

³²² Auch Hensel ist der Meinung, "daß die Betriebe im System der zentralen Lenkung den Gesamtprozess nicht übersehen können und deshalb auch nicht in der Lage sind, unmittelbar zu bewerten und von sich aus einen Ausgleich der Grenznutzen der Produktionselemente im Hinblick auf die Verwirklichung der angestrebten Ziele herbeizuführen." Siehe: Hensel, K.P.: Einführung, a.a.O. S. 100 und 114.

"Spieler", daß das Resultat auch durch die Maßnahmen des "Gegenspielers" beeinflußt wird. Deshalb wird eine Strategie gesucht, die für beide als die verhältnismäßig günstigste erscheint. Diese optimale Strategie ist die sog. Minimax-Lösung des Spieles. Sie ist in unserem Falle dasjenige Zentralprogramm, bei dem die Ertragssumme der Gesamttätigkeit der Sektoren maximal ist, und gleichzeitig die Schattenpreise sämtlicher Schranken der zentralen Vorschriften und der speziellen Sektorbedingungen einen minimalen Wert aufweisen.

Die Minimax-Strategie kann durch mehrere Verfahren (wie z.B. durch fiktives Abspielen) ermittelt werden.

Der Schattenpreis ist - im Grunde genommen - die Grenzproduktivität ³²³ einer einschränkenden Bedingung. Die Grenzproduktivität hat in diesem Modell eine abnehmende Funktion. Eine optimale Produktivität kann nur erzielt werden, wenn die Schattenpreise sämtlicher einschränkenden Bedingungen in allen Sektoren annähernd gleich sind. Somit kommen im Modell der "Zwei-Stufen"-Planung zwei ökonomischen Hauptkriterien (Wirtschaftlichkeit und Bedarfsdeckung) deutlich zum Ausdruck.

Mit Hilfe des Modells der "Zwei-Stufen"-Planung (trotz seiner Unvollkommenheit) können die Kompetenzen der einzelnen Instanzen der Lenkungshierarchie - im Interesse sachgemäßer und ökonomisch fundierter Entscheidungen - abgegrenzt werden. Das Modell kann auch so interpretiert werden, daß der Zentrale praktisch nur noch die Koordinierung und Harmonisierung der Lenkungsfunktionen obliegen darf. Die mathematische Logik des Modells zwingt außerdem zur Klarstellung der eigentlichen Ziele des Volkswirtschaftsplanes.

³²³ Auf die Bedeutung der Grenzproduktivität in der wissenschaftlicher Analyse einer zentral geleiteten Volkswirtschaft haben schon Lerner und Schumpeter hingewiesen. Siehe: Lerner, A.P.: Statics and dynamics in socialist economics. In: The Economic Journal, London, 1937. Vol. 47. S. 256f. und Schumpeter. Joseph A.: Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, Bern, 1950. S. 281.

4. Das erste Produktions-Preismodell

Bisher haben wir den Begriff "Ertrag" noch nicht definiert, lediglich festgestellt, daß er sich in einem, wenig gegliederten volkswirtschaftlichen Modell nicht immer in naturalen Einheiten ausdrücken läßt. Auf ein Preissystem kann deshalb nicht verzichtet werden. ³²⁴

Mit Hilfe der gegenwärtigen (diktierten) Preise können zwar die Selbstkosten und die Rentabilität der einzelnen Unternehmungen ermittelt werden, die volkswirtschaftliche Wirtschaftlichkeit jedoch nicht. Um die gültigen (unrealistischen) Preise bei der Wirtschaftlichkeitsrechnung auszuschalten, wendet man zwei Methoden an: die Ergebnisse werden mit Hilfe der Weltmarktpreise und die Aufwände mit volkswirtschaftlicher "Realselbstkosten" (lohnorientierte Selbstkosten) ermittelt. ³²⁵

Aber auch diese Methoden sind unzuverlässig, da mehrere Produkte überhaupt keine Weltmarktpreise haben und die Ermittlung der Realselbstkosten sehr kompliziert ist. Es wird aber die Hoffnung nicht aufgegeben, daß mit Hilfe mathematischer Methoden realistischere Preisrelationen ermittelt werden können. Der erste Versuch mit dem sog. "Produktions-Preismodell" scheint erfolgsversprechend zu sein. Bevor wir das Modell darstellen, muß das Wertproblem geklärt werden.

a) Das Problem der Quantifizierung des Wertes

Die wichtigste Aufgabe der Preisbildung - nach der Arbeitswerttheorie - besteht darin, die Preise so zu gestalten, daß sie den Aufwand an "gesellschaftlicher" Arbeit - generell - zum Ausdruck bringen. Infolgedessen erhält der Wert seinen endgültigen quantitativen Ausdruck erst auf der Ebene der Volkswirtschaft. Der Wert ³²⁶ wird mit der Formel

³²⁴ Siehe auch: Hensel, K.P.: Einführung, a.a.O. S. 173.

³²⁵ Román, Z.: Gazdasági döntések, a.a.O. S. 1405.

³²⁶ Diekmann legt dem Wertbegriff allein die Auswahl der Produktionsmethoden zugrunde. Demgemäß habe das Gesamtprodukt einer Periode (gleichbleibende Produktionsmethode vorausgesetzt) unabhängig vom gestifteten Nutzen stets den gleichen Wert. Siehe: Diekmann, a.a.O. S. 20.

$c+v+m$ bezeichnet, wobei c den Wert der Arbeitsmittel, die bei der Herstellung der Produkte verbraucht werden, während $v+m$ den Neuwert darstellt. Der Neuwert setzt sich aus dem Lohn Einkommen der Arbeiter (v) und aus dem gesellschaftlichen Reineinkommen (m) zusammen. ³²⁷

Die Selbstkosten (im Sinne der Politischen Ökonomie) werden durch $c+v$ ausgedrückt. Sie weichen jedoch von den Selbstkosten, die in der Praxis angewandt werden, wesentlich ab. Die Abweichungen ergeben sich aus dem jeweiligen Preissystem, welches der Selbstkostenrechnung zugrunde gelegt wird.

Ein Preissystem kann so gestaltet werden, daß das Reineinkommen dort realisiert wird, wo es entstanden ist. Damit wird der Wert zum Mittelpunkt der Preise gemacht, und man bezeichnet dieses System als Wertpreissystem.

Das Produktionspreissystem wird auf der Grundlage der Produktionspreise aufgebaut.

Im Preissystem mit doppeltem Preisniveau (Zweikanälepreissystem) bestimmen die Selbstkosten die Großhandelspreise und das Reineinkommen wird in den Einzelhandelspreisen realisiert. ³²⁸

Es wird verlangt, daß der Träger des Wertes der Gebrauchswert sein sollte. Dementsprechend müßten die Abweichungen der Preise vom Wert durch das Gesetz von Angebot und Nachfrage sowie durch die Gebrauchseigenschaften der Waren verursacht haben. ³²⁹

Um die Brauchbarkeit des Preissystems zu gewährleisten, müssen die Preise an die Werte angenähert werden. Die Werte der Produkte ändern sich aber - durch die technische Ent-

³²⁷ Vgl. Marx, Karl: Das Kapital. Bd.1. Berlin, 1960. S.220.

³²⁸ Vgl. Csikós-Nagy, Béla: Die Quantifizierung des Wertes. In: Wirtschaftswissenschaft, 1961. Nr. 4. S. 555.

³²⁹ Vgl. Remčinov, V.: Osnovnye kontury modeli planovogo cenobrazovanija. (Die Grundzüge eines Modells der Planpreisbildung). In: Voprosy ekonomiki, Moskva, 1963. Nr. 12. S. 105.

wicklung verursachte Änderung der Produktionsverfahren - ständig. Folglich weichen die konstant gehaltenen Preise vom Wert ab.

Eine kontinuierliche Annäherung der Preise an die Werte ist den staatlichen Preisbehörden bisher nicht gelungen. Die Preise können nicht automatisch - der sich wechselnden Gegebenheiten entsprechend - ändern, da jede Änderung durch amtliche Preisregelung erfolgt werden muß. Der Staat setzt die Höhe, die Richtung und die Zeit der Preisänderungen fest. Die bisherigen Preisregelungen stützten sich auf Daten der vorangegangenen Jahre. Damit waren die Preise von Anfang an unrealistisch, da sie die Produktionsbedingungen jener Zeit, in der sie Gültigkeit hatten, nicht berücksichtigten. ³³⁰

Die Beseitigung dieses Mangels im Preissystem wird von der Anwendung der Kybernetik, der mathematischen Methoden und elektronischer Rechenmaschinen erwartet. Mit Hilfe der Planverflechtungsbilanzen und der auf Grund der geplanten Kostenfaktoren zusammengestellten Preismodellen kann nämlich erreicht werden, daß in den festgesetzten Preisen die jeweiligen Wertverhältnisse sich widerspiegeln. ³³¹

Da im Preismodell die Berechnungen auf Volkswirtschaftsebene erfolgen, müssen die Daten der betrieblichen Kalkulationen umgeformt werden. Zunächst müssen die allgemeinen Kosten auf Material- und Lohnkosten zurückgeführt werden. Danach werden die betrieblichen Materialkosten - den volkswirtschaftlichen Materialkosten entsprechend - korrigiert.

³³⁰ Vgl. Simon, György: Termelési árak - vállalati anyagi érdekeltség. (Produktionspreise und materielle Interessiertheit der Unternehmungen). In: KSz. 1963. Nr. 3. S. 290.

³³¹ Ebda. S. 291.

b) Aufbau des Modells 332

Das Preismodell repräsentiert - durch sorgfältig ausgewählte Produkte - das ganze Preissystem und ermöglicht damit die Untersuchung der Wechselbeziehungen von Preisänderungen sowie die Durchführung von Wirtschaftlichkeitsrechnungen. Entsprechend dieser Aufgaben wird das Modell in zwei Varianten ausgearbeitet: die erste Variante ist das eigentliche Preismodell und die zweite das sog. Wirtschaftlichkeitsmodell. Der Unterschied zwischen diesen beiden Varianten besteht lediglich in der Art der Behandlung von Importmaterialien.

Es besteht zwischen dem Preismodell und der Verflechtungsbilanzen ein enger Zusammenhang, ja sie bilden sogar (gemeinsam) ein einheitliches System. Während die Verflechtungsbilanzen eine Analyse des Reproduktionsprozesses und der Wechselbeziehungen zwischen den Wirtschaftszweigen ermöglichen, geben die Berechnungen mit dem Preismodell über die einzelnen Produkte und Teilprozesse der Reproduktion Auskunft.

In der gegenwärtigen Form ermöglicht das Preismodell die Durchführung von Preis- und Wirtschaftlichkeitsrechnungen für etwa 1200 Produkte und Dienstleistungen. Diese 1200 Produkte erstrecken sich auf die wichtigsten Grundstoffe (ihre Zahl beträgt 268), auf die wichtigsten Konsumgüter der Bevölkerung (300), auf die Investitionsgüter (40) und auf weitere 160 Güter, die hauptsächlich für Export hergestellt werden. Es kommen außerdem noch die Halbfabrikate und Bestandteile hinzu, die bei den drei letztgenannten Gruppen direkt oder indirekt verwendet werden (400).

332 Bei der Darstellung des Modells und des angewandten Verfahrens folgen wir weitgehend den Aufsatz: Csikós-Nagy, Béla - Ganczer, Sándor - Rácz, László: Az első termekrendszerű ármódel. (Das erste Produktionspreismodell). In: KSz. 1964. Nr. 1. S. 19ff.

Das Preismodell wurde auf Grund von (modifizierten) Preiskalkulation aufgebaut.³³³ Es besteht aus vier Hauptteilen: aus dem inneren Quadrat, aus den unteren und Nebenflügeln sowie aus Ergänzungsdaten. Das innere Quadrat und der untere Flügel stellen die Produktionsbeziehungen, bzw. die Preisstrukturen der Produkteinheiten (der ausgewählten Produkte) dar. Die Spalten des inneren Quadrates zeigen, wieviele Produkte aus der Vorspalte (im Geld ausgedrückt) zur Herstellung einer Einheit der ausgewählten Produkte (der Kopfzeile) verwendet werden. Die Spalten des unteren Flügels geben darüber Auskunft, wie viele Importprodukte, Arbeitslöhne, Investitionsanteile und Reingewinne zur Herstellung einer Einheit der in der Kopfzeile bezeichneten Produkte benötigt werden.

Um die Einheitspreise der ausgewählten Produkte, bzw. Produktgruppe (der Kopfzeile) zu erhalten, müssen die Daten des inneren Quadrates und die des unteren Flügels spaltenweise addiert werden.

Der Nebenflügel drückt den Gesamtpreis derjenigen ausgewählten Produkten aus, die zum Endverbrauch (Konsum der Bevölkerung, Investition, Export usw.) bestimmt werden.

Die sog. Ergänzungsdaten stellen den auf die Produkteinheit projizierten Wert der gebundenen Anlagen und Umlaufmittel sowie die verwendeten Importprodukte (in Devisen ausgedrückt) dar.

Wenn wir die Daten des inneren Quadrates reihenweise mit dem Einheitspreis bestimmter Produkte der Vorspalte dividieren, so erhalten wir die (in naturalen Einheiten ausgedrückten) Aufwandskoeffizienten. Auf diese Weise kann eine Koeffizientenmatrix aufgestellt und mit ihrer Hilfe verschiedene Berechnungen durchgeführt werden.

³³³ Das Schema des Preismodells wird auf der folgenden Seite dargestellt.

Das Schema des ersten Produktions-Preismodells 334

Bezeichnung	Preisstruktur der ausgewähl- ten Produkte	Gesamtpreis der für		
		Konsum der Bevöl- kerung	Investi- tion	Export
		ausgewählten Produkte		
	1 2 ...n			
Ausgewählte Produkte.....1	$k_{11} \ k_{12} \dots k_{1n}$	f_1	b_1	g_1
(Produktgruppe) 2	$k_{21} \ k_{22} \dots k_{2n}$	f_2	b_2	g_2
$\vdots$				
n	$k_{n1} \ k_{n2} \dots k_{nn}$	f_n	b_n	g_n
Gesamtverbrauch aus der Pro- dukten des inneren Quadrats	$k_1 \ k_2 \dots k_n$	$\sum_{i=1}^n f_i$	$\sum_{i=1}^n b_i$	$\sum_{i=1}^n g_i$
Importprodukte.....	$i_1 \ i_2 \dots i_n$			
Arbeitslöhne.....	$v_1 \ v_2 \dots v_n$			
Investitionsquoten.....	$c_1 \ c_2 \dots c_n$			
Preisfaktoren des Reingewinns	$m_1 \ m_2 \dots m_n$			
Die übrigen Preisfaktoren au- ßerhalb des inneren Quadrates	$d_1 \ d_2 \dots d_n$			
Einheitspreis.....	$P_1 \ P_2 \dots P_n$			
Importprodukte (in Devisen)	$id_1 \ id_2 \dots id_n$			
Die Werte der Anlagen:				
-Gebäude - Bauwerk.....	$u_1 \ u_2 \dots u_n$			
-Betriebseinrichtung.....	$\ddot{u}_1 \ \ddot{u}_2 \dots \ddot{u}_n$			
-Verkehrsmittel.....	$w_1 \ w_2 \dots w_n$			
und der Umlaufmittel.....	$z_1 \ z_2 \dots z_n$			
die zur Herstellung einer Pro- dukteinheit benötigt werden				

334 dargestellt nach: Csikós-Magy, Béla - Ganczer, Sándor - Rác, László: Az első termékrendszerű ársmodell. In: KSz. 1964. H.1. S. 20.

c) Der mathematische Verfahren

Die Wechselbeziehungen der Preise in der Volkswirtschaft können nicht erforscht werden, solange man über kein Produktionsmodell für die makroökonomische Optimierung verfügt. ³³⁵ Vorläufig ist man gezwungen, aus den gegebenen Wirtschaftsbeziehungen die Wert- und Preisverhältnisse mit Hilfe der Matrixalgebra zu ermitteln.

Bei der Aufstellung der Modelle für Wert- und Preisermittlung wird vorausgesetzt, daß die lineare homogene Produktionsfunktion annähernd die wirtschaftliche Wirklichkeit widerspiegelt. Die mathematische Lösung dieser Modelle geschieht mit Hilfe der Aufwandskoeffizienten. ³³⁶ Diese werden bei den Berechnungen - unabhängig von den angewandten Preissystemen - als konstant behandelt. Eventuelle Änderungen müssen deshalb in diesem statischen Modell unberücksichtigt bleiben.

Der mathematische Verfahren wird an einem vereinfachten Beispiel gezeigt: Im Modell wird die kalkulierte Preisstruktur von drei Produkten (A,B,C) dargestellt.

Bezeichnung	Die Preisstruktur der		
	A	B	C
	Produkte		
Materialverbrauch			
aus Produkt A	0,222x 9,--=2,-	0,333x 9,--=3,-	0,111x 9,--=1,-
aus Produkt B	0,072x14,--=1,-	0,143x14,--=2,-	0,214x14,--=3,-
aus Produkt C	0,444x 9,--=4,-	0,444x 9,--=4,-	0,111x 9,--=1,-
Lohnkosten	1,-	2,-	2,-
Reingewinn	1,-	3,-	2,-
Einheitspreis	9,-	14,-	9,-

³³⁵ Das oben dargestellte Modell der "Zwei-Stufen"-Planung stellt nur den ersten Versuch auf diesem Gebiet dar.

³³⁶ Die Lösung hat mit der Umrechnung der Güter erster Ordnung in Güter zweiter und entfernteren Ordnung viel Ähnlichkeit. Vgl. hierzu: Hensel, K.P.: Einführung, a.a.O. S. 128.

Wenn wir die Preisstruktur dieser drei Produkte in der Form von Gleichungen darstellen und die Gleichungen mit dem Symbolen der Matrix bezeichnen, dann erhalten wir die folgende mathematische Formel:

$$(1) \quad p^* = p^* A + v^* + m^*,$$

wobei p^* den Vektor der Einheitspreise, in unserem Beispiel: (9,14,9);

A die Matrix der technischen Koeffizienten:

$$\begin{pmatrix} 0,222 & 0,333 & 0,111 \\ 0,072 & 0,143 & 0,214 \\ 0,444 & 0,444 & 0,111 \end{pmatrix};$$

v^* die Lohnkosten der einzelnen Produkte in Vektorform: (1,2,2);

m^* den Reingewinn der einzelnen Produkte in Vektorform: (1,3,2) bezeichnet.

Diese Formel ist die Grundform jeder statischen Preis- und Wertberechnung.

Durch Umgestaltung der (1) Matrixgleichung erhalten wir:

$$(2) \quad p^* = (v^* + m^*) (E-A)^{-1},$$

wobei $(E-A)^{-1}$ die Matrix des kumulierten Materialaufwandes darstellt; in unserem Beispiel:

$$\begin{pmatrix} 1,588 & 0,824 & 0,397 \\ 0,378 & 1,530 & 0,416 \\ 0,983 & 1,176 & 1,532 \end{pmatrix}.$$

Der große Vorteil der (2) Gleichung der (1) gegenüber besteht darin, daß bei jeder Änderung der Vektoren der Löhne (v^*) oder der Reingewinne (m^*) (wenn die Matrix $(E-A)^{-1}$ bekannt ist), die neuen Preise, die die gesamten fortwährenden Wirkungen ausdrücken, unmittelbar ermittelt werden können.

Die Realselbstkosten z.B. können ermittelt werden, wenn man den Vektor des Reingewinnes ausschaltet:

$$(3) \quad p_r^* = v^* (E-A)^{-1},$$

wobei p_r^* den Vektor der Realselbstkosten der Produkte bezeichnet.

Die Preise im Wertpreissystem können dadurch ermittelt werden, daß man den Reingewinn im Verhältnis zu Lohnkosten aufteilt:

$$(4) \quad p_w^* = (v^* + v^* x) (E-A)^{-1},$$

wobei p_w^* den Vektor des Wertes der Produkte bezeichnet, und x eine Verhältniszahl der Lohnkosten und des volkswirtschaftlichen Einkommens ist.

Auf ähnliche Weise können noch weitere Preis- und Wertberechnungen mit Hilfe des Modells durchgeführt werden.

d) Die Verwendungsbereiche des Modells

Mit Hilfe des Preismodells ist die Lösung der folgenden Aufgaben beabsichtigt:

die Vervollkommnung der Preisbildung und die Schaffung eines funktionierenden Preissystems;

wirtschaftlichere Gestaltung des Exportes; und

die Vergleichung der nationalen Kostenaufwände, um eine optimale Gestaltung der Produktion im Bereich des Ostblocks zu erreichen.

Das Zentrale Preisamt und die Zentrale der Rechentechnik der Ungarischen Akademie der Wissenschaften haben schon mehrere Berechnungen mit Preismodellen durchgeführt. Es fanden auch Berechnungen mit den wichtigsten Preissystemen, die anlässlich der Preisdiskussionen Streitobjekte waren, statt. Nach diesen Berechnungen würde sich der Wert des Sozialproduktes (des Gesellschaftsproduktes) von 1959 in den einzelnen Preissystemen wie folgt betragen:

In Preisen des Jahres 1959	323	Milliarden Ft.
Im Wertpreissystem gerechnet	324	" - "
Im Produktionspreissystem gerechnet...	328	" - "
Im Mehrkanäle-Preissystem gerechnet...	326	" - "

Gleichzeitig ergab sich, daß im Falle der Einführung dieser Preissysteme die gegenwärtige Preisgefüge wesentlich geändert werden müßte.

Diese Berechnungen haben außerdem "entdeckt", daß im "neuen" Preissystem, welches nach der Reform der Produktionspreise im Jahre 1959 entstanden ist, der Anteil des Reingewinnes in den Produktionsmittelpreisen und in den Preisen der Konsumgüter ungefähr gleich ist.

Durch die Ermittlung der Preisstrukturen der einzelnen Wirtschaftszweige (mit Hilfe des Preismodells) glaubt man, die Grundlage zu einer realen Preisgestaltung geschaffen zu haben. Die Lösung weiterer Aufgaben hängt jedoch von den Außenwirtschaftsbeziehungen des Landes entscheidend ab.

Literaturverzeichnis

1. Bücher, Sammelwerke, Lexikalien

- Campion, G.-L.: Traité des entreprises privées. Paris, 1958. Bde. 1-2.
- Berend, T. Iván: Újjáépítés és a nagytőke elleni harc Magyarországon 1945-1948. Budapest, 1962.
- Berend, Iván - Ranki, György: Magyarország gyáripára az imperializmus első világháború előtti időszakában. 1900-1914. Budapest, 1955.
- Beruházási Kódex. Budapest, 1962.
- Böhm, Hans-Hermann: operationenforschung. Moderne Vorbereitung unternehmerischer Entscheidungen. Berlin, 1961, Schriftenreihe "Wirtschaft und Technik", Bd. 2.
- Buckingham, Walter: Automation. Its Impact on Business and People, New York, 1961.
- Diekmann, Klaus: Wirtschaftsrechnung, Investitionen und Wachstum in einer Zentralverwaltungswirtschaft. Berlin, 1960. (Wirtschaftswissenschaftliche Veröffentlichungen des Osteuropa-Institutes an der Freien Universität Berlin, Band 11.)
- Fayol, Henri: Allgemeine und industrielle Verwaltung, München, 1929.
- Gutmann, Gernot: Theorie und Praxis der monetären Planung in der Zentralverwaltungswirtschaft. Stuttgart, 1965. Schriften zum Vergleich von Wirtschaftsordnungen. Heft 5.
- Hensel, K. Paul: Einführung in die Theorie der Zentralverwaltungswirtschaft. Stuttgart, 1959.
- Két év hatályos jogszabályai 1945-1946. Budapest, 1947. Bde. 1-2.
- Kornai, János: A gazdasági vezetés túlzott központosítása. Kritikai elemzés könnyűipari tapasztalatok alapján. Budapest, 1957.
- László, Imre (Hrsg.): Népgazdasági tervezés. Budapest, 1962. Bde. 1-2.
- A Magyar népköztársaság polgári Törvénykönyve. Budapest, 1959.
- A Magyar népköztársaság fontosabb törvényei és kormányhatározatai. Budapest, 1952.
- Marx, Karl: Das Kapital. Berlin, 1960. Bd. 1.
- A munka törvénykönyve és végrehajtási rendelete. Budapest, 1961.

Nagy, Tamás - Ozswald, László: Veränderungen in der staatlichen Leitung der Industrie Ungarns. Berlin, 1961.
(Schriftenreihe: Wirtschaftswissenschaftliche Informationen, H. 16/17.).

1947 év hatályos jogszabályai. Budapest, 1948.

1948 év hatályos jogszabályai. Budapest, 1949.

Pöhlmann, Gerhard: Der Prozess der Unternehmensführung. Berlin, 1964.

Reigrotzki, Erich: Exakte Wirtschaftstheorie und Wirklichkeit. Göttingen, 1948.

Schumpeter, Joseph, A.: Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie. Bern, 1950.

Surányi-Unger, T.: Studium zum Wirtschaftswachstum Südosteuropas. Stuttgart, 1964.

Szabó, László: Vállalatszervezés a gyakorlatban. Budapest, 1958.

Szamel, Lajos: Az államigazgatás vezetésének jogi alapproblémái. Budapest, 1963.

Új Magyar Lexikon. Budapest, 1961-1962. Bde. 1-5.

2. Aufsätze

Ajtai, Miklós: Felszólalás a statisztikai tudományos konferencia megnyitó ülésén. In: StSz. 1961. H. 8-9. S. 816.

Antos, István: A gazdaságpolitika időszerű kérdései. In: PéSz. 1958. H. 1. S. 1.

Apró, Antal: Felszólalása a pártkongresszuson. In: Lépszabadság vom 23.11.1962. S. 5.

Ausch, Sándor: Az 1946. évi stabilizáció. In: KSz. 1956. Nr. 7-8. S. 903.

-- A KGST-országok gazdasági együttműködése. In: KSz. 1962. S. 1017.

Balázsy, Sándor - Varga, György: A szocialista iparirányítás szervezeti kérdéseiről. In: KSz. 1959. Nr. 8-9. S. 826.

Beér, János: Az iparászervezés jogász szemmel. In: Figyelő vom 11.9.1963. S.3.

Berend, T. Iván: Az állami beavatkozás rendszere és a nagy-tőke gazdasági hatalmának aláásása az inflációs periódusban 1945-1946. In: FK. 1961. Nr. 4. S. 5.

Bognár, József - Vajda, Imre: A szocialista országok gazdasági együttműködésének kérdései. In: KSz. 1958. Nr. 1. S. 34.

Botka, Tibor: Ipari irányítás vállalati formában. In: KSz. 1960. Nr. 1. S. 92.

- Bozsó, László - Naszódi, György: A műszaki szakemberek munkájának hatékonyságáról. In: TSz. 1963. H. 10. S. 52.
- Budinszky, Andor: A belső ellenőrzés időszerű kérdései. In: PésZ. 1963. H. 5-6. S. 208.
- Bujtás, László: A belső ellenőrzés rendszerének továbbfejlesztéséről. In: PSz. 1963. H. 11. S. 427.
- Császár, Ferenc: A nyereségrészesedés tapasztalatai és továbbfejlesztésének lehetőségei. In: PésZ. 1960. H.10. S. 361.
- Csikós-Nagy, Béla: Az ipari termelői árak újjárendezése. In: KSz. 1957. H. 8-9. S. 817.
- Kritikai megjegyzések a világpiaci árbázisú árrendszerhez. In: KSz. 1963. H. 9. S. 1077.
- Die Quantifizierung des Wertes. In: Wirtschaftswissenschaft. 1961. H. 4. S. 553.
- A szocialista gazdaság "két modell" elmélete. In: KSz. 1964. H. 9. S. 1095.
- Az új árvita első tanulságai. In: PésZ. 1962. H.3. S.121.
- Az új ipari termelői árrendszer jelentősége népgazdaságunkban. In: TSz. 1958. H. 12. S. 51.
- Csikós-Nagy, Béla - Ganczer, Sándor - Rácz, László: Az első termékrendszerű ármodell. In: KSz. 1964. H. 1. S. 17.
- Cukor, György: Az energiahordozók termelésének és felhasználásának távlati tervezése. In: KSz. 1963. H. 4. S. 402.
- Ungarische Erfahrungen mit Verflechtungsbilanzen. In: Wirtschaftswissenschaft, 1961. H. 9. S. 1363.
- Dániel, Tamás: Az iparirányítás átszervezésével kapcsolatos első tapasztalatok. In: KSz. 1963. H. 6. S. 637.
- Dorodnizin, A. - Olejnik, J.: Magistral progressa. Kibernetiku v narodnoe hozajajstvo. In: Izvestija soveto deputov trudjasčiksja SSSR. 15.5.1963. S. 3.
- Egylépcsős iparirányítás a könnyűiparban. In: Figyelő, 9.10.1963. S. 5.
- Az 1962. évi állami költségvetés. In: PésZ. 1962. H.3. S. 82.
- Erdei, József: A termelői árrendezés és a fogyasztói árak. In: PésZ. 1958. H. 1. S. 6.
- Erös, Gyula: Az érdekeltség fejlesztése a külkereskedelem munkájában. In: PésZ. 1958. H. 4. S. 125.
- Erdös, Péter: A tervgazdálkodás néhány elméleti kérdéséről. In: KSz. 1956. H. 6. S. 676.
- Fáth, János: Az ipar irányítása átszervezésével kapcsolatos első tapasztalatok. In: KSz. 1963. H. 7. S. 857.
- Fekete Györ, László: Az ellenőrző szervek munkájának összehangolásáról. In: PésZ. 1963. H. 2. S. 43.
- Fekete Györ. László - Fogaras, István: Az irányító szervek ellenőrzési kérdései. In: PésZ. 1961. H. 7. S. 241.

- Fock, Jenő: A gazdasági építés tapasztalatai a népi Magyarországon. In: Népszabadság, 29.3.1964. S. 3.
- Fodor, Sándor: Használjuk fel az iparirányítás korábbi tapasztalatait. In: Figyelő, 15.7.1958. S. 3.
- Friss, István: A magyar népgazdaság fejlődése a felszabadulás óta. In: KSz. 1954. H. 3. S. 263.
- Gadó, Ottó: Feladataink az 1964. évi népgazdasági terv végrehajtásában. In: PSz. 1964. H. 1. S. 9.
- Gazdaságosság és vállalati jövedelmezőség. In: PéSz. 1962. H. 4. S. 124.
- Az iparvállalatok összevonása és a vállalati önálló elszámolás. In: KSz. 1963. H. 2. S. 156.
- Haußleiter, Otto: Sociological Aspects in American and British Administrative Science. In: Revue Internationale des Sciences Administratives. Bruxelles, 1960. H. 1. S. 25.
- Hegedüs, András: A tervgazdálkodás konkrét rendszeréről. In: KSz. 1960. H. 12. S. 1422.
- Hevesi, Gyula: A termelés gazdaságosságának feltételeiről. In: KSz. 1955. H. 2. S. 188.
- Horváth, Mihály: Gazdasági Kalendárium. In: Figyelő, 1.1.1964. S. 12.
- Huszár, István: A népi ellenőrzésről. In: TSz. 1958. H. 3. S. 45.
- Az iparvállalatok irányításának és gazdálkodásának időszerű tapasztalatai. In: KSz. 1957. H. 8-9. S. 854.
- Javaslat az ipar gazdasági irányításának új rendszerére. In: KSz. 1957. H. 4. S. 372.
- Kardos, Géza: A nyereségrészesedési rendszerről. In: TSz. 1958. H. 9. S. 87.
- Kirschner, Béla - Rácz, Béla: Adalékok a felszabadult csepelei WM első négy hónapjának történetéhez. In: PK. 1961. H. 3. S. 124.
- Kiss, Andre: A vállalati belső ellenőrzésről. In: PéSz. 1958. H. 10. S. 368.
- Kiss, István: A szervezés tudományos vizsgálatának jelentősége. In: PéSz. 1959. H. 1. S. 17.
- A Közgazdasági Társaság pénzügyi szakosztálya vitája az irányítószervek ellenőrzési munkájáról. In: PéSz. 1961. H. 8. S. 281.
- Kónya, Lajos: Az önköltség tervezése. In: Népgazdasági tervezés. Budapest, 1962. Bd. 2. S. 195.
- Kopátsy, Sándor: Tervgazdálkodásunk megjavításáért. In: KSz. 1957. H. 2. S. 133.

- Kornai, János: Egy iparág optimális tervének meghatározása lineáris programozással. A pamutszövő iparágban végzett számítás tapasztalatai. In: KSz. 1961. H. 5. S. 570.
- "Kétszintű" tervezés. (Matematikai módszer a népgazdasági terv javítására). In: KSz. 1962. H. 12. S. 1429.
- Matematikai közgazdászok konferenciája Cambridge-ben. In: Figyelő, 18.9.1963. S. 6.
- A műszaki fejlesztés és a beruházások gazdaságosságának számítása. In: KSz. 1960. H. 6. S. 670.
- Kromphardt, Wilhelm: Mögliche Mittel der Wirtschaftslenkung. In: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft. Tübingen, 1949. Bd. 105. S. 90.
- Kunvári, Árpád: A vertikálisan kapcsolódó ipari és építőipari tevékenység. In: KSz. 1962. H. 6. S. 680.
- László, Imre: A népgazdasági terv tartalma és a tervmunka megszervezése. In: Népgazdasági tervezés. Budapest, 1962. Bd. 1. S. 53.
- A népgazdaság tervezése - a szocialista állam gazdaságpolitikájának része. In: Népgazdasági tervezés. Budapest. 1962. Bd. 1. S. 1.
- Lerner, A.P.: Statics and dynamics in socialist economics. In: The Economic Journal. London, 1937. Vol.47. S. 256.
- Liberman, J.: Plan, pribyl, premija. In: Pravda. 9.9.1962. S. 3. (Moskva).
- Liska, Tibor: Kritika és koncepció. In: KSz. 1963. H. 9. S. 1058.
- A magyar Gyáriparosok Országos Szövetségének 1945. szeptember 10.-i levele az újjáépítési miniszterhez a tőkés érdekek érvényesülését gátló akadályokról. In: PK. 1961. H. 3. S. 164.
- A Magyar Kommunista Párt gazdaságpolitikai irányelvei. In: PK. 1963. H. 4. S. 177.
- Magyar, Fál: Munkában az elektronikus számológép. In: Népszabadság, 9. 10.1962. S. 9.
- A matematikai modellek a szocialista közgazdasági irodalomban és alkalmazásuk a tervezésben. In: StSz. 1964. H. 7. S. 767.
- Megyeri, Endre: Rugalmasabb anyagtervezést és gazdálkodást. In: KSz. 1963. H. 10. S. 1209.
- Meisel, Sándor: A beruházások tervezése. In: Népgazdasági tervezés. Budapest, 1962. Bd. 2. S. 77.
- Mód, Aladárné: Az infláció leküzdése - tartalékaink és perspektíváink. In: KSz. 1957. H. 6. S. 603.

- Morva, Tamás: A népgazdasági mérleg. In: Népgazdasági tervezés. Budapest, 1962. Bd. 1. S. 99.
- A tervezési módszerek tökéletesítéséről. In: KSz. 1963. H. 2. S. 185.
- Nagy, András: Nemzetközi matematikai-közgazdasági konferenciák. In: KSz. 1963. H. 11. S. 1267.
- Nagy, Gábor: Függetlenített belső revizorok a Kohó- és Gépipari Minisztérium vállalatainál. In: PéSz. 1958. H. 12. S. 553.
- Nagy, Tamás: Egy kritikáról és koncepcióról. In: KSz. 1963. H. 9. S. 1085.
- Nagy, Tamás - Esze, Zsuzsa: A "többszorosítás" ipari termelői ártípus. In: KSz. 1963. H. 1. S. 15.
- Nagy, Tamás - Ozswald, László: Veränderungen in der staatlichen Leitung der Industrie Ungarns. Berlin, 1961. (Schriftenreihe: Wirtschaftswissenschaftliche Informationen, H. 16/17.).
- Memčinov, V.: Osnovnye kontury modeli planovogo cenoobrazovaniya. In: Voprosy ekonomiki. Moskva, 1963. H. 12. S. 105.
- Socialističeskoe chozjajstvovanie i planirovanie proizvodstva. In: Kommunist, Moskva, 1964. H. 5. S. 74.
- Nemes, Dezső: A népi Magyarország fejlődése 1945-1960. In: TSz. 1960. H. 4. S. 17.
- Nemeslaki, Tivadar: Iártkongresszusi hozzászólása. In: Népszabadság, 23.11.1962. S. 8.
- Nikléczy, György: A termelés szervezése és az alkalmazott kalkuláció hatása a kalkulált költségekre. In: PéSz. 1961. H. 9. S. 321.
- Vegyük figyelembe az ármegállapításkor a termékek hasznos tulajdonságait is. In: PéSz. 1962. H. 1. S. 1.
- Nogaro, Bertrand: Hungary's Resent Monetary Crisis and Its Theoretical Meaning. In: The American Economic Review. Washington, 1948. Ed. 38. S. 526.
- Nyárádi, Ferenc: Iparvállalatok az átszervezés után. In: Figyelő, 22.1.1964. S. 3.
- Nyers, Dezső: Az 1962. évi állami költségvetés. In: PéSz. 1962. H. 3. S. 81.
- Kongresszusi irányelvek - gazdasági, pénzügyi feladatok. In: PéSz. 1962. H. 10. S. 361.
- Obščuženie voprosa o zakone stoimosti i cenoobrazovanii v SSSR v institute ekonomiki akademii nauk SSSR. In: Voprosy ekonomiki. Moskva, 1957. H. 2. S. 76.
- Ozswald, László: A nyereségrészesedési rendszer gyakorlati problémái. In: KSz. 1963. H. 2. S. 168.
- Péter, László: A magyar-szovjet gazdasági kapcsolatokról. In: KSz. 1956. H. 10. S. 1203.

- Pirityi, Ottó: Iparági termelékenységtervezés. In: KSz. 1963. H. 6. S. 644.
- Rácz, Albert: Az ágazati kapcsolatok 1961. évi mérlege. In: StSz. 1964. H. 6. S. 571.
- Ránki, György: A népgazdaság szocialista átszervezése és az öthónapos terv (1948), In: PK. 1963. H. 1. S. 3.
- Raupach, Hans: Die Grundbedingungen der Sowjetwirtschaft. In: Die Wirtschaftssysteme der Staaten Osteuropas und der Volksrepublik China. Berlin, 1961.
- Ripp, Géza: A szocialista gazdasági rendszer modelljeiről. In: KSz. 1964. H. 7-8. S. 912.
- Román, Zoltán: Gazdasági döntések - gazdaságossági számítások. In: KSz. 1964. H. 12. S. 1397.
- Az ágazati kapcsolatok mérlegeinek számviteli alapjai. In: PéSz. 1959. H. 11. S. 410.
- Sándor, Péter: Specializáció és kooperáció a gépiparban. In: KSz. 1956. H. 10. S. 1180.
- Simon, György: Kvantifikációs módszerek szerepe az optimális gazdasági döntésekben. In: KSz. 1964. H. 6. S. 716.
- Termelői árak - vállalati anyagi érdekelttség. In: KSz. 1963. H. 3. S. 289.
- Sötér, Edit: Aluminium, aluminium. In: Népszabadság, 24.12.1962.
- Spiró, Miklós: A vállalati tervezés fejlődése a kohó- és gépiparban. In: KSz. 1959. H. 7. S. 730.
- Strassenreiter, Erzsébet: Az 1945-ös májusi verseny. In: PK. 1960. H. 1-2. S. 201.
- A stabilizáció megvalósításának történetéhez. In: PK. 1962. H. 3. S. 90.
- Az üzemi bizottsági rendszer kialakulása és a munkásellenőrzés megvalósulásának kezdete (1944 október - 1945 május). In: PK. 1963. H. 4. S. 3.
- Szabó, Éva: Adalékok a Magyar Kommunista Párt szervezeteinek létrejöttéhez (1944 október - 1945 május). In: PK. 1960. H. 1-2. S. 75.
- Szamel, Lajos: Az államigazgatás feladatainak átalakulása a felszabadulás óta. In: JK. 1960. H. 4. S. 196.
- A vezetés elhatározásaihoz szükséges információk megszerzése és elemzése az államigazgatásban. In: JK. 1964. H. 1. S. 21.
- Szikszai, Béla: Az árak tervezése. In: Népgazdasági tervezés, Budapest, 1962. Bd. 2. S. 231.
- A műszaki fejlesztés tervezése. In: Népgazdasági tervezés, Budapest, 1962. Bd. 2. S. 123.
- A szocializmus teljes felépítésének programja. In: KSz. 1963. H. 1. S. 1.

- Szurdi, István: Néhány észrevétel a Közgazdasági Szakértő Bizottság elgondolásaihoz, javaslataihoz. In: KSz. 1958. H. 7. S. 688.
- Tallós, György: A termelés anyagellátásának néhány külkereskedelmi vonatkozása. In: KSz. 1962, H. 2. S. 153.
- Tatár, István: Külkereskedelmünk időszerű kérdései. In: KSz. 1957. H. 2. S. 181.
- Timár, Mátyás: Az 1964. évi állami költségvetés. In: PSz. 1964. H. 3. S. 177.
- Tolnai, Károly: Az irányítószervi ellenőrzés aktuális szervezési kérdései. In: PésZ. 1963. H. 3. S. 101.
- Török, Lajos: Törvény az állami ellenőrzés új rendszeréről. In: JK. 1958. H. 6. S. 230.
- Tudományos paródia-e. In: Figyelő, 10.6.1964. S. 1.
- Tudományos ülésszak a Közgazdaságtudományi Egyetemen. In: Figyelő, 4.12.1963. S. 3.
- Turánszky, Miklós: A tervezés és a beruházások gazdaságossága. In: TSz. 1963. H. 12. S. 25.
- Az üzemi tanácsokról. In: TSz. 1959, H. 2. S. 31.
- Vajda, Imre: A szocialista országok gazdasági együttműködése. In: TSz. 1963. H. 12. S. 17.
- Varga, György: Gazdasági mechanizmus "vagy" gazdaságpolitika. In: KSz. H. 7. S. 759.
- A gazdasági vezetés színvonalának emeléséről. In: KSz. 1964. H. 1. S. 1.
- A szükségletek és a termelés. In: Figyelő, 10.4.63. S. 3.
- Varga, István: A Közgazdasági Szakértő Bizottság elgondolásai. In: KSz. 1957. H. 10. S. 997.
- Varró, Tibor: Hogyan fog működni a népi ellenőrzés szervezete. In: PésZ. 1958. H. 2. S. 45.
- Vezetés és szakképzettség. In: Figyelő, 27.5.1958. S. 3.
- Vita a gazdasági irányítás tökéletesítéséről az Országos Tervhivatal tervgazdász körében. In: KSz. 1957.H.5. S.568.
- Zsednai, Lál: A gazdasági ellenőrzés korszerűsítése az iparirányítás továbbfejlesztésének egyik tényezője. In: PésZ. 1963. H. 3. S. 103.

3. Gesetze, Verordnungen und Beschlüsse

Magyar Közlöny, Budapest, 1945-1964.

Curriculum vitae

1930 wurde ich in Röjtökmuzsaj (Ungarn) als Sohn des Landwirtes Jenő Karácsony und seiner Ehefrau geboren. Nach dem Abitur studierte ich an der Wissenschaftlichen Universität zu Budapest Literatur, Geschichte und Politische Ökonomie, wobei ich nach einem vierjährigen Studium noch ein zweijähriges Praktikum in verschiedenen Instituten absolvierte.

Vom SS 1957 an studierte ich an der Philosophischen Fakultät der Philipps-Universität zu Marburg Soziologie und Politische Wissenschaften. Das volkswirtschaftliche Studium begann ich 1959 an der Freien Universität in Berlin und beschloß im Sommer 1963 mit einer Diplomprüfung für Volkswirte in Marburg/Lehn.

